BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN

REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG 2016-2021

SPD

BADEN-WÜRTTEMBERG **LEBEN**

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER

bei der Landtagswahl am 13. März entscheiden Sie, wer Baden-Württemberg regieren wird. Sie bestimmen, welchen Weg unser Land in Zukunft einschlagen wird. Als Spitzenkandidat der SPD trete ich gemeinsam mit einem starken Team an, um die erfolgreiche Regierungsarbeit der letzten fünf Jahre fortzusetzen.

Kein Programm für diese Landtagswahl basiert auf so vielen Meinungen wie das Regierungsprogramm der SPD. Keine Partei im Land hat solch einen offenen Programmprozess geführt. Die Grundlage hierfür bildete unser Baden-Württemberg-Dialog.

Auf die Frage „Leben in Baden-Württemberg – Was ist Ihnen wichtig?“ haben wir im Sommer und Herbst 2015 über 3.400 Meinungen und Anregungen von interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus dem ganzen Land erhalten. Diese Rückmeldungen wurden von vielen Kandidatinnen und Kandidaten und unseren Gliederungen vor Ort gesammelt. Meist geschah dies per Dialog-Karte, die im persönlichen Gespräch übergeben wurde – ob bei Tür-zu-Tür-Aktionen mit Hausbesuchen, an Info-Ständen in Einkaufsstraßen oder bei Veranstaltungen. Mitmachen konnte man auch per Internetformular unter wichtigist.spd-bw.de.

Alle eingegangenen Rückmeldungen wurden von uns gesammelt. Die Einsenderinnen und Einsender erhielten eine Einladung zum Baden-Württemberg-Konvent am 31. Oktober 2015 in Waiblingen. Dort wurden die eingegangenen Rückmeldungen am Vormittag zunächst in themenspezifischen Tischgesprächen diskutiert und gebündelt. Am Nachmittag wurden die in den Tischgesprächen erarbeiteten Thesen dann von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gemeinsam diskutiert und für den weiteren Programmprozess priorisiert.

Das vorliegende Regierungsprogramm wurde am 23. Januar 2016 auf dem Landesparteitag in Stuttgart beschlossen. Es war der Abschluss eines langen und breitgefächerten Diskussionsprozesses innerhalb und außerhalb der SPD. In den Kapiteln unseres Regierungsprogramms finden sie dementsprechend Originalzitate aus den Einsendungen des Baden-Württemberg-Dialogs.

„Baden-Württemberg leben“ heißt für uns, Beteiligung zu leben- nach innen und nach außen. Unser Regierungsstil der Beteiligung und des Dialogs fand bei der Erstellung unseres Regierungsprogramms seine Fortsetzung. Ich lade Sie ein, den vor fünf Jahren eingeschlagenen Weg gemeinsam weiter zu gehen. Im folgenden Regierungsprogramm finden Sie unsere Ideen, Vorstellungen und Ziele für die Landtagswahl am 13. März und darüber hinaus. Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre und freue mich auf den Dialog und auf die Begegnung mit Ihnen.

Herzlichst Ihr

Nils Schmid

INHALT

BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN 8

STARKE WIRTSCHAFT – GUTE ARBEIT 10
Guter Lohn für gute Arbeit 10
Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung 11
Gleiche Chancen für Frauen und Männer 11
Inklusion verwirklichen 12
Handwerk und Mittelstand stärken 13
Industrielle Produktion erhalten – Beschäftigung sichern 13
Wirtschaft 4.0 – Auf dem Weg zum smarten Standort 14
Digitale Infrastruktur ausbauen 14
Digitalisierung zum Wohle der Beschäftigten gestalten 15
Gute Arbeit im Dienstleistungssektor stärkt unseren Standort 16
Startups fördern – Unternehmertum ermöglichen 17
Wirtschaftsnahe Forschung stärken 17
Kreativwirtschaft fördern und Medien stärken 17
Gastronomie und Tourismus stärken 18
Arbeitsschutz stärken 18

FACHKRÄFTE SICHERN 19
Gemeinsam für die berufliche Bildung 19
Berufliche Schulen stärken 19
Übergang von der Schule in den Beruf verbessern 20
Wirtschaft, Studien- und Berufsorientierung 20
Für die betriebliche Ausbildung werben 21
Ausbildung für alle und bis zum Abschluss 21
Potentiale der Vielfalt heben 21
Mehr Frauen für MINT-Berufe begeistern 21
Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen 22
Chancen der Beschäftigung erhöhen 22
Politische Bildungsarbeit fördern 22

BILDUNG, DIE ALLEN GERECHT WIRD 23
Frühkindliche Bildung ausbauen 24
Verlässliche Ganztagsangebote schaffen 24
Grundschule 25
Schulstrukturen den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen 26
Weiterführende Schulen 26
Medienbildung 27
Privatschulen 28
Gute Unterrichtsversorgung an unseren Schulen 28
Gute Lehrerinnen und Lehrer legen den Grundstein 28
Schule als Ort der Toleranz und Vielfalt 28
Beste Bildung für alle 29
Inklusion verwirklichen 29
Gebührenfreies Studium 29

ZEIT FÜR FAMILIE 30
Verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder 30
Familien finanziell unterstützen: Kita- und Kindergartengebühren abschaffen 31
Eltern unterstützen – Zeit für Familie schaffen 32
Zusammenleben der Generationen 32
Familie geht uns alle an 32
Ehe für alle 32

GESUND UND LANGE LEBEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG 33
Medizinische Versorgung sicherstellen 34
Gute Krankenhäuser 34
Gute Pflege und Betreuung 35

GUT UND GEMEINSAM LEBEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG 36
Bezahlbares Wohnen 36
Lebensräume gestalten – Quartiere aufwerten 38
Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum 39
Stark im Ehrenamt 40
Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt bekämpfen 40
Sensibilisierung der Exekutivkräfte gegenüber LSBTTIQ 41
Inklusion verwirklichen 41
Kinder und Jugendliche stärken 42
Für eine Kultur des Ermöglichens, statt des Verbietens 42
Sportland Baden-Württemberg 42
Kunst und Kultur für alle 43

EXZELLENT FORSCHEN UND STUDIEREN 44
Studieren in Baden-Württemberg 44
Gerechter Hochschulzugang – Öffnung der Hochschulen 45
Demokratische Hochschule 46
Gute Arbeit an den Hochschulen 46
Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs 47
Gute Lehre 47
Verlässliche Finanzierung 48
Spitze in der Forschung – anwendungs- und innovationsorientiert 48
Hochschule 4.0 – Digitalisierung der Lehre 49
Demokratie und Transparenz in Hochschulgremien 49

INTEGRATION GESTALTEN 50
Integrationspolitik aus einer Hand 50
Kommunale Integrationsstrukturen stärken 50
Als Land Vorbild sein 50
Den Islam als Teil unserer religiösen Vielfalt anerkennen 51
Motor der Integrationspolitik auf Bundesebene 51

FLUCHT UND ASYL – HUMAN HANDELN 52
Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung 53
Integration und Teilhabe 53
Für ein Einwanderungsgesetz – Transparente Arbeitsmigration ermöglichen 54
Starkes Gemeinwesen und gesellschaftlicher Zusammenhalt 54

WELTOFFEN IM HERZEN EUROPAS 55
Gemeinsam für Europa – Europa der Regionen 55
Auf gute Nachbarschaft 55
Mehr Fördermittel für Baden-Württemberg 56
Freihandelsabkommen transparent und fair gestalten 56
Entwicklungszusammenarbeit stärken 57

BADEN-WÜRTTEMBERG: SICHER UND GERECHT 58
Sicher in Baden-Württemberg – Polizeiarbeit stärken 58
Terrorismus effektiv begegnen 59
Offensiv gegen Wohnungseinbrüche 59
Sicher im Netz 59
Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen 59
Öffentlicher Dienst: Rückgrat unseres Staates 60
Eine moderne und soziale Justiz 60
Jugendkriminalität verhindern – Jungen Menschen helfen 61
Verbesserungen im Strafvollzug 61

BETEILIGUNG LEBEN 62
Mehr Demokratie wagen 62
Moderne Verwaltung 63

MOBILITÄTSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG 64
Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur 64
Mehr Busse und Bahnen 64
Modernisierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur 65
Radverkehr 65
Güter von der Straße auf die Schiene und auf's Schiff 66
Flughäfen 66

INNOVATION UND KLIMASCHUTZ DURCH SAUBERE ENERGIEN 67
Erneuerbare Energien ausbauen 67
Versorgungssicherheit gewährleisten und Energie bezahlbar halten 67
Den Klimaschutz weiter voranbringen 68
Umwelt- und Naturschutz stärken 68

NATURVERTRÄGLICHE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN 70

VERLÄSSLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ 71
Keine Absenkung von Standards 71
Gute Beratung und Verbraucherbildung 71
Unterstützung für bewusste, gesunde Ernährung 72
Keine Gentechnik in Baden-Württemberg 72
Wirksame Lebens- und Futtermittelüberwachung 72

SOLIDE FINANZEN 73
Solide Haushaltspolitik fortsetzen 73
Geschlechtergerechte Haushaltsführung 74
Steuergerechtigkeit verwirklichen 74
Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung 74

FÜR UNSER MODERNES UND GERECHTES BADEN-WÜRTTEMBERG 75

UNSER REGIERUNGSTEAM

BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN

Baden-Württemberg ist ein modernes und traditionsbewusstes Land. Baden-Württemberg ist zugleich wirtschaftlich stark und von gesellschaftlichem Zusammenhalt geprägt. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind ebenso heimatverbunden wie weltoffen. Schaffenskraft, familiäre Verantwortung und ehrenamtliches Engagement zeichnen die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger aus. Ob Sportvereine, Feuerwehr oder Musikvereine, ob Sozialverbände, Kirchengemeinden oder Flüchtlingshilfe, ob Wohnbauprojekte, Teilautomodell oder Energiegenossenschaften – Baden-Württemberg ist beim Ehrenamt spitze.

Unser Land ist geprägt von wunderschönen Landschaften und pulsierenden Städten. Eine starke Industrie und ein innovativer Mittelstand haben unser Land erfolgreich gemacht. Hinzu sind ebenso industrienahe wie soziale Dienstleistungen getreten. Wissenschaftliche Exzellenz verbindet sich mit hochqualifiziertem Handwerk. Auf dieser Grundlage ist Baden-Württemberg europäisch und international verflochten.

Vor fünf Jahren, 2011, haben die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg für einen Politikwechsel gestimmt. Sie haben den Weg frei gemacht für ein moderneres, ein gerechteres, ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg. Sie haben uns ihr Vertrauen geschenkt, auf diesem Weg voranzugehen.

Wir haben Wort gehalten. Wir haben Chancengleichheit zum Prinzip unseres Bildungssystems gemacht und für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt. Wir haben nicht nur über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geredet, sondern die Kinderbetreuung massiv ausgebaut, damit Vereinbarkeit auch endlich einfacher wird. Wir haben mit Unternehmen und Sozialpartnern für Innovationskraft und bessere Arbeitsbedingungen gesorgt. Denn unser Land wird nur stark bleiben, wenn es sich für Unternehmen und Beschäftigte gut schaffen lässt. Und wir haben den Haushalt unseres Landes in Ordnung gebracht – weil es unser Anspruch ist, Politik für kommende Generationen statt auf ihre Kosten zu machen.

Fünf Jahre nach dem Wechsel steht Baden-Württemberg glänzend da! Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 17 Jahren. Unsere Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen und hervorragend aufgestellt, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Kein Bundesland investiert mehr in Forschung und Entwicklung, keine Region in Europa ist innovativer. Diese Stärke verdankt das Land seinen Bürgerinnen und Bürgern – und einer Landesregierung, die nach dem Wechsel die richtigen Akzente gesetzt hat. Wir wollen diesen Weg weiter gehen. Dabei vertrauen wir auf die Meinungen der Menschen im Land. Deshalb ist auch dieses Programm aus den Ideen vieler Bürgerinnen und Bürger entstanden, die wir im Rahmen unseres Baden-Württemberg-Dialoges beteiligt haben.

Wir stehen für gute Arbeit, faire Löhne und Tariftreue. Gemeinsam mit den Unternehmen, den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften stellen wir die Weichen für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts. Es geht uns aber nicht nur um Wachstum, sondern auch um Teilhabe. Alle und vor allem junge Menschen sollen etwas aus ihren Begabungen machen können – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Hintergrund und sexueller Orientierung. Deswegen werden wir die Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen in Baden-Württemberg einführen.

Wir machen mehr Zeit für Familie möglich, denn die Familie in all ihrer Vielfalt ist das starke Fundament unserer Gesellschaft. Wir schreiben

dabei keine Lebensmodelle vor – wir wollen, dass die Menschen ihren individuellen Familienwunsch leben können. Dafür geben wir den Eltern in Baden-Württemberg ein Versprechen: Wir schaffen verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder und führen die Ganztagsgarantie ein – vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag. Zudem werden wir in der kommenden Legislaturperiode schrittweise die Beitragsfreiheit für die Kindergärten und Kindertagesstätten im Land einführen.

Wir werden weiterhin konsequent dafür eintreten, dass Talent und Leistung über den Bildungserfolg entscheiden und nicht Einkommen oder Herkunft der Eltern. Wir garantieren Bildung auf hohem Niveau für alle Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg – in Grundschulen, weiterführenden Schulen und den Hochschulen im Land. Mit zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern, mit inklusiven Lernkonzepten und ohne Studiengebühren.

Die Landtagswahl fällt in bewegte Zeiten. Zweifellos fordern die steigenden Flüchtlingszahlen Baden-Württemberg, aber sie bergen auch Chancen für unsere Gesellschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten spielen die hier Lebenden nicht gegen jene aus, die bei uns Zuflucht suchen. Stattdessen eröffnen wir den Weg zum Spracherwerb, in unser Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt, damit die neu zu uns Kommenden all ihre Potentiale in unserer Gesellschaft entfalten können. Wir schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum, damit alle Menschen in Baden-Württemberg ein bezahlbares Zuhause finden. Für unsere Kommunen – in denen Zusammenhalt vorbildlich gelebt wird – sind wir ein verlässlicher Partner und sorgen dafür, dass Städte und Gemeinden ihre Aufgaben bürgernah erfüllen können. Wir sind die Partei für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

WIR LEBEN BADEN-WÜRTTEMBERG.

STARKE WIRTSCHAFT – GUTE ARBEIT

„Männer und Frauen sollten bei gleichen Positionen immer gleich verdienen, damit es keinen Equal Pay Day mehr braucht.“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches und wirtschaftlich starkes Land. „Made in Baden-Württemberg“ ist zu einem weltweiten Qualitätsmerkmal geworden. Unser Ziel ist, dass alle Menschen an dieser Stärke und dem daraus resultierenden Wohlstand teilhaben können. Deshalb haben wir ein umfassendes Verständnis von Wirtschaftspolitik: Wir verbessern die Bedingungen, die Betriebe für wirtschaftlichen Erfolg benötigen. Umsätze und Erträge der Unternehmen kommen nicht von selbst. Sie wurden von den Beschäftigten erwirtschaftet, die ihre Kenntnisse, Qualifikation und Erfahrung einbringen und die deshalb einen Anspruch auf einen fairen Anteil an den Gewinnen haben, die sie erwirtschaften. Erfolgreiche Unternehmen nutzen den Sachverstand ihrer Beschäftigten und binden sie in Entscheidungsprozesse mit ein. In unserer Regierungszeit haben wir gezeigt: Wirtschaftlicher Erfolg und gute Arbeitsbedingungen gehören zusammen. Wirtschaftspolitik ist nur dann erfolgreich, wenn sie dazu beiträgt, gute, sichere und gerecht entlohnte Arbeit zu fördern.

Die Zahl der Erwerbstätigen liegt auf Rekordniveau und wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Seit 2011 ist unsere Wirtschaft beständig gewachsen und dieser Aufschwung setzt sich auch weiterhin fort. Das liegt auch daran, dass in keiner anderen europäischen Region ein so hoher Anteil der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investiert wird. In Baden-Württemberg gibt es im Verhältnis zur Bevölkerung die meisten Weltmarktführer. Gleichzeitig haben wir erreicht, dass dieser Aufschwung auch bei den Beschäftigten im Land ankommt. Wir haben Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit gemacht. Wir haben faire Löhne durchgesetzt und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt. Das Tariftreuegesetz und der Mindestlohn sind Ergebnisse unserer Politik.

Die Wirtschaftspolitik der SPD setzt auf den Dialog: Wir haben zahlreiche Bündnisse und Allianzen ins Leben gerufen, die sich mit wichtigen Zukunftsfragen unserer Wirtschaft beschäftigen. Für uns ist es selbstverständlich, dass die Beschäftigten dabei nicht vergessen, sondern einbezogen werden. Gewerkschaften arbeiten daher gleichberechtigt mit den Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmen und den Wirtschaftskammern zusammen. Deshalb wird die SPD in Regierungsverantwortung die Gewerkschaften als wichtigen Partner der Landesregierung weiterhin in ihre Vorhaben einbinden und beteiligen.

GUTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT

Wer in Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit gut leben und an der Gesellschaft teilhaben können. Mit dem neuen Landestariftreue- und Mindestlohngesetz haben wir erreicht, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Land und die Kommunen nur die Unternehmen Berücksichtigung finden, die ihren Beschäftigten Tarif- oder Mindestlöhne bezahlen. Hiervon profitieren nicht nur die Beschäftigten, sondern vor allem auch mittelständische Betriebe, die dadurch mehr Chancen am Markt erhalten und nicht mehr von Billigkonkurrenz verdrängt werden können. Zudem haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass auf Bundesebene endlich ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt wurde und dem Missbrauch von Leiharbeit sowie Werkverträgen entgegengewirkt.

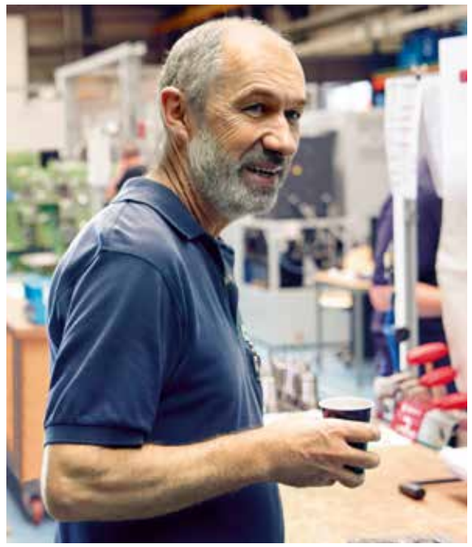
Mit uns wird es keine Aufweichung der Tariftreue- und Mindestlohngesetze geben. Das Mindestentgelt von 8,50 Euro des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes werden wir unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Land in regelmäßigen Abständen überprüfen und erhöhen. Auch stehen wir dazu, dass der Mindestlohn für alle Menschen im Land gilt. Ausnahmen für Flüchtlinge lehnen wir entschieden ab. Mit der SPD wird es keine Beschäftigten erster und zweiter Klasse in Baden-Württemberg geben. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass Leiharbeit begrenzt und der Missbrauch von Werkverträgen unterbunden wird.

UNSER ZIEL BLEIBT VOLLBESCHÄFTIGUNG

Mit der SPD in Regierungsverantwortung hat sich der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg hervorragend entwickelt. Um aber auch diejenigen zu unterstützen, die nicht von dieser positiven Entwicklung profitieren konnten, haben wir das „Landesprogramm für gute und sichere Arbeit” auf den Weg gebracht. Das Programm fördert unabhängige Beratungszentren und unterstützt insbesondere Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Jugendliche, Ältere sowie Migrantinnen und Migranten dabei, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Über 10.000 Menschen wurde so bereits der Schritt in eine Ausbildung oder auf den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht. Diese erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen und hierfür erneut ein Landesarbeitsmarktprogramm auflegen. Dazu gehört auch weiterhin ein sozialer Arbeitsmarkt in Form öffentlich geförderter Beschäftigung.

GLEICHE CHANCEN FÜR FRAUEN UND MÄNNER

Noch immer werden Frauen oft schlechter entlohnt als ihre männlichen Kollegen und bei Beförderungen übergangen. So gibt es nach wie vor eklatante Verdienstunterschiede zum Nachteil der Frauen, auch bei gleicher Tätigkeit, Qualifikation und Erfahrung. Wir treten für gleiche Chancen für Frauen und Männer ein. Deshalb geht das Land als einer der größten Arbeitgeber in Baden-Württemberg mit gutem Beispiel voran. Mit dem neuen Chancengleichheitsgesetz haben wir die Voraussetzungen für Gleichstellung im öffentlichen Dienst und mehr Frauen in Führungspositionen geschaffen. Darüber hinaus verpflichten wir damit jede personalverwaltende Dienststelle mit 50 oder mehr Beschäftigten, ihre Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenanteile bis



hin zu paritätischer Besetzung auf allen Ebenen in einem Chancengleichheitsplan festzulegen. In Stadt- und Landkreisen sowie Städten ab 50.000 Einwohnern wird es künftig hauptamtliche Chancengleichheitsbeauftragte geben. Im Bund haben wir uns erfolgreich für mehr Entgeltgleichheit eingesetzt.

Wir werden auch in Zukunft für die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen eintreten. Derzeit in der Gesellschaft häufig als „typisch weibliche Berufe“ wahrgenommene Berufe sollen attraktiver gestaltet werden, insbesondere durch die Schaffung von Aufstiegschancen durch Qualifizierung und die Entstehung neuer Berufsbilder, um so mehr Lohngerechtigkeit zu schaffen und eine stärkere Öffnung dieser Berufsbilder zu erreichen. Die Schaffung von Entgeltgleichheit werden wir als Ziel in die Landesverfassung aufnehmen und uns dafür einsetzen, dass Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten zukünftig ihre Aktivitäten zur Sicherung von Entgeltgleichheit offenlegen müssen. Weiter werden wir hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte auch in großen Kreisstädten verbindlich einführen.

INKLUSION VERWIRKLICHEN

Arbeit ist eine wesentliche Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Das gilt insbesondere auch für Menschen mit Behinderung. Deshalb haben wir mit der „Initiative Inklusion“ mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen geschaffen und damit Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention über das Recht auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen umgesetzt. Durch intensive Kooperation von Land, Integrationsamt und Agentur für Arbeit haben wir die Vermittlung von schwerbehinderten Menschen in den Arbeitsmarkt verbessert. Auch als Land gehen wir mit gutem Beispiel voran. Mehr als fünf Prozent der Beschäftigten in der Landesverwaltung sind Menschen mit Behinderung.

Für junge Menschen mit Einschränkungen werden wir ein flächendeckendes System des Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben aufbauen. Dabei wollen wir die Ausbildungswege gemeinsam mit den Tarifpartnern beispielsweise durch Teilqualifizierungs-, Paten- und Unterstützermodelle konsequent weiterentwickeln. Wir werden Behindertenwerkstätten als Schutzräume erhalten und gleichzeitig die Durchlässigkeit auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erhöhen. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Land weiter Vorbild für die Integration von Menschen mit Behinderungen bleibt. Unser Ziel ist es, den Anteil der Beschäftigten mit Behinderungen in der Landesverwaltung deutlich zu erhöhen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- **Das Mindestentgelt von 8,50 Euro des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in regelmäßigen Abständen überprüfen und erhöhen,**
- **dafür sorgen, dass der Mindestlohn für alle Menschen im Land gilt,**
- **für die Begrenzung von Leiharbeit und gegen den Missbrauch von Werkverträgen eintreten,**
- **ein weiteres Landesarbeitsmarktprogramm auflegen,**
- **die Gleichstellung weiter vorantreiben und hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte auch in großen Kreisstädten verbindlich einführen,**
- **den Anteil der Beschäftigten mit Behinderungen in der Landesverwaltung deutlich erhöhen.**

HANDWERK UND MITTELSTAND STÄRKEN

Der Mittelstand mit seinen vielen Weltmarktführern und „Hidden Champions“ ist das Markenzeichen der baden-württembergischen Wirtschaft. Er schafft Arbeitsplätze, wo Großunternehmen sie oftmals abbauen. Das Handwerk ist der wichtigste Ausbildungsträger der Wirtschaft und qualifiziert einen großen Teil der Nachwuchskräfte für die Industrie. Deshalb haben wir Handwerk und Mittelstand ins Zentrum unserer Wirtschaftsförderung gestellt und die Förderprogramme des Landes entsprechend ausgerichtet. Mit dem „Beauftragten des Landes für Mittelstand und Handwerk“ haben wir einen direkten Ansprechpartner für die Unternehmen geschaffen und einen Mittelstandsbeirat eingerichtet. Auf europäischer Ebene haben wir uns nachhaltig für den Erhalt des Meisterbriefes eingesetzt.

Die SPD wird den Mittelstand auch künftig in den Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung stellen. Die Marke „Handwerk aus Baden-Württemberg“ werden wir gemeinsam mit den Verbänden und Unternehmen verstärkt auch international als Qualitätsmerkmal etablieren und Handwerksbetriebe beim Schritt zum Exportbetrieb unterstützen – denn Handwerksqualität aus Baden-Württemberg ist weltweit gefragt. Auf europäischer Ebene werden wir uns weiterhin für den Erhalt des Meisterbriefes und gegen weitere Aufweichungen qualitätssichernder Maßnahmen im Handwerk einsetzen.

Mit dem Wunsch nach besseren Verdienstaussichten verbunden entscheiden sich viele junge Menschen vermehrt für ein Studium. Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Deshalb wollen wir den Weg, über die Ausbildung einen Meisterabschluss zu erlangen, künftig attraktiver gestalten. Dafür werden wir die teils hohen Gebühren bei der Meisterausbildung mit Hilfe von Landesmitteln im Dialog mit den Betrieben und ihren Verbänden und Innungen absenken und langfristig abschaffen. Darüber hinaus wollen wir die Förderkonditionen des Meister-BAföG weiter verbessern und hierzu einen Meister-Bonus nach dem erfolgreichen Abschluss einführen.

Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Module der Meister- und Technikerausbildung für ein darauffolgendes Bachelorstudium besser anerkannt werden.

INDUSTRIELLE PRODUKTION ERHALTEN – BESCHÄFTIGUNG SICHERN

Baden-Württemberg ist die industrielle Herzkammer Deutschlands und eines der wichtigsten Industriezentren Europas. Die Industrie sorgt für Wohlstand, Beschäftigung und reduziert die Krisenanfälligkeit unseres Standorts. Mit einer dialogorientierten Wirtschaftspolitik setzt Baden-Württemberg über die Grenzen des Landes hinaus Maßstäbe für eine moderne und nachhaltige Industriepolitik.

Diese ist gekennzeichnet von hoher Wertschätzung für die Industrie und der dort Beschäftigten, Offenheit für industrielle Belange, Technologie- und Innovationsfreundlichkeit, Kooperationsbereitschaft und wechselseitigem Vertrauen.

Im Dialog mit Industrie, Gewerkschaften und Verbänden haben wir die „Industrieperspektive 2025“ erarbeitet, die die weitere Entwicklung unseres Industriestandorts in zentralen Handlungsfeldern definiert. In der kommenden Legislaturperiode werden wir die „Industrieperspektive 2025” konsequent umsetzen. Darüber hinaus werden wir ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Industrieansiedlung und der gesellschaftlichen Akzeptanz der Industrie entwickeln.

Wir stehen an der Seite der Automobilindustrie und ihrer Beschäftigten. Sie ist einer der Grundpfeiler unseres Wohlstandes und unserer Zukunftsfähigkeit. Mit konsequenter Förderung neuer Mobilitätskonzepte und innovativer, umweltfreundlicher Antriebstechnologien werden wir Arbeitsplätze auch in der Zukunft sichern.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- **Die hohen Gebühren bei der Meisterausbildung gemeinsam mit den Betrieben absenken und langfristig abschaffen,**
- **einen Meister-Bonus nach dem erfolgreichen Abschluss einführen,**
- **ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Industrieansiedlung und für mehr gesellschaftliche Akzeptanz der Industrie auf den Weg bringen.**

WIRTSCHAFT 4.0 – AUF DEM WEG ZUM SMARTEN STANDORT

Wir erleben eine zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft, die zunächst als „Industrie 4.0" bekannt wurde, mittlerweile jedoch besser als „Wirtschaft 4.0" bezeichnet wird und zu rapiden Innovationsprozessen führt. Hierdurch ändern sich beispielsweise in der Industrie die Produktion und die Abläufe in den Unternehmen, bestehende Geschäftsmodelle werden in Frage gestellt. Wir begreifen Wirtschaft 4.0 als Chance, Produktion und Beschäftigung im Land zu sichern und unseren Vorsprung im internationalen Standortwettbewerb auszubauen.

Darüber hinaus wollen wir die erhöhte Produktivität dazu nutzen, um verstärkt auf ökologisch verträgliche und nachhaltige Weise zu produzieren. Damit Baden-Württemberg hier Vorreiter bleibt, haben wir bereits die „Allianz Industrie 4.0" gegründet. Gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden, Wissenschaft und Gewerkschaften bündeln wir das vorhandene Know-how im Land und entwickeln gemeinsam Projekte zur Umsetzung und Stärkung, insbesondere auch kleiner und mittlerer Unternehmen in Baden-Württemberg. Gleichzeitig haben wir die Mittel für wirtschaftsnahe Forschungsprojekte im Themenfeld Wirtschaft 4.0 und die Förderung des Kommunikations- und Informationstechnologiestandortes Baden-Württemberg deutlich erhöht.

Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg an der Spitze der aktuellen Entwicklung zu halten und unseren Standortvorteil weiter auszubauen. Die Idee der „Allianz Industrie 4.0" werden wir gemeinsam mit den Kammern in den Regionen, Partnern aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften weiterentwickeln. Wir werden die Forschung und den Technologietransfer in kleine und mittlere Unternehmen stärken und die Digitalisierung in Dienstleistungen und Handwerk fördern. Auch neue Geschäftsmodelle, insbesondere im Bereich der „Shared Economy" werden wir mit Blick auf Nutzen für Verbraucherinnen und Verbraucher, Datenschutz und ihr wirtschaftliches Potential begleiten. Um Fach- und Nachwuchskräfte auf die Anforderungen der Wirtschaft 4.0 vorzubereiten, fördern wir 2016 die Einrichtung von landesweit fünfzehn „Lernfabriken 4.0" an beruflichen Schulen. Damit gewährleisten wir praxisnahe Lernumgebungen und schaffen es gleichzeitig, dass auch kleine und mittlere Betriebe die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Dies wollen wir fortsetzen.

Zum Schutz vor Cyberangriffen werden wir gemeinsam mit Behörden und Unternehmen Maßnahmen erarbeiten.

DIGITALE INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

Mit der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft muss auch die digitale Infrastruktur im Land ausgebaut werden. Denn insbesondere für Unternehmen im ländlichen Raum ist die Breitbandversorgung ein entscheidender Standortfaktor. Deshalb haben wir die digitale Infrastruktur im Land erweitert und Baden-Württemberg beim Ausbau des schnellen Internet mit an die Spitze der Flächenländer geführt. So stellen wir sicher, dass auch Unternehmen in der Fläche die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

Damit ganz Baden-Württemberg von der Digitalisierung profitieren kann, werden wir unsere Breitbandoffensive fortführen und die örtliche Breitbandversorgung in den Katalog der kommunalen Daseinsvorsorge aufnehmen. Als Technologie setzen wir dabei auf den Ausbau mittels Glasfaseranschlüssen in den Haushalten (sogenannte fibre to the Home). Um den industriellen Umbruch der Wirtschaft 4.0 voranzubringen, streben wir einen glasfaserkabel-gebundenen flächendeckenden Internet-Breitband-Ausbau von mindestens 100 Mbit/s an. Hierbei ist zu beachten, dass durch entsprechende Ausschreibungsverfahren das sogenannte Rosinenpicken durch private Anbieter unterbunden wird, die oft nur in profitablen Regionen mit vielen potentiellen Kunden Breitbandangebote ausbauen. Ländliche Regionen bleiben so häufig zurück und werden schließlich durch kommunale Initiativen auf kommunale Kosten erschlossen. Dies gilt es durch entsprechende Verfahren zu verhindern, die profitable urbane Regionen und ländliche Regionen in einer Ausschreibung vereinen. Generell wollen wir vorrangig den Breitband-Ausbau durch Unternehmen in kommunaler Hand fördern, da wir der Überzeugung sind, dass kritische Infrastruktur unter demokratische Kontrolle gehört.

Weiter werden wir eine Bundesratsinitiative für Änderungen im Haftungsrecht starten, um Kommunen dabei zu unterstützen, offenes WLAN umzusetzen und Freifunk zu fördern.

DIGITALISIERUNG ZUM WOHLE DER BESCHÄFTIGTEN GESTALTEN

Die Digitalisierung bietet viele Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und neue Formen des altersgerechten Arbeitens. Durch die Verflechtung von Arbeitszeit und Freizeit birgt sie neben allen Chancen aber auch große Herausforderungen. So können unkontrollierte Datensammlungen, Mitarbeiterüberwachung und ständige Erreichbarkeit gravierende Folgen haben. Flexibilität braucht klare Regeln. Wir nehmen die Veränderungen der Arbeitswelt durch die zunehmende Digitalisierung auf und gestalten sie zum Wohle der Menschen. Das bedeutet, im Dialog mit allen Beteiligten der Arbeitswelt, die Regeln für die Gestaltung und Erfassung der Arbeitszeit im Rahmen des bestehenden Arbeitszeitgesetzes anzupassen, neue Modelle der Qualifizierung in Aus- und Weiterbildung zu erproben und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten durchzusetzen. Wir unterstützen Überlegungen des Bundesarbeitsministeriums zur Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung. So nutzen wir die Chancen für eine gute Entwicklung der Arbeitswelt von morgen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- Die „Allianz Industrie 4.0“ gemeinsam mit den Kammern, Partnern aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften weiterentwickeln,
- die Breitbandoffensive fortführen und die örtliche Breitbandversorgung in den Katalog der kommunalen Daseinsvorsorge aufnehmen,
- eine Bundesratsinitiative für Änderungen im Haftungsrecht starten, um Kommunen dabei zu unterstützen, offenes WLAN umzusetzen und Freifunk zu fördern.

GUTE ARBEIT IM DIENSTLEISTUNGSSEKTOR STÄRKT UNSEREN STANDORT

Der Dienstleistungssektor in Baden-Württemberg trägt mit 60 Prozent zur Wertschöpfung und mit 67 Prozent zur Beschäftigung im Land bei. Im Gesundheitswesen, im Handel, in Kitas, in sozialen Einrichtungen und in vielen weiteren öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereichen arbeiten täglich Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oft direkt für und mit den Menschen im Land. Damit gute Arbeit auch im Dienstleistungsbereich selbstverständlich wird, tritt die SPD für die Weiterentwicklung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch überall dort ein, wo der Staat selbst Arbeitgeber ist: Befristungen dürfen nur eine begründete Ausnahme sein, insbesondere die Berufe im sozialen Bereich müssen aufgewertet werden. Wir wollen die Rahmenbedingungen für gute Dienstleistungen schaffen. Mit Blick auf den wichtigen Einzelhandel wollen wir daher das Ladenöffnungsgesetz hinsichtlich seines Nutzens für die Vielfalt des Handels, für die Beschäftigten und die Gesellschaft evaluieren.

Auch im Dienstleistungssektor eröffnen Digitalisierung und Vernetzung große Chancen für Wachstum und Innovation. Das eröffnet innovative Geschäftsmodelle, deren Chancen wir nutzen werden.

Wir werden in Regierungsverantwortung weiterhin dafür sorgen, dass ein starker Dienstleistungssektor auch künftig Stütze für Wertschöpfung und Beschäftigung in Baden-Württemberg bleibt. Dafür werden wir die Unternehmen im Land bei der Anpassung an den digitalen Wandel unterstützen, die sich gemeinsam mit ihren Beschäftigten den Herausforderungen stellen und sich und ihre Belegschaften fit machen für die Arbeit der Zukunft. Dabei wollen wir auch die sogenannten hybriden Dienstleistungen, also innovative Verknüpfungen von Produkt und Dienstleistungen stärken.

Auch die Regional- und Strukturförderung muss der gewachsenen Bedeutung des Dienstleistungssektors Rechnung tragen und durch gezielte regionale Strukturförderungspolitik die Bildung von Dienstleistungsnetzwerken fördern. Neue Herausforderungen, wie sie etwa mit der Digitalisierung, dem demografischen Wandel oder

der Integration von Flüchtlingen verbunden sind, erfordern die Suche nach neuen Lösungen und müssen durch entsprechende Forschung unterstützt werden. Deshalb werden wir den Ausbau der Dienstleistungsforschung unterstützen.

STARTUPS FÖRDERN – UNTERNEHMERTUM ERMÖGLICHEN

Die vielen Startup-Unternehmen in Baden-Württemberg entwickeln neue Ideen, erfinden bestehende Branchen neu, stärken die Innovationskraft unseres Landes und schaffen Arbeitsplätze. Damit aus den „Einpersonenunternehmen“ von heute die Weltmarktführer von morgen werden, haben wir eine Gründungsoffensive für Baden-Württemberg gestartet und beleben den Ruf des Gründerlandes Baden-Württemberg neu. Wir haben den Zugang zu einer fundierten Existenzgründerberatung vereinfacht und unterstützen junge, innovative Unternehmen bei Forschung und Entwicklung mit neuen Innovationsgutscheinen.

Wir haben die landesweite Wettbewerbsreihe „Elevator Pitch BW“ initiiert, die Gründerinnen und Gründern eine attraktive Plattform bietet, um ihre Geschäftsideen einem breiten Publikum zu präsentieren. Gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft haben wir den Wagniskapitalfonds „VC Fonds Baden-Württemberg“ aufgelegt und unterstützen Unternehmen bei der Finanzierung. Mit „gruendung-bw.de“ haben wir eine neue Plattform geschaffen, um die Gründerszene im Land weiter zu vernetzen. Unsere Politik zeigt Erfolg: Bei der „Überlebensquote“ und der Beschäftigungswirksamkeit von Startups belegt Baden-Württemberg mittlerweile bundesweit einen Spitzenplatz.

Diesen Weg wollen wir fortsetzen und die Gründungsoffensive ausbauen. Neben den Gründungen von Startups werden wir den Fokus auch auf Ausgründungen aus Unternehmen legen und damit den Mittelstand weiter stärken. Damit verfolgen wir das Ziel, dass gute Ideen, die in den Unternehmen, in denen sie entwickelt wurden, nicht verwirklicht werden können, nicht verloren gehen. Um in der Startup-Szene den Frauenanteil zu erhöhen, werden wir gezielte Frauenförderprogramme unterstützen. Auch die Vernetzung von Hochschulen und Gründerzentren werden wir voranbringen und die Bereitstellungen von Kapazitäten an Hochschulen prüfen. Gemeinsam mit der L-Bank werden wir eine Wagniskapitalstrategie entwickeln, um Unternehmen im Land vor allem in der Wachstumsphase noch stärker zu unterstützen. Dabei werden wir den erfolgreichen „VC Fonds Baden-Württemberg“ als Teil dieser Wagniskapitalstrategie weiter ausbauen.

WIRTSCHAFTSNAHE FORSCHUNG STÄRKEN

Baden-Württemberg ist das Land der Erfinderinnen und Erfinder, der Ingenieurinnen und Ingenieure. Grundlage hierfür ist eine in Deutschland und Europa einzigartige Forschungslandschaft mit führenden Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie dem Technologietransfersystem aus Instituten, Wirtschaftsorganisationen und Steinbeis-Zentren. Wir haben die Forschungsförderung auf die Wachstumsfelder nachhaltige Mobilität, Umwelttechnik, Gesundheit, Informations- und Kommunikationstechnik fokussiert. Die Grundfinanzierung der zwölf wirtschaftsnahen Forschungsinstitute haben wir auf Festbetragsfinanzierung umgestellt und gewährleisten diesen so eine bessere Planbarkeit. Wir haben eine neue Landesagentur für Leichtbau gegründet und die Landesagentur „Biopro“ auf Gesundheitswirtschaft ausgeweitet. Darüber hinaus haben wir den Technologietransfer forciert, beispielsweise mit der Technologietransferinitiative „innBW“.

Gute Ideen brauchen aber auch Nachahmer in der gesamten Wirtschaft. Deswegen setzen wir auf Leuchtturmprojekte und gezielte Förderung, damit neue Technologien schneller bekannt und vor allem breiter eingesetzt werden. Die Kooperation der Forschungsinstitute mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden wir in den kommenden fünf Jahren ausweiten und eine Landesinitiative Elektromobilität III auf den Weg bringen. Darüber hinaus werden wir einen Fokus auf die Entwicklung von altersgerechten Assistenzsystemen (Ambient Assisted Living) legen, deren Förderung wir beispielsweise durch Kooperationsmodelle mit öffentlichen Einrichtungen gezielt vorantreiben werden.

KREATIVWIRTSCHAFT FÖRDERN UND MEDIEN STÄRKEN

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Innovationsmotor in Baden-Württemberg. Deswegen haben wir für Kleinstunternehmen sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler aus Kultur- und Kreativwirtschaft einen Innovationsgutschein eingeführt, der Unternehmen beim Markteintritt unter-

stützt. Die erfolgreiche Gutscheinförderung werden wir fortführen und ausbauen.

Darüber hinaus wollen wir uns im Bund für ein zeitgemäßes Urheberrecht einsetzen. Auch Verbraucherinteressen, wie etwa das Interesse an langfristiger und geräteunabhängiger Nutzung von legal erworbenen digitalen Inhalten, sind zu berücksichtigen. Um einem Akzeptanzverlust entgegenzutreten, müssen eine effektivere und verhältnismäßigere Rechtsdurchsetzung ermöglicht werden sowie Maßnahmen zur Aufklärung und Stärkung der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Die kostenlose Abfrage von Konzepten, Layouts und Ideen im Rahmen von Ausschreibungen und Pitches trägt gerade in der Kreativwirtschaft zu prekären Beschäftigungsverhältnissen bei. Wir wollen daher als Land mit gutem Beispiel vorangehen und auch in der Konzeptionsphase künftig angemessene Präsentationshonorare vereinbaren.

Mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den lokalen und regionalen Rundfunksendern sowie den lokalen Tageszeitungen haben wir ein qualitativ hohes publizistisches Angebot, das wir erhalten und sichern wollen.

GASTRONOMIE UND TOURISMUS STÄRKEN

Der Tourismus und die Gastronomie sind wichtige Wirtschaftszweige in Baden-Württemberg. Die beiden Branchen haben mehr Beschäftigte als die Automobilindustrie im Land und sichern vor allem im ländlichen Raum Beschäftigung und Wirtschaftskraft. Die hohe Qualität und die Arbeit mit regionalen Produkten machen Gastronomie und Tourismus zu wichtigen Aushängeschildern und Wirtschaftsfaktoren unseres Landes. Wir stehen für eine nachhaltige Tourismuspolitik. Deshalb haben wir unsere Tourismusförderung verstärkt auf die Verknüpfung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten ausgerichtet. Wir haben die Mittel für das Tourismus-Marketing erhöht und mit dem Nationalpark Schwarzwald eine zusätzliche Attraktion geschaffen. Mit Erfolg: Die Besucherzahlen in Baden-Württemberg steigen.

Wir werden den Tourismus im Land auch in Zukunft darauf ausrichten, Soziales, Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die touristischen Infrastrukturen im Land verstärkt auf die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren und die besonderen Anforderungen von Menschen mit Behinderungen abgestimmt werden. Mit besseren ÖPNV-Anbindungen, überregional angelegten Bonus- und Verbundkarten, sowie flächendeckenden Rad- und Wanderwegen werden wir die Attraktivität unserer touristischen Angebote in Baden-Württemberg weiter steigern. Wir behalten die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und Auszubildenden im Blick und werden uns weiter für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse einsetzen.

ARBEITSSCHUTZ STÄRKEN

Beschäftigte haben einen Anspruch auf ein gesundes Arbeitsumfeld und Schutz vor Überlastung. Deshalb haben wir gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften ein Bündnis für „Arbeit und Gesundheit in Baden-Württemberg“ geschlossen. Wir haben mehr Beschäftigte für den Arbeitsschutz eingestellt und beim Landesgesundheitsamt eine Kompetenzstelle „Arbeitsmedizin, Arbeitspsychologie, Gesundheitsmanagement“ geschaffen. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass Beschäftigte, Unternehmen und weitere Partner im Rahmen von kommunalen Gesundheitsdialogen passende Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung vor Ort planen und sich an der Umsetzung in der Region beteiligen. Darüber hinaus werden wir den technischen und den medizinischen Arbeitsschutz weiter stärken.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Eine Wagniskapitalstrategie entwickeln, um Unternehmen im Land vor allem in der Wachstumsphase noch stärker zu unterstützen,**
- **eine Landesinitiative Elektromobilität III auf den Weg bringen,**
- **den technischen und den medizinischen Arbeitsschutz weiter stärken.**

FACHKRÄFTE SICHERN

„Eines meiner zentralen Anliegen ist eine Ausbildungsplatzgarantie für Jugendliche im Land. Der erste Schritt ins Berufsleben ist eine gute Ausbildung, und dieser Schritt muss in Baden-Württemberg einfach gelingen.“

Dr. Nils Schmid MdL *(Minister für Finanzen und Wirtschaft, Stellvertretender Ministerpräsident)*

Die Stärke unseres Standorts verdanken wir vor allem den fähigen Händen und den klugen Köpfen, den Fachkräften in unserem Land, die Tag für Tag Außergewöhnliches leisten. Viele Unternehmen machen sich aber Sorgen, ob sie in wenigen Jahren noch ausreichend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden werden. Der drohende Fachkräftemangel bewirkt ein Umdenken in vielen Unternehmen. Sie lernen: Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kein Kostenfaktor, sondern Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg.

Deshalb haben wir die „Fachkräfteallianz“ ins Leben gerufen um mit den Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und Kammern Fachkräfte zu gewinnen und den Menschen im Land die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Gemeinsam stärken wir die berufliche Bildung, verbessern den Übergang von der Schule in den Beruf, ermöglichen lebenslanges Lernen und etablieren eine echte Willkommenskultur für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. So sichern wir Fachkräfte und bauen unseren Spitzenplatz bei der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa weiter aus. Alle jungen Menschen sollen die Chance erhalten, ihre Begabungen zu entfalten – unabhängig von Geschlecht, Herkunft und sozialem Hintergrund. Unser Ziel für die kommende Wahlperiode ist eine Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen in Baden-Württemberg.

GEMEINSAM FÜR DIE BERUFLICHE BILDUNG

Mit dem von uns ins Leben gerufenen „Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg“ wurde die Kooperation des Landes mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden auf neue Füße gestellt. Das Ausbildungsbündnis hat zum Ziel, die Übergänge junger Menschen von der Schule in den Beruf zu gestalten, die Attraktivität und Qualität der Berufsausbildung zu steigern und die betriebliche Ausbildung für die Zukunft weiter zu stärken. Mit dem Ausbildungsbündnis setzen wir die erfolgreiche Zusammenarbeit aller Akteure im Bereich der Ausbildung fort und werden es zukunftsfähig weiterentwickeln. Um dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken, haben wir den Ausbildungsfonds für Pflegeberufe eingeführt. Damit fördern alle Krankenkassen in Baden-Württemberg die Ausbildung der nichtärztlichen Heilberufe. Wir unterstützen weiter die generalistische Ausbildung im Pflegebereich und die Aufwertung der Pflege.

BERUFLICHE SCHULEN STÄRKEN

Die fast 300 beruflichen Schulen im Land leisten einen großen Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft. Dort werden junge Menschen ausgebildet, erreichen eine Berufsqualifikation und erhalten die Möglichkeit, höhere allgemeine Schulabschlüsse zu erwerben. Inzwischen wird fast jede zweite Hochschulzugangsberechtigung an einer beruflichen Schule erreicht und fast

jedes dritte Abitur an einem beruflichen Gymnasium. Wie keine Landesregierung zuvor haben wir die beruflichen Schulen gestärkt. Wir haben 150 weitere Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien geschaffen und das strukturelle Unterrichtsdefizit auf den bisher niedrigsten Stand gesenkt. Mit der Einführung von Englisch als Pflichtfach in über 160 Schulen sind wir einen wichtigen Schritt im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gegangen. Durch die erfolgreiche AZAV-Zertifizierung (Zertifizierung nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung) können nun über 100 berufliche Schulen geförderte Umschülerinnen und Umschüler aufnehmen und für eine Ausbildung gewinnen. Damit verfügt Baden-Württemberg über mehr zertifizierte öffentliche berufliche Schulen als jedes andere Bundesland.

Wir werden die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen noch weiter verstärken und die Lehrerversorgung verbessern. Dabei werden wir auch zusätzliche Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge – auch mit weiterentwickelten pädagogischen Konzepten – einrichten. Wir werden die regionale Schulentwicklung der beruflichen Schulen in Abstimmung mit Schulträgern und Ausbildungsbetrieben bzw. den Kammern weiter vorantreiben und dort, wo Schülerinnen und Schüler im Blockunterricht beschult werden, die Rahmenbedingungen deutlich verbessern. Ziel ist eine paritätische Finanzierung, damit Auszubildende keine Kosten für ihre Unterbringung zu tragen haben. Als ersten Schritt werden wir ab dem Ausbildungsjahr 2016/2017 eine Drittelfinanzierung einführen. An der weiteren Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, halten wir fest. Ebenso möchten wir die Eigenverantwortung von beruflichen Schulen stärken.

ÜBERGANG VON DER SCHULE IN DEN BERUF VERBESSERN

Damit mehr Jugendlichen der direkte Einstieg in eine Ausbildung gelingt, haben wir in Modellregionen ein Konzept für die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf eingeführt. Der neue Bildungsgang „duale Ausbildungsvorbereitung“ (AVdual) richtet sich an Jugendliche, die nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden und weiteren Förderbedarf haben. Wichtiger Bestandteil sind Betriebspraktika, um den Jugendlichen den Einstieg in eine betriebliche Ausbildung zu erleichtern. Unser Ziel ist es, dieses betriebsorientierte Übergangssystem zwischen Schule und Beruf zukünftig landesweit zu etablieren.

WIRTSCHAFT, STUDIEN- UND BERUFSORIENTIERUNG

Wir haben bundesweit erstmalig die Einführung des Schulfaches Wirtschaft/Studien- und Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen auf den Weg gebracht. Wir verbinden damit die Erwartung, dass Schülerinnen und Schüler sich frühzeitig mit Chancen, Perspektiven und Herausforderungen der späteren Arbeits- und Berufswelt vertraut machen können. Durch das neue Fach soll eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen werden, damit Schülerinnen und Schüler sich früher mit ihrer individuellen beruflichen Zukunft auseinandersetzen und unterschiedliche Möglichkeiten aufgezeigt bekommen, ihre Ziele zu erreichen.

FÜR DIE BETRIEBLICHE AUSBILDUNG WERBEN

Um mehr junge Menschen für eine betriebliche Ausbildung zu begeistern, haben wir die Ausbildungskampagne „gut-ausgebildet.de“ initiiert, bei der in Videoclips Berufe online vorgestellt werden. Darüber hinaus werben im Rahmen der Initiative „Ausbildungsbotschafter“ speziell geschulte Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter aus 150 Berufen an den Schulen und vermitteln den Jugendlichen die Chancen und Vorteile einer betrieblichen Ausbildung aus erster Hand. Mit mehrsprachigen Materialien und Werbemaßnahmen sprechen wir besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Eltern an, um gezielt über die „Chance Ausbildung“ zu informieren.

Diese erfolgreichen Initiativen werden wir zukünftig fortsetzen und weiter ausbauen. Zudem werden wir uns dafür stark machen, dass jungen Menschen, die ihr Studium abbrechen wollen, die Möglichkeiten der betrieblichen Ausbildung als Alternative aufgezeigt werden. Dazu gehört die Anerkennung von erbrachten Studienleistungen in der betrieblichen Ausbildung. Die duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) ist ein baden-württembergisches Erfolgsmodell, das sich weit über die Grenzen von Baden-Württemberg hinaus verbreitet hat. Wir werden für die Studierenden an der DHBW Rechtssicherheit schaffen und uns im Bund dafür einsetzen, dass Studierende der DHBW in das Berufsbildungsgesetz (BBiG) aufgenommen werden, damit diese ebenfalls den tarifvertraglichen Schutz genießen können, den Auszubildende genießen.

AUSBILDUNG FÜR ALLE UND BIS ZUM ABSCHLUSS

Unser Ziel ist es, dass jeder junge Mensch in Baden-Württemberg die Chance erhält, eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden, haben wir 2012 das Modellprojekt „Abbruch vermeiden – Ausbildung begleiten“ auf den Weg gebracht. Kern ist die sozialpädagogische Begleitung Auszubildender bei instabilen Ausbildungsverhältnissen und die Schulung betrieblicher Ausbilderinnen und Ausbilder in Konfliktmanagement. Um die betriebliche Ausbildung besonders für junge Menschen in speziellen Lebenssituationen attraktiver zu machen, haben wir die Möglichkeiten für die Teilzeit- und Spätausbildung erweitert. Diese Möglichkeiten werden wir bedarfsgerecht ausbauen. Darüber hinaus werden wir stufenweise Ausbildungsmodelle als Alternative zur ungelernten Beschäftigung stärken.

POTENTIALE DER VIELFALT HEBEN

Wir haben eine echte Willkommensstruktur etabliert, damit Eingewanderte schnell auf unserem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Dafür haben wir die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verbessert und mit dem Landesanerkennungsgesetz endlich einen Rechtsanspruch auf die Prüfung ausländischer Berufsqualifikationen geschaffen. Wir haben ein Netz kostenloser Beratungsstellen aufgebaut und die Zuständigkeiten für Anerkennungsverfahren gebündelt. So stellen wir sicher, dass die Potentiale gut ausgebildeter Migrantinnen und Migranten nicht wie in der Vergangenheit in starren Anerkennungsverfahren verloren gehen. Mit den „Welcome Centern“ haben wir zentrale Anlaufstellen für internationale Fachkräfte und die Unternehmen im Land geschaffen, die nach qualifizierten Arbeitskräften suchen.

Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, die Potentiale der Einwanderung aktiv zu erschließen. Dafür werden wir die Zahl der „Welcome Center“ in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 verdoppeln. Das Netz kostenloser Beratungsstellen für die berufliche Anerkennung werden wir weiter ausbauen und die zuständigen Stellen bedarfsgerecht verstärken. Auch das Sprachkursangebot für Migrantinnen und Migranten werden wir stärker fördern.

MEHR FRAUEN FÜR MINT-BERUFE BEGEISTERN

Um die Innovationskraft unseres Standorts zu erhalten, ist guter Nachwuchs in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik essentiell. Viele Frauen erwerben hervorragende schulische Qualifikationen für den MINT-Bereich. Das spiegelt sich jedoch nicht durch einen entsprechenden Anteil in den genannten

Ausbildungs- und Studiengängen wider. Dadurch gehen unserem Land wichtige Potentiale verloren. Deshalb haben wir 2011 das Bündnis „Frauen in MINT-Berufen“ erfolgreich etabliert und mehr Frauen für eine Ausbildung oder ein Studium im MINT-Bereich begeistert. Diesen Weg werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

LEBENSBEGLEITENDES LERNEN ERMÖGLICHEN

Wir haben die Weiterbildung im Land gestärkt. Denn nur mit Weiterqualifizierung, Anerkennung von Abschlüssen und Qualifizierungschancen, insbesondere für An- und Ungelernte, werden wir innovativ bleiben und zukunftssichere Arbeitsplätze erhalten. Daher haben wir mit dem Bildungszeitgesetz eine gesetzliche Grundlage und Anreize zur berufsbegleitenden Weiterbildung geschaffen. Viele Beschäftigte haben nun den Anspruch auf eine bezahlte Freistellung zur Weiterbildung und zur Stärkung des Ehrenamtes von fünf Arbeitstagen pro Jahr. Zusammen mit den Gewerkschaften, Unternehmen und den Bildungsträgern haben wir im Land berufliche Weiterbildungsangebote geschaffen, die auf den Grundsätzen der Träger- und Methodenvielfalt beruhen und persönliche Entwicklung mit wirtschaftlichem Bedarf in Einklang bringen.

Dadurch wurde ein innovatives, aktuelles, zielgruppen- und bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Forderung nach „lebensbegleitendem Lernen“ auch mit tatsächlichen Angeboten gefüllt wird. Die Einführung der Bildungszeit war dabei nur ein erster Schritt. Unser Ziel ist es, dass Beschäftigte einen Anspruch auf Bildungsteilzeit haben, beispielsweise um neben ihrer Beschäftigung ein berufsbegleitendes Studium aufnehmen zu können. Dafür werden wir die Möglichkeit schaffen, die Ansprüche aus der Bildungszeit „anzusparen“ und am Stück für Weiterbildung einzusetzen. Zukünftig soll die Bildungszeit auch für Auszubildende uneingeschränkt gelten.

Auch haben wir die Zuschüsse für die Weiterbildung jedes Jahr schrittweise erhöht und gegenüber 2011 mehr als verdoppelt und im Kampf gegen Analphabetismus wichtige Akzente gesetzt. Wir werden auch weiterhin die landesseitige Förderung der Volkshochschulen sowie weiterer Weiterbildungsträger am Bundesschnitt ausrichten.

CHANCEN DER BESCHÄFTIGUNG ERHÖHEN

Es gibt immer noch zahlreiche Beschäftigte, die keinen anerkannten Berufsabschluss besitzen und Fachkräfte, die sich durch ihre teilweise jahrzehntelange Berufserfahrung ein unschätzbares Wissen angeeignet haben. Dieses Wissen fand bisher weder als Berufsabschluss noch als akademischer Grad Anerkennung. Wir wollen die bisherige projekthafte Förderung verstetigen, indem wir als erstes Anerkennungsstellen für informell und nonformal erworbene Qualifikation einrichten.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird seit vielen Jahren in den Kontaktstellen „Frau und Beruf“ erfolgreich vorangetrieben. Wir haben daher auch die dauerhafte Finanzierung sichergestellt.

POLITISCHE BILDUNGSARBEIT FÖRDERN

Es ist notwendig, bestehende Institutionen der politischen Bildung finanziell und personell gut auszustatten. Daneben wollen wir politische Bildung unterstützen. Sie ist ein wichtiger Grundpfeiler zur Stärkung der Demokratie.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Die Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Beruflichen Schulen weiter verstärken,**
- **die Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler im Blockunterricht mit dem Ziel einer paritätischen Finanzierung deutlich verbessern, damit Auszubildende keine Kosten mehr tragen müssen,**
- **das Konzept „duale Ausbildungsvorbereitung“ (AVdual) landesweit etablieren,**
- **Möglichkeiten schaffen, erbrachte Studienleistungen von Studienabbrechern in der betrieblichen Ausbildung anzuerkennen,**
- **die Zahl der Welcome Center in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 verdoppeln,**
- **das Netz kostenloser Beratungsstellen für die berufliche Anerkennung ausbauen.**

BILDUNG, DIE ALLEN GERECHT WIRD

„Ich freue mich, dass wir den jungen Lehrerinnen und Lehrern so hervorragende Einstellungschancen bieten können.“

Andreas Stoch MdL *(Minister für Kultus, Jugend und Sport)*

Kinder sind unsere Zukunft und es ist besonders wichtig, dass wir ihnen eine gute Bildung auf ihren Weg mitgeben können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen ihre Talente und Begabungen optimal entfalten und den für sie passenden Bildungsabschluss erlangen können. Trotz einer leistungsstarken und motivierten Lehrerschaft hat unser Schulsystem in der Vergangenheit ungerechte Ergebnisse erbracht. Wir haben das Bildungssystem in Baden-Württemberg verändert und mehr Chancengleichheit verwirklicht. Ein leistungsorientiertes und gleichzeitig sozial gerechtes Bildungssystem nützt dem Einzelnen und unserem Land gleichermaßen. Denn unsere Gesellschaft braucht jeden jungen Menschen. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Potentiale optimal entfalten können und so gerechte Chancen auf beruflichen Erfolg, gesellschaftliche Teilhabe, Selbstverwirklichung und Wohlstand haben.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir das baden-württembergische Bildungssystem weiterentwickelt, damit die Bildungsgerechtigkeit verbessert und das Leistungsniveau gesichert. Den Kultusetat haben wir in den vergangenen fünf Jahren um 1,4 Milliarden Euro aufgewertet – ein Plus von 15 Prozent im Vergleich zu 2011. Erstmals in der Geschichte des Landes werden mehr als zehn Milliarden Euro in Bildung investiert. Als Regierungspartei wird die SPD auch weiterhin für Chancengleichheit in unserem Bildungssystem eintreten und dafür sorgen, dass sich alle Kinder und Jugendlichen bestmöglich entfalten können.

Für uns gilt: Vorfahrt für Bildung. Deshalb werden wir auch in den kommenden fünf Jahren hier einen haushaltspolitischen Schwerpunkt setzen und weitere Investitionen tätigen. Hierzu werden wir Spielräume im Landeshaushalt konsequent erschließen und nutzen.

Alle anstehenden bildungspolitischen Maßnahmen werden wir daran messen, ob sie die Chancen der jungen Generation verbessern und sichern. Die Mitverantwortung des Bundes für die Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen werden wir konsequent einfordern und uns daher für die Abschaffung des Kooperationsverbots einsetzen.

Die richtigen strukturellen Weichenstellungen sind getroffen. Jetzt geht es darum, den eingeschlagenen bildungspolitischen Kurs konsequent fortzusetzen und die Qualität des Bildungssystems weiter zu verbessern.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG AUSBAUEN

Durch eine frühe Förderung unterstützen wir die kindliche Entwicklung und legen den Grundstein für späteren schulischen Erfolg. Deshalb haben wir die frühkindliche Bildung verbessert und die Kita-Plätze ausgebaut. Mit dem Pakt für Familien mit den Kommunen haben wir den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz oder einen Platz in der Kindertagespflege für Ein- bis Dreijährige umgesetzt. Die Landeszuschüsse für die Kommunen haben wir verdreifacht. So sorgen wir für beste Bildungschancen von Anfang an. Mit Erfolg: Heute besuchen im Südwesten über 50 Prozent mehr unter Dreijährige eine Kindertageseinrichtung als noch unter der Vorgängerregierung im Jahr 2010. Bei der Zahl der Plätze haben wir Baden-Württemberg von ganz hinten in die Spitzengruppe aller Bundesländer geführt. Auch mit Blick auf die Qualität des Angebots belegt Baden-Württemberg mittlerweile im Ländervergleich den Spitzenplatz.

Wir haben das Konzept der Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf (SPATZ) verbessert und mit mehr Mitteln ausgestattet. So ermöglichen wir kleinere Gruppen, erhöhen die Qualität der Sprachbildung und ermöglichen mehr Zeit für jedes einzelne Kind. In Kitas mit besonders hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund haben wir die Gruppengröße halbiert. Klar ist: Der Ausbau erhöht auch den Bedarf an qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern. Deshalb haben wir mit neuen Konzepten wie beispielweise der praxisintegrierten Ausbildung „PIA“ noch mehr Menschen und vor allem mehr Männer für den Beruf der Erzieherin und des Erziehers begeistert.

Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen. Wir werden den quantitativen wie qualitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung weiter vorantreiben. Der Orientierungsplan muss in den kommenden Jahren stufenweise umgesetzt werden. Eine Steigerung des gesellschaftlichen Stellenwerts und der Attraktivität des Berufs der Erzieherin und des Erziehers sowie der Kindertagespflege werden wir weiter befördern.

VERLÄSSLICHE GANZTAGSANGEBOTE SCHAFFEN

Damit die Ganztagsangebote nicht nach der Kita enden, haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich möglichst viele Grundschulen sowie Grundstufen von Förderschulen zu Ganztagsschulen weiterentwickeln können. Ob eine Ganztagsschule gewünscht wird, können die Kommunen vor Ort entscheiden. Vor Ort wird auch entschieden, ob es eine Ganztagsschule in Wahlform oder eine verbindliche sein soll. Den jahrzehntelangen Schulversuch der Vorgängerregierung haben wir beendet und im Einverständnis mit den kommunalen Spitzenverbänden verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen. Wir stehen für eine rhythmisierte Ganztagsschule und betrachten die Einbindung außerschulischer Partner als wichtigen Baustein. Zur Finanzierung halten wir an dem erfolgreichen Instrument der Monetarisierung von Lehrerstunden zur Finanzierung qualitativ hochwertiger Kooperationsangebote fest. Ganztagsschule organisieren wir ohne zusätzliche Kosten für die Eltern.

Die Kinder profitieren sehr von der zusätzlichen Zeit zum Lernen in einem abwechslungsreichen Umfeld. Deshalb werden wir den Weg zu flächendeckenden Ganztagsangeboten fortsetzen. Unser Ziel ist es, dass sich bis zum Jahr 2023 70 Prozent der Grundschulen zu Ganztagsschulen weiterentwickeln. Allen Eltern in Baden-Württemberg geben wir ein Versprechen: Wir schaffen verlässliche Bildungsangebote für alle Kinder – wir führen die Ganztagsgarantie ein, vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag. So streben wir in den kommenden Jahren auch eine gesetzliche Verankerung der Ganztagsschule an allen weiterführenden Schulen an. Wo immer vor Ort Ganztagsangebote gewünscht werden, sollen diese möglich sein.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- **Eine Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag einführen,**
- **schrittweise die Kita- und Kindergartengebühren abschaffen,**
- **70 Prozent der Grundschulen bis 2023 zu Ganztagsschulen weiterentwickeln,**
- **uns für die Abschaffung des Kooperationsverbots einsetzen.**

GRUNDSCHULE

Die Qualität der Grundschule ist für die weitere Bildungsbiografie aller Kinder maßgeblich, denn hier erlernen sie wesentliche schulische Kernkompetenzen. Deshalb werden wir die Grundschule in der kommenden Legislaturperiode noch stärker in den Mittelpunkt unserer Bildungspolitik rücken.

Seit diesem Schuljahr erhalten die Grundschulen im Land erstmals Poolstunden, um Kinder mit Sprachförderbedarf, Schwierigkeiten beim Lesen, Rechtschreiben oder in Mathematik gezielter fördern zu können. So können Lehrerinnen und Lehrer den unterschiedlichen Stärken und Lernentwicklungen der Kinder besser gerecht werden und die Kinder bis zum Übergang in die weiterführenden Schulen möglichst individuell begleiten. Die Möglichkeiten individueller Förderung in der Grundschule werden wir – auch durch zusätzliche Lehrerstellen – weiter ausbauen. Unser Ziel ist, dass die Wege zum nächsten Grundschulstandort für alle Kinder kurz bleiben. Darum setzen wir uns, vor allem im ländlichen Raum, auch weiterhin für die Erhaltung der im Moment einzügigen oder im Verbund agierenden Grundschulen ein.

Für uns zählt der Wille der Eltern. Deshalb haben wir die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft und damit den Eltern das Entscheidungsrecht für die Wahl der weiterführenden Schule gegeben. Verbunden damit ist eine umfassende Beratung der Eltern. An dieser Praxis werden wir auch zukünftig festhalten und den Dialog von Eltern und Grundschule weiter stär-

ken. Die weiterführenden Schulen unterstützen wir dabei, dass sie die Potentiale ihrer Schülerinnen und Schüler in der 5. Klassenstufe schnell und differenziert erfassen können. Die verpflichtende Vorlage der Grundschulempfehlung ist deshalb weder erforderlich noch sinnvoll.

SCHULSTRUKTUREN DEN VERÄNDERTEN GESELLSCHAFTLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN ANPASSEN

Eltern wünschen sich eine verlässliche Schulinfrastruktur mit hoher Qualität und möglichst wohnortnahen Angeboten. Dies wollen wir auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels mit insgesamt sinkenden Schülerzahlen gewährleisten. Mit der Einführung der regionalen Schulentwicklung haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, damit die jungen Menschen trotz rückläufiger Schülerzahlen in erreichbarer Nähe alle Bildungsabschlüsse erwerben können. Damit ist uns ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Schulsystem gelungen. Über 90 Prozent der Dialog- und Beteiligungsverfahren, die im Rahmen der regionalen Schulentwicklung durchgeführt wurden, konnten im Konsens mit allen Beteiligten abgeschlossen werden. Diesen erfolgreichen Weg werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Wir haben bei der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2011 ein stark gegliedertes Schulsystem vorgefunden, das den Anforderungen der modernen Gesellschaft, vor allem aber denen des demografischen Wandels, immer schlechter gerecht wurde. Wie auch viele andere Bundesländer und Staaten haben wir uns für eine Weiterentwicklung in Richtung integrativer Bildungsgänge – Schulen, in denen verschiedene Bildungsabschlüsse möglich sind – entschieden. Wir orientieren uns an einem zukünftigen Schulsystem aus zwei Säulen – dem etablierten Gymnasium einerseits und integrativ angelegten Bildungsgängen andererseits. Moderne pädagogische Konzepte machen es möglich, mit heterogenen Gruppen in integrativen Bildungsgängen erfolgreich arbeiten zu können.

Diese werden wir weiterhin gezielt unterstützen. Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer sollen auf verlässliche Schulstrukturen im Land vertrauen können. Sie dürfen nicht immer wieder verunsichert werden, wie es in Baden-Württemberg grundsätzlich und dauerhaft schulpolitisch weitergeht. Deshalb werden wir unser Angebot für einen Schulfrieden nach der Landtagswahl ein drittes Mal erneuern.

WEITERFÜHRENDE SCHULEN

Die allgemeinbildenden Gymnasien bieten einen anerkannten achtjährigen Bildungsgang zur Hochschulreife. Wir stehen uneingeschränkt zu unseren Gymnasien, weil sie für viele Schülerinnen und Schüler den passenden Weg zum Abitur darstellen. Auch die Gymnasien im Land werden von pädagogischer Innovation profitieren, deren Qualität nicht nur gesichert, sondern stetig ausgebaut wird. Ziel muss sein, dass das Leistungsniveau an baden-württembergischen Gymnasien auf hohem Niveau liegt und diese den nationalen wie internationalen Vergleich nicht scheuen müssen. Durch zusätzliche Poolstunden und durch einen neuen Bildungsplan haben wir die Qualität an den Gymnasien bereits gestärkt, diesen Weg wollen wir weitergehen und – durch Ressourcen abgesichert – noch bessere Möglichkeiten der individuellen pädagogischen Begleitung schaffen. Eine pauschale Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren ist aufgrund der eingeleiteten Weiterentwicklung nicht notwendig und auch nicht sinnvoll. Eltern, die einen neunjährigen Bildungsgang präferieren, können unter anderen, ebenso attraktiven Wegen wählen. Fast jedes dritte Abitur wird bereits heute an einem beruflichen Gymnasium erworben.

Die Gemeinschaftsschule wurde 2012 im Schulgesetz verankert und erfährt seitdem große Beliebtheit und breite gesellschaftliche Zustimmung. Derzeit gibt es über 270 Gemeinschaftsschulen mit über 35.000 Kindern. Die Gemeinschaftsschule bietet allen Kindern durch individuelle und kooperative Lernformen den jeweils optimalen Lernerfolg. Die Schülerinnen und Schüler lernen nicht nur länger miteinander, sondern sie lernen auch voneinander und entwickeln dadurch wichtige soziale Kompetenzen. Dadurch, dass Kinder nicht bereits mit neun Jahren aufgeteilt werden, ist die Gemeinschaftsschule ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Alle Kinder werden mit ihren Begabungen und Fähigkeiten bestmöglich gefördert und in ihrer individuellen Lernentwicklung unterstützt. Alle Schulabschlüsse können wohnortnah erreicht

werden. Durch Lernkonzepte, die die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler stärker in den Blick nehmen, schaffen wir bessere Berufs- und Lebenschancen.

Mit der Gemeinschaftsschule geben wir die richtige Antwort auf gesellschaftliche Entwicklungen: Der deutliche Rückgang der Schülerzahlen und die zunehmende Begabungsvielfalt in allen Schularten hätten längst ein Umdenken erfordert. Wir werden deshalb den Ausbau der Gemeinschaftsschulen weiter voranbringen und für die pädagogisch anspruchsvolle Arbeit an den Gemeinschaftsschulen alle notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Dies gilt auch für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule auf Antrag des Schulträgers. Dabei werden wir den besonderen Bedarf des ländlichen Raums berücksichtigen.

Daneben bestehen für Absolventen der Gemeinschaftsschulen nach Klasse 10 ausgezeichnete Möglichkeiten, den Weg zum Abitur an beruflichen Gymnasien fortzusetzen.

Eine weitere attraktive Schulart, die sich in Richtung integrativ angelegter Bildungsgänge entwickelt, ist die Realschule. Die Realschulen bieten zukünftig neben dem Realschulabschluss auch den Hauptschulabschluss an. Sie werden damit der Heterogenität in ihrer Schülerschaft besser gerecht und leisten ebenfalls einen Beitrag, dass flächendeckend Schulen vorhanden sind, die den Weg zu allen Schulabschlüssen ermöglichen. Den unterschiedlichen Lernanforderungen im Klassenverband begegnet die Realschule unter anderem mit binnen-differenzierten Lehr- und Lernkonzepten. Damit die Realschulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden können, haben wir begonnen, die Ressourcenausstattung nachhaltig zu verbessern. Bereits in diesem Schuljahr haben wir die Poolstunden an den Realschulen erhöht, um die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Diese werden wir bis zum Schuljahr 2017/2018 auf zehn Poolstunden je Zug weiter erhöhen. Damit die Weiterentwicklung der Realschulen gelingt, werden wir umfassende Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer der über 400 Realschulen im Land anbieten.

Wo Hauptschulen/Werkrealschulen nachgefragt werden, erhalten sie auch weiterhin unsere ganze Unterstützung. Kein funktionierender Schulstandort wird gegen den Willen des Schulträgers aufgegeben. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob sich die jeweilige Schule in Richtung integrativer Bildungsgänge weiterentwickeln möchte und kann.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- **Für den Erhalt wohnortnaher Schulstandorte sorgen – „kurze Beine – kurze Wege“!**
- **Die Möglichkeiten individueller Förderung in der Grundschule – auch durch zusätzliche Lehrerstellen – weiter ausbauen,**
- **das Zwei-Säulen-System aus Gymnasium und integrativer Säule (Gemeinschaftsschulen oder Realschulen) fortentwickeln,**
- **die Poolstunden an den Realschulen deutlich erhöhen,**
- **die Gemeinschaftsschulen bedarfsorientiert ausbauen.**

MEDIENBILDUNG

Die zunehmende Digitalisierung konfrontiert unsere Gesellschaft mit einem permanenten Veränderungsprozess und vielschichtigen Herausforderungen für jeden einzelnen Menschen. Dieser Tatsache muss bereits in der Schule ausreichend Rechnung getragen werden. Medienbildung, grundlegende Informatikkenntnisse und ein Bewusstsein für die Sensibilität der eigenen digitalen Persönlichkeit sind tragende Säulen des mündigen Bürgers von heute und morgen. Wir werden unsere Schulen so weiterentwickeln, dass sie diese Ziele verwirklichen können. Dazu gehört, das Fach Informatik in der Schule stärker zu verankern.

Lehrkräfte sollen in diesem Bereich in ihrer Aus- und Weiterbildung noch stärker professionalisiert werden. Wir werden ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit jede Schule einen für sie optimalen Medienentwicklungsplan ausarbeiten und umsetzen kann.

Wichtige Teile des gesellschaftlichen Lebens und der täglichen Kommunikation finden mit Hilfe von mobilen Endgeräten und in sozialen Netzwerken statt. Beides werden wir noch stärker in die Lebenswelt Schule integrieren. Nur so kann kritisches und souveränes Handeln in einer digitalen Welt erlernt und offensiv mit Gefahren und Missbräuchen in der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler umgegangen werden.

In einem offenen und demokratischen Prozess werden wir Richtlinien und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit sozialen Netzwerken mit allen am Schulleben beteiligten Personen und Institutionen erarbeiten.

PRIVATSCHULEN

Schulen in freier Trägerschaft bereichern unsere Bildungslandschaft. Deshalb gestalten wir die Finanzierung gerecht und nachhaltig. Wir haben die Landeszuschüsse für den laufenden Betrieb seit 2011 insgesamt von 671 Millionen auf 867 Millionen in 2016 um knapp 200 Millionen Euro erhöht. So haben wir Kostendeckungsgrade erreicht, die in früheren Legislaturperioden in weiter Ferne waren. An einer angemessenen finanziellen Unterstützung werden wir auch in Zukunft festhalten. Die Aufträge aus dem jüngsten Urteil des Staatsgerichtshofs werden wir – in Abstimmung mit den Privatschulverbänden – umsetzen.

GUTE UNTERRICHTSVERSORGUNG AN UNSEREN SCHULEN

Eine verlässliche Unterrichtsversorgung an allen Schulen ist die Grundlage guter Bildung. Deshalb haben wir trotz rückläufiger Schülerzahlen zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und die fest installierte Krankheitsvertretungsreserve erhöht. Auch die Einstellungschancen von Junglehrerinnen und -lehrern haben wir verbessert. Wir werden dafür sorgen, dass die Unterrichtsversorgung auf dem erreichten hohen Niveau bleibt und dass sich ergebende Spielräume für weitere Verbesserungen genutzt und auf die verschiedenen Schularten gerecht verteilt werden. Ferner sind wir bestrebt, die Krankheitsreserve weiter zu erhöhen.

GUTE LEHRERINNEN UND LEHRER LEGEN DEN GRUNDSTEIN

An unseren Schulen unterrichten hervorragende und motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Sie sind das Fundament unserer erfolgreichen Bildungslandschaft und maßgebliche Erfolgsgaranten für den Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler. Um die Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich zu qualifizieren, haben wir die Lehrerbildung weiterentwickelt und flexibler gestaltet. Zum vergangenen Wintersemester wurden alle Lehramtsstudiengänge auf Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. Zudem haben wir entschieden, dass sich die zukünftige Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern an Sekundarstufen einheitlich nach A13 richtet.

Wir werden die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern und dabei die Themen Inklusion, individuelle Förderung, Medienbildung und den Bildungsplan in den Vordergrund stellen. Gesundheitsprävention für Lehrerinnen und Lehrer ist uns ein wichtiges Anliegen. Ferner werden wir Haupt- und Werkrealschullehrkräften die Möglichkeit zu einer beruflichen Weiterqualifizierung eröffnen. Zum besseren Austausch von Lehr- und Lernmaterialien haben wir eine „Digitale Bildungsplattform“ auf den Weg gebracht, die wir in der kommenden Legislaturperiode ausbauen und erweitern werden.

In der aktuellen Lage benötigen wir jede Lehrkraft. Um den Lehrberuf attraktiver zu machen, wollen wir die Lehrkräfte, die durchgängig ein Schuljahr an unseren Schulen unterrichtet haben und für das folgende Schuljahr eine Anschlussbeschäftigung vorweisen können, auch über die Sommerferien beschäftigen. Der Nachwuchs an Lehrkräften liegt uns ebenfalls am Herzen. Deshalb wollen wir Lehramtsreferendare, die ihre Ausbildung erfolgreich vollendet haben und eine Beschäftigungszusage durch das Land Baden-Württemberg vorweisen können, auch über den Zeitraum der Sommerferien bezahlen.

SCHULE ALS ORT DER TOLERANZ UND VIELFALT

Unsere Schulen in Baden-Württemberg sollen Orte der Toleranz, des Respekts und der gegenseitigen Wertschätzung sein. Dies ist ein wichtiger Beitrag für ein friedvolles Miteinander in unserer Gesellschaft. Deshalb haben wir die Bildungspläne in Baden-Württemberg in einem umfangreichen Beteiligungsprozess weiterentwickelt und die Inhalte an die gesellschaftliche Realität und zukünftige Herausforderungen angepasst. Mit einer neuen Leitperspektive setzen wir Impulse für mehr Toleranz und Akzeptanz im Hinblick auf Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Darüber hinaus haben wir das Modellprojekt zum islamischen Religionsunterricht ausgeweitet, um jungen Musliminnen und Muslimen auch in den Schulen die Möglichkeit zu geben, sich intensiv mit ihrer Religion auseinanderzusetzen.

Die SPD steht dazu, dass Kinder und Jugendliche sich mit der Vielfalt in einer modernen Gesellschaft auseinandersetzen und dabei eine wertschätzende Haltung gegenüber Mitmenschen entwickeln können sollen. Das Fach Ethik werden wir neben dem Fach Religion als Alternative schrittweise ab Klasse 1 beginnend im Schuljahr 2017/2018 einführen. Wir streben weiterhin den stufenweisen Ausbau von Ethik als Fach in den allgemeinen Schulen an. Wir werden uns auch für den Ausbau des islamischen Religionsunterrichts einsetzen. Ferner werden wir dafür sorgen, dass die Themen Flucht, Asyl, Gewalt und Krieg in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen dem Alter der Kinder und Jugendlichen entsprechend aufgearbeitet werden und dass dabei auch die Friedens- und Menschenrechtsbildung ihren Platz findet. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche über Fluchtursachen aufgeklärt werden und lernen, aus welchen Gründen Menschen in Deutschland Schutz suchen. Dazu gehört auch, dass in den Kindertagesstätten und Schulen Vorurteilen entgegengetreten wird und eine offene Diskussion über die Herausforderungen in unserer Gesellschaft erfolgt.

BESTE BILDUNG FÜR ALLE

Es ist uns gelungen die Schulsozialarbeit in Baden-Württemberg mit einer Förderung in Höhe von jährlich 25 Millionen Euro massiv auszubauen. Damit werden wir auch weiterhin einen wertvollen Beitrag zur Integration und Gewaltprävention – ergänzend zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule – leisten.

Wir werden bei steigender Zahl von Flüchtlingen die Formen und den Umfang der Förderangebote entsprechend ausbauen. Auch in die Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung werden wir weiter intensiv investieren. Schon jetzt haben wir Mittel für über 1100 neue Lehrerstellen bereitgestellt. Wir werden auch zukünftig dafür sorgen, mit flexiblen Maßnahmenpaketen schnelle und bedarfsgerechte Unterstützung bereitzustellen, die vor Ort bei den Schulen ankommt, um Flüchtlingskindern und -jugendlichen einen guten Start zu ermöglichen.

INKLUSION VERWIRKLICHEN

Wir haben die gesetzliche Grundlage für die Inklusion geschaffen. Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung gehören in die Mitte unserer Gesellschaft und nicht an ihren Rand. Dies gilt für den Bereich der frühkindlichen Bildung und für den Schulbereich im Besonderen. Wir werden durch Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden einen flächendeckenden Ausbau von inklusiven Kitaplätzen vorantreiben. Aufgrund unserer Schulgesetzänderung haben Eltern von Kindern mit Behinderung jetzt die Wahlmöglichkeit, ob ihr Kind eine allgemeine Schule oder ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum besuchen soll. Wir wollen, dass Eltern von Kindern mit Behinderung zwischen qualitativ vergleichbaren Angeboten entscheiden können. Deshalb stellen wir sicher, dass ein hohes Niveau sonderpädagogischer Angebote an allgemeinen Schulen geschaffen und die Qualität der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren erhalten wird. Daher werden wir Schulträger auch weiterhin beim Ausbau inklusiver Angebote unterstützen und das Netzwerk inklusiv arbeitender Schulen bedarfsorientiert ausbauen.

GEBÜHRENFREIES STUDIUM

Damit der Zugang zu höchster Bildung nicht von Einkommen oder Herkunft der Eltern abhängt, haben wir die Studiengebühren in Baden-Württemberg abgeschafft. Den Hochschulen wurden die Einnahmen komplett ersetzt. Mit der SPD wird es auch in Zukunft keine Studiengebühren an den Hochschulen geben, auch nicht bei Masterstudiengängen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Die Unterrichtsversorgung auf dem erreichten hohen Niveau halten,**
- **die Krankheitsreserve weiter erhöhen,**
- **die Lehrkräfte, die durchgängig ein Schuljahr an unseren Schulen unterrichtet haben und für das folgende Schuljahr eine Anschlussbeschäftigung vorweisen können, auch über die Sommerferien beschäftigen,**
- **Ethik als Fach in den allgemeinen Schulen stufenweise ausbauen,**
- **schnelle und bedarfsgerechte Unterstützung bereitstellen, um Flüchtlingskindern und -jugendlichen einen guten Start zu ermöglichen,**
- **Schulträger auch weiterhin beim Ausbau inklusiver Angebote unterstützen und das Netzwerk inklusiv arbeitender Schulen bedarfsorientiert ausbauen.**

ZEIT FÜR FAMILIE

„Mir ist wichtig, dass ich meinen Beruf und meine Familie unter einen Hut bekomme. Die bezahlte Elternzeit ist gut und wichtig – aber danach sind Eltern – und vor allem Mütter – leider nicht mehr so gut gepampert. In meinem Lebensumfeld können sich nur wenige Familien überhaupt leisten, dass Mama drei volle Jahre zuhause bleibt. Umso wichtiger ist es, weiter in den Ausbau von qualitativen Kitaplätzen zu investieren. Fürs Elternherz ist es schwer genug, das Kleine mit einem Jahr ganztags in die Kita zu bringen – dann muss wenigstens auch die Betreuung bestmöglich sein.“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Baden-Württemberg hat mit uns eine Landesregierung, die so offen und modern ist, wie die Menschen im Land. Wir erkennen die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht nur an, sondern sehen in ihr eine Bereicherung. Egal ob „klassische“ Familie, alleinerziehend oder Patchwork-Familie – die SPD hat die Zeichen der Zeit erkannt und beantwortet nicht die Fragen der Vergangenheit, sondern gestaltet Zukunft. Für uns ist Familie der Ort, an dem Menschen füreinander einstehen. Der Ort, an dem man füreinander sorgt, unabhängig von sexueller Orientierung, Staatsangehörigkeit und anderen persönlichen Eigenschaften. Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen ihren individuellen Familienwunsch leben können. Zur Familie gehört für uns auch die Großelterngeneration, welche eine immer aktivere Rolle in den Familien spielt. Großeltern stehen für ihre Kinder und Enkel ein – als konstante Bezugspersonen und immer häufiger als Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Viele Frauen und Männer wollen oder müssen gleichermaßen neben der Erfüllung des Kinderwunsches arbeiten und ihre Existenz gemeinsam sichern. Gerade junge Familien wollen sich sowohl die täglichen Aufgaben, als auch die schönen Momente partnerschaftlich teilen. Für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Widerspruch. Im Gegenteil: Wir gestalten politisch die Voraussetzungen dafür, Arbeit, Familie und Freizeit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Damit Väter mehr Zeit für ihre Kinder haben, Frauen ihre Qualifikationen in die Arbeitswelt einbringen können und besser vor Altersarmut geschützt sind, damit die Kinder gleichermaßen Zeit mit ihren Eltern verbringen können und die Unternehmen im Land zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen.

VERLÄSSLICHE GANZTAGSANGEBOTE FÜR ALLE KINDER

Kind und Karriere dürfen sich nicht ausschließen. Noch immer liegt die Verantwortung für die Kindererziehung in unserer Gesellschaft vor allem bei den Frauen und noch immer ist es nach einer Familienphase schwierig, zurück in den Beruf zu finden. Dabei gab es noch nie so viele hervorragend qualifizierte Frauen in unserem Land. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, haben wir die Kinderbetreuung und die Ganztagsschulen in Baden-Württemberg massiv ausgebaut. Mit dem Pakt für Familien haben wir die Mittel für die Kleinkindbetreuung mehr als

versiebenfacht. Damit unterstützen wir die Städte und Gemeinden bei der Schaffung qualitativ hochwertiger Betreuungsplätze. Sowohl mit Blick auf die Zahl als auch hinsichtlich der Qualität der Betreuungsplätze belegt Baden-Württemberg mittlerweile im Bundesvergleich einen Spitzenplatz. Von der besseren Kinderbetreuung profitieren Frauen im Besonderen. Vor allem für Alleinerziehende, die am Arbeitsmarkt oft benachteiligt sind, senkt eine gute Kinderbetreuung das Armutsrisiko nachweislich. Damit Ausbildung und Familie besser miteinander in Einklang gebracht werden können, haben wir zudem die Teilzeitausbildung ausgebaut und verbessern damit die Berufschancen Alleinerziehender.

Für die kommende Legislaturperiode geben wir den Eltern in Baden-Württemberg eine Garantie: Wir schaffen verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder und führen die Ganztagsgarantie ein, vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag. Dafür werden wir die Kitas ausbauen, deren Qualität weiter verbessern und die Öffnungszeiten bedarfsorientiert verlängern. Für Schulkinder werden wir den Ausbau der Ganztagsschulen konsequent fortsetzen, sodass bis 2023 70 Prozent der Grundschulen im Land Ganztagsunterricht anbieten. Darüber hinaus werden wir mit unseren Partnern in den Kommunen die Angebote der Ferienbetreuung in erreichbarer Nähe verbessern, denn Kinder haben nicht ohne Grund mehr Freizeit als arbeitende Erwachsene. Hierfür streben wir eine schrittweise Ausweitung des Angebots an. In einem ersten Schritt wollen wir während der Sommerferien für drei Wochen eine Betreuung garantieren und die garantierte Mindestbetreuungsdauer schrittweise ausweiten. Damit schließen wir eine wichtige Lücke im Betreuungssystem für unsere Kinder.

FAMILIEN FINANZIELL UNTERSTÜTZEN: KITA- UND KINDERGARTENGEBÜHREN ABSCHAFFEN

Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung von Familien ein. Denn finanzielle Sicherheit ist eine wichtige Grundlage der Entscheidung für Kinder. Um Familien weiter spürbar zu entlasten, werden wir in der kommenden Legislaturperiode schrittweise die Beitragsfreiheit für Kindergärten, Kindertagesstätten und die Kindertagespflege im Land einführen. Um die Kommunen zu entlasten, werden wir uns an einem Zuschuss pro Betreuungsstunde in der Kindertagespflege beteiligen. Darüber hinaus werden wir uns im

Bund für eine finanzielle Besserstellung von Alleinerziehenden einsetzen. Denn diese haben es meist besonders schwer, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen. Wir wollen den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende durch einen Zuschlag zum Kindergeld ersetzen. Dieser soll 100 Euro im Monat für das erste Kind und 20 Euro für alle weiteren Kinder betragen.

ELTERN UNTERSTÜTZEN – ZEIT FÜR FAMILIE SCHAFFEN

Kinder machen Freude. Aber sie machen auch viel Arbeit, vor allem im Haushalt. Wir wollen, dass Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können und weniger Zeit für Haushaltstätigkeiten aufwenden müssen. Deshalb werden wir über eine gezielte staatliche Förderung mehr bezahlbare und legale Angebote im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen unterstützen. Damit werden wir die Familien entlasten, den Schwarzmarkt bekämpfen und im Sinne guter Arbeit mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen.

Eine Familie zu gründen, ist für viele Paare ein großer Schritt. Wir werden Familienlotsen etablieren und damit die Beratungsangebote für Familien ausbauen. Gemeinsam mit den Kommunen sollen diese beratend tätig sein und unnötige Behördengänge oder Recherchen nach Unterstützungsangeboten ersparen. Das Beratungsangebot soll sich von familienpolitischen Angeboten vor Ort über Fragen zu Kinder- und Elterngeld, Ärzten und Familienbildung bis hin zu Elternberatung oder Familienhilfen erstrecken.

ZUSAMMENLEBEN DER GENERATIONEN

Wir unterstützen die Mehrgenerationenhäuser im Land als Ort der Begegnung zwischen den Generationen und als zukunftsfähige Lebens- und Wohnform. Mehrgenerationenhäuser können eine Antwort geben auf die Herausforderungen, die die verschiedenen Lebensphasen stellen: Die Großelterngeneration wird weiterhin gebraucht, mithin wird der Einsamkeit im Alter entgegengewirkt. Aber auch die Elterngeneration, die sich in der viel beklagten Rushhour des Lebens befindet, wird entlastet.

FAMILIE GEHT UNS ALLE AN

Unser Ziel bleibt es, die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbs- und Familienleben für Frauen und Männer weiter zu verbessern. Wir wollen die Menschen im Land dabei unterstützen, Anspruch und Wirklichkeit besser miteinander in Einklang zu bringen und Familien-, Haushalts- und Erwerbsarbeit fairer aufzuteilen. Als Land werden wir mit gutem Beispiel vorangehen und Väter aktiv ermutigen, Elternzeit auch über die bisher üblichen zwei Monate hinaus zu nehmen. Wir sind davon überzeugt, dass diese „Vätermonate“ auch eine Bereicherung für Unternehmen sind, da die Mitarbeiter mit neuen, wertvollen Erfahrungen an den Arbeitsplatz zurückkommen. Mit einer Änderung des Beamtenrechts werden wir auch Führungskräften flexible Arbeitsmodelle wie Teilzeit oder Homeoffice ermöglichen.

EHE FÜR ALLE

Wir orientieren unsere Familienpolitik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir wollen den Menschen kein Lebensmodell vorschreiben. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass gleichgeschlechtliche Paare auch in Baden-Württemberg endlich in einem würdigen Rahmen – also auf dem Standesamt – ihre Lebenspartnerschaft schließen können. Auch im öffentlichen Recht wurden homosexuelle Lebenspartnerschaften gleichgestellt: Verpartnerte Beamtinnen und Beamte werden im Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsbereich nun genauso behandelt wie ihre verheirateten Kolleginnen und Kollegen. Wir werden die Gleichstellung im Land auch zukünftig weiter vorantreiben. Auf Bundesebene werden wir uns für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einsetzen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Eine Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag einführen,**
- **schrittweise die Kita- und Kindergartengebühren abschaffen,**
- **70 Prozent der Grundschulen bis 2023 zu Ganztagsschulen weiterentwickeln,**
- **mehr wohnortnahe Angebote für Ferienbetreuung schaffen,**
- **für die finanzielle Besserstellung von Familien kämpfen,**
- **für die vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare eintreten.**

GESUND UND LANGE LEBEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

„Die Kommunen brauchen mehr Verantwortung bei der Gestaltung der sozialräumlichen Pflegeinfrastruktur. Die meisten Menschen wollen heute auch bei Pflege- und Unterstützungsbedarf so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden oder zumindest in ihrem vertrauten sozialen Umfeld wohnen bleiben. Dadurch wird die Bedeutung der unmittelbaren Pflegeinfrastruktur vor Ort, also in der Kommune, immer wichtiger.“

Katrin Altpeter MdL *(Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren)*

Unser Ziel ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und medizinische Versorgung in Baden-Württemberg. Wir sichern die ärztliche Versorgung und schaffen die Rahmenbedingungen für leistungsfähige Krankenhäuser. Durch neue und ambulante Ansätze fördern wir die Pflege im Land und sorgen dafür, dass ältere und auf Unterstützung angewiesene Menschen möglichst lange im heimischen Umfeld versorgt werden können.

Bei all unseren gesundheitspolitischen Überlegungen steht der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb stärken wir die Bürger- und Patientenorientierung im Gesundheitswesen. In Gesundheitsdialogen haben wir zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie relevanten Akteuren des Gesundheitswesens einen „Zukunftsplan Gesundheit“ entwickelt. Für die Umsetzung dieses Gesundheitsleitbildes haben wir eine Landesgesundheitskonferenz eingerichtet, die das Dach der gesundheitspolitischen Gremien im Land bildet. Hinzu kommen die kommunalen Gesundheitskonferenzen, die in den Land- und Stadtkreisen eingerichtet wurden und den Diskussionsprozessen über kommunale Gesundheitsziele sektorenübergreifend Raum geben.

Den Weg des Dialoges werden wir fortsetzen. Wir werden Bürgerdialoge auf örtlicher, regionaler und Landesebene führen, damit die Menschen im Land ihre Interessen auch weiterhin in unser Gesundheitswesen einbringen können. Die Kommunen werden wir dabei unterstützen, die Angebote Prävention und Gesundheitsförderung unter dem Dach des öffentlichen Gesundheitswesens auszubauen. Um Patientinnen und Patienten, zu Pflegenden und ihren Angehörigen einen Sprecher für ihre Interessen und Belange

zu geben, werden wir das Amt eines Landespatienten- und Pflegebeauftragten einrichten. Zudem werden wir zum paritätischen Beitragssatz zurückkehren und uns für die schrittweise Einführung der Bürgerversicherung einsetzen.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG SICHERSTELLEN

Die ärztliche Versorgung in Baden-Württemberg durch Haus- und Fachärzte ist umfassend und gut. Allerdings gehen in den nächsten Jahren viele Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand. In manchen Gegenden, insbesondere im ländlichen Raum, ist es vor allem im hausärztlichen Bereich schwierig, eine Praxisnachfolge zu finden. Um dem entgegenzuwirken, haben wir das „Förderprogramm Landärzte“ wesentlich ausgebaut. Damit unterstützen wir gezielt die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten in unterversorgten Gebieten und tragen so zu einer Verbesserung der ambulanten hausärztlichen Versorgung im Land bei. Darüber hinaus wollen wir mehr jungen Menschen mit einer Leidenschaft für den Arztberuf den Zugang zum Medizinstudium ermöglichen, um den Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum zu beheben. Deshalb wollen wir die Anzahl der Studienplätze erhöhen und der Abiturnote als Zulassungskriterium künftig weniger Gewicht beimessen.

Die Hebammen im Land leisten einen wertvollen Beitrag für die Gesundheit der Jüngsten und deren Mütter. Die Begleitung vor, während und nach der Geburt ist unverzichtbar für einen guten und gesunden Start ins Leben. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die freiberuflich tätigen Hebammen diese wichtige Arbeit auch zukünftig leisten und auch von dieser Arbeit leben können. Im Bund werden wir darauf hinwirken, Lösungswege für das Problem der hohen Haftpflichtversicherungsprämien zu erarbeiten und zukünftig die flächendeckende Versorgung durch Hebammen sicherzustellen.

GUTE KRANKENHÄUSER

Zu einem guten Gesundheitswesen gehört vor allem eine gute Krankenhausversorgung. Wir haben den von den Vorgängerregierungen über viele Jahre hinweg aufgebauten Antragsstau abgebaut und die Mittel für den Krankenhausbau um mehr als 35 Prozent aufgestockt. Ergebnis unserer Politik ist eine leistungsfähige Krankenhausversorgung, die deutschlandweit Maßstäbe setzt: Kein Bundesland hat eine geringere Zahl an Krankenhausfällen und niedrigere Krankenhausbehandlungskosten pro Kopf. Auch den Etat für die Zentren für Psychiatrie haben wir deutlich erhöht.

Wir werden die Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg auch in Zukunft weiterentwickeln. Unser Ziel ist eine regional abgestimmte sektorenübergreifende Planung, die sich am Versorgungsbedarf ausrichtet und dabei ambulante und stationäre Angebote stärker verzahnt. Die Krankenhausfinanzierung werden wir weiter stärken und die Mittel für den Krankenhausbau weiter bedarfsgerecht aufstocken.

GUTE PFLEGE UND BETREUUNG

Alle Menschen sollen ihr Lebensumfeld selbstbestimmt und in Würde gestalten können, selbstverständlich auch dann, wenn sie auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind. Deshalb schaffen wir Pflege- und Unterstützungsangebote, die sich in das vertraute Lebensumfeld einfügen und ein Höchstmaß an Häuslichkeit, Normalität und Privatheit bieten. Wir unterstützen die Menschen dabei, auch im Alter oder bei Behinderungen mitten im Leben zu bleiben.

Mit dem neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz ist Baden-Württemberg Vorreiter: Unsere neue Regelung fördert eine nie dagewesene Vielfalt von Wohn- und Versorgungsformen, vor allem unterschiedliche Formen ambulant betreuter Wohngemeinschaften. Eine neue landesweite Beratungsstelle unterstützt die Kommunen und Kreise vor Ort beim Auf- und Ausbau ambulant betreuter Wohngemeinschaften. Mit einer Neufassung der Landesbauordnung schaffen wir mehr Barrierefreiheit und legen fest, dass bei Neubauvorhaben für Wohngebäude mit mehr als zwei Wohnungen alle Wohnungen einer Etage barrierefrei erreichbar sein müssen.

Der Bedarf an wohnortnaher Beratung zu Fragen der Pflege ist groß. Deshalb haben wir uns für die Einrichtung von Pflegestützpunkten eingesetzt. Als zentrale Anlaufstellen beraten diese Pflegebedürftige und Angehörige Pflegebedürftiger kostenlos rund um das Thema Pflege und koordinieren Hilfs- und Unterstützungsangebote bei der wohnortnahen Betreuung und Versorgung. Darüber hinaus haben wir das Modellprojekt „Präventive Hausbesuche“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative suchen eigens geschulte Beraterinnen und Berater ältere Menschen zu Hause auf, um bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt über konkrete Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren.

Unser Ziel ist es, alten Menschen ein langes und möglichst selbstständiges Leben zu ermöglichen. Deswegen haben wir das Landes-Geriatriekonzept grundlegend überarbeitet und legen den Schwerpunkt auf den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“. Daneben setzen wir auf eine Stärkung der ambulanten Strukturen vor Ort.

Auch in Zukunft werden wir es älteren und auf Hilfe angewiesenen Menschen ermöglichen, im vertrauten Umfeld zu bleiben, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Nach dem Grundsatz: „so viel Selbstständigkeit wie möglich, soviel Hilfe wie nötig“ werden wir die beratenden Hilfen bei der Wohnungsanpassung ausbauen und mehr individuell gestaltbare Wohnformen für ältere Menschen als Alternative zum Alten- oder Pflegeheim schaffen. Wir werden mehr wohnortnahe gemeinschaftliche Wohnformen mit ambulanten Versorgungsstrukturen etablieren und uns zudem für einen weiteren Ausbau der Pflegestützpunkte einsetzen.

Dazu gehört für uns auch, Pflegebedürftigen und Menschen mit Demenz so lange wie möglich das Leben im vertrauten Umfeld zu ermöglichen. Durch Unterstützungssysteme wie elektronisch gestützte Netzwerke, die aus Haupt- und Ehrenamtlichen sowie Angehörigen bestehen, ermöglichen wir länger selbstbestimmtes Leben, Teilhabe und achtsames nachbarschaftliches Miteinander im vertrauten Wohnquartier.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Das Amt eines Landespatienten- und Pflegebeauftragten einrichten,**
- **zum paritätischen Beitragssatz zurückkehren und uns für die schrittweise Einführung der Bürgerversicherung einsetzen,**
- **die Krankenhausfinanzierung weiter stärken und die Mittel für den Krankenhausbau bedarfsgerecht aufstocken,**
- **mehr wohnortnahe gemeinschaftliche Wohnformen mit ambulanten Versorgungsstrukturen etablieren und uns für einen weiteren Ausbau der Pflegestützpunkte einsetzen.**

GUT UND GEMEINSAM LEBEN BADEN-WÜRTTEMBERG

„Das Land muss mehr Wohnungsbau/Sozialwohnungen fördern, damit Wohnen bezahlbar bleibt.“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig, offen und sozial. Sie ist geprägt von beispiellosem bürgerschaftlichen Engagement – fast jeder Zweite im Land engagiert sich in seiner Freizeit ehrenamtlich für andere. Diesen Zusammenhalt wollen wir erhalten und stärken. Wir schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum für alle, damit auch junge Familien und Menschen mit kleinem Geldbeutel ein Zuhause in unseren Städten finden, das sie sich leisten können. Wir stärken den ländlichen Raum und sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Fläche. Wir bekämpfen Diskriminierung und verwirklichen Inklusion, um Teilhabe für alle zu ermöglichen und kein Potential unserer Gesellschaft ungenutzt zu lassen. Wir stärken den Sport als wichtige Brücke zwischen Menschen unterschiedlicher Generation und Herkunft. Wir sorgen dafür, dass der Zugang zu Kunst und Kultur allen Menschen im Land offen steht.

BEZAHLBARES WOHNEN

Baden-Württembergs Städte und Gemeinden sind bunt und dynamisch. Sie geben Millionen Menschen Raum zu leben, zu arbeiten und sich zu entfalten. Diese Vielfalt setzt verfügbaren

Wohnraum und bezahlbare Mieten voraus. In vielen Städten, insbesondere Universitätsstädten und Ballungsräumen, ist die Lage am Wohnungsmarkt jedoch angespannt. Dramatische Mieterhöhungen sind keine Seltenheit. Die SPD ist die Partei für bezahlbaren Wohnraum! Alle Menschen im Land – jüngere wie ältere, mit kleinem oder größerem Geldbeutel, Familien mit Kindern oder Alleinstehende, Studierende und Auszubildende, Flüchtlinge und Einwanderinnen und Einwanderer – sollen in Baden-Württemberg in allen Teilen unserer Städte und Gemeinden ein Zuhause finden, das sie sich leisten können.

Wir setzen uns dafür ein, bestehenden Wohnraum zu erhalten und neuen Wohnraum zu schaffen. Die bewährten Instrumente der städtebaulichen Erneuerung tragen bereits bisher in erheblichem Umfang zur Verbesserung und der bedarfsgerechten Anpassung des Wohnungsbestandes bei. Sie ermöglichen den Kommunen in Sanierungsgebieten zeitnah die Schaffung von Wohnraum, insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, durch Umnutzung, Modernisierung, Flächenaktivierung (z.B. auf Gewerbebrachen oder militärischen Konversionsflächen) und die Aktivierung von Leerstandsimmobilien. Wir sehen die Erhaltung und Aufwertung des Wohnungsbestandes als wichtigen Schwerpunkt der Städtebauförderung.

Wir haben die Landeswohnraumförderung verstärkt auf soziale Aspekte ausgerichtet und deutlich aufgestockt. 2015 lag das Fördervolumen über 60 Prozent höher als noch im Jahr 2010. Dabei haben wir die Förderung preisgünstiger Mietwohnungen in den Mittelpunkt gestellt und die hierfür zur Verfügung stehenden Finanzmittel fast verdreifacht. So entstehen gerade in Ballungszentren, in denen preiswerter Wohnraum besonders knapp ist, neue Mietwohnungen. Diese Offensive für bezahlbaren Wohnraum haben wir nochmals erweitert. Das heißt, dass wir neben einer zusätzlichen Erhöhung der Landeswohnraumförderung auch Lockerungen im Baurecht und bei der Raumplanung ermöglichen wollen. Das bestehende Planungs- und Baurecht wollen wir durch die Pauschalisierung von Ausgleichmaßnahmen entbürokratisieren. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von sozial gebundenem Wohnungsbau wieder einzuführen, um mehr privates Kapital für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Damit

Vermieterinnen und Vermieter die Maklerprovision nicht mehr wie bisher einfach auf Mieterinnen und Mieter umwälzen können, haben wir im Bund die Einführung des „Bestellerprinzips“ durchgesetzt.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir den von uns initiierten Wohnungsbaugipfel zu einem landesweiten „Pakt für bezahlbares Wohnen“ weiterentwickeln. In diesem Pakt wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten Vereinbarungen zur Landesförderung von preiswerten Mietwohnungen und zu ehrgeizigen Neubauzielen erreichen. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus hat für uns oberste Priorität. Wir wollen die finanzielle Kraftanstrengung des Landes in diesem Bereich weiter verstärken und dadurch in einem ersten Schritt die Zahl der neu geförderten Sozialwohnungen im Land bis Ende 2016 verdoppeln. Dieser Ausbau muss dann auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen so 25.000 Sozialwohnungen entstehen.

Bei der Weiterentwicklung der Landesförderung werden wir den Fokus auf eine effektivere Förderung preiswerter Mietwohnungen legen. Dazu werden wir unter anderem den Vorschlag prüfen, den Wohnungsneubau mit direkten Zuschüssen zu fördern, um das bestehende Förderinstrument des zinslosen Darlehens zu ergänzen. Bei der Weiterentwicklung der Landeswohnraumförderung wollen wir zudem die Förderbedingungen für Klein- und Kleinstwohnungen verbessern und die Umsetzung von Mehrgenerationenkonzepten unterstützen.

Auch das Instrument des Erwerbs von Miet- und Belegungsrechten im Bestand wollen wir weiterentwickeln. Dabei haben wir besonders die zahlreichen in den letzten Jahren ausgelaufenen Sozialbindungen im Blick, von denen viele auf diesem Weg wieder aufleben können. Wir werden die Gründung gemeinnütziger oder genossenschaftlicher Wohnungsbaugesellschaften weiterhin aktiv fördern.

Dort, wo Wohnungen besonders knapp sind, haben wir gehandelt und die Instrumente, die uns der Bund an die Hand gegeben hat, konsequent umgesetzt. Dies gilt sowohl für die reduzierte Kappungsgrenze bei bestehenden Mietverhältnissen, mit der Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren auf maximal 15 Prozent begrenzt werden, wie auch für die Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen, mit der die Miete für neue Mieterinnen und Mieter auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt wird. Die Gebietskulissen dafür werden wir bei Bedarf neu justieren.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- Einen landesweiten „Pakt für bezahlbares Wohnen“ schließen,
- die Zahl der neu geförderten Sozialwohnungen im Land bis Ende 2016 verdoppeln,
- bis zum Ende der Legislaturperiode 25.000 neue Sozialwohnungen schaffen.

LEBENSRÄUME GESTALTEN – QUARTIERE AUFWERTEN

Wir haben die hohe Städtebauförderung des Landes verstetigt und erreicht, dass die Bundesfinanzhilfen, insbesondere für das Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“ deutlich erhöht wurden. Insgesamt wurden 2011 bis 2016 rund 750 Millionen Euro Landesmittel und 330 Millionen Euro Bundesmittel den Städten und Gemeinden im Land für deren zukunftsorientierte Entwicklung zur Verfügung gestellt. Für die Umnutzung militärischer Konversionsflächen wurden 2014 und 2015 davon insgesamt rund 19 Millionen Euro an Kommunen bewilligt. Ein erheblicher Teil dieser Mittel fließt in die Sicherung und Aufwertung des Wohnungsbestandes sowie des Wohnumfeldes. Dabei kommen immer stärker benachteiligte Ortsteile in den Blickpunkt, in denen sich hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Bildungsniveau mit städtebaulichen Defiziten überlagern. Das Land stellt seit 2015 jährlich eine Million Euro freie Finanzhilfen ein, mit denen auch nichtinvestive Städtebauförderung betrieben wird. Damit wird dem Wunsch vieler Städte und Gemeinden Rechnung getragen, auch die Einrichtung von Verfügungsfonds und den Einsatz von Quartiersmanagerinnen und -managern zu unterstützen. Die bewährten Förderschwerpunkte der Stadterneuerung zur Stärkung bestehender Zentren, zum Erhalt denkmalpflegerischer Bausubstanz, zur Anpassung vorhandener Strukturen an den demografischen Wandel und zur Förderung Klimaverträglicher Bauweisen, helfen unseren Kommunen jeden Tag aufs Neue.

Quartiere und Ortskerne leben von den Ideen und Initiativen der dort ansässigen Menschen, Läden, Vereine und Verbände. Sie sind Knotenpunkte für Gewerbetreibende und können ein fruchtbarer Boden für Kreative, Gründerinnen und Gründer sowie Tüftlerinnen und Tüftler sein. Unsere Stadt- und Quartiersentwicklung hat zum Ziel, die Verwirklichung dieser Ideen und Initiativen zu ermöglichen. Deshalb haben wir ein Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiativen auf den Weg gebracht. Damit schaffen wir zum ersten Mal in Baden-Württemberg die Voraussetzungen für sogenannte „Business Improvement Districts“ bzw. „Urban Improvement Districts“. So können Grundstückseigentümer in privater Verantwortung zur Steigerung der Attraktivität eines Quartiers beitragen. Mit unserem Landesprogramm „Gemeinsam sind wir bunt“ fördern wir Modellprojekte in Städten und Gemeinden, die erproben, wie ein solidarisches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft verbessert werden kann. Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen und dabei insbesondere Leuchtturmprojekte in der Quartiers- und Stadtentwicklung verstärkt fördern.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IM LÄNDLICHEN RAUM

Der ländliche Raum in Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine starke mittelständische Wirtschaft und die Vielfalt einzigartiger Landschaften aus. Gleichzeitig stehen wir – durch Globalisierung, demografischen Wandel, wirtschaftliche Konzentrationsprozesse und den Klimawandel – vor besonderen Herausforderungen in der Fläche. Ziel unserer Politik ist es, den ländlichen Raum weiter zu stärken und für Familien und Wirtschaft attraktiv zu halten. Dafür braucht es die Unterstützung des Landes in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie leistungsfähige und bürgernahe Kommunalverwaltungen. Hierfür wollen wir Verwaltungsgemeinschaften in ihrer Aufgabenwahrnehmung stärken und so interkommunale Zusammenarbeit erleichtern.

Wir begreifen den Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse als Aufgabe für die gesamte Landespolitik. Wir haben die Mittel für den Breitbandausbau im Vergleich zur schwarz-gelben Vorgängerregierung verdreifacht. Damit haben wir „weiße Flecken“ der Breitbandversorgung in Stadt und Land beseitigt und eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum geschaffen. Darüber hinaus unterstützen wir Gemeinden und interkommunale Projekte mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) bei der Strukturentwicklung. Hier haben wir neue Schwerpunkte gesetzt und fördern verstärkt den Erhalt der Ortskerne, wohnortnaher Grundversorgung und die Sicherung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem macht unsere Schulpolitik nicht nur unser Bildungssystem gerechter, sondern ist zugleich strukturpolitisch sinnvoll: Ein Netz von Ganztags- und Gemeinschaftsschulen stärkt die Bildungslandschaft im ländlichen Raum und sichert den Erhalt weiterführender Schulen in der Fläche. Die Ausstattung der Volkshochschulen haben wir verbessert und die Kinderbetreuung ausgebaut. Unsere Tourismusförderung sowie unsere Maßnahmen zum Ausbau des Nahverkehrs kommen überwiegend dem ländlichen Raum zugute. Darüber hinaus eröffnet lokale Vermarktung, wie etwa durch Dorfläden, einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der örtlichen Nahversorgung. Ebenso bieten auch andere alternative Konzepte, wie sie in „Der Nahversorgung eine Chance“ des Finanz- und Wirtschaftsministeriums vorgestellt werden, wichtige Ideen für eine gute Versorgung im ländlichen Raum.

Ob medizinische Versorgung, Verkehrs- und Kommunikationsnetze, die gezielte Überprüfung von Verwaltungsregelungen im Bezug auf Auswirkungen auf den ländlichen Raum oder bei der Bereitstellung von Gütern des täglichen Bedarfs – wir werden den ländlichen Raum in der kommenden Jahren weiter stärken. Dazu gehört auch eine angemessene Siedlungsentwicklung der Gemeinden.

STARK IM EHRENAMT

Unsere Gesellschaft ist offen und hilfsbereit. Das zeigt sich vor allem daran, dass sich 41 Prozent der Bevölkerung freiwillig und unentgeltlich für andere engagieren. Damit sind wir Spitze in Deutschland. Die SPD steht an der Seite der Ehrenamtlichen. Deshalb haben wir die „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ entwickelt, mit der wir bürgerschaftliches Engagement stärken und dem Ehrenamt einen verlässlichen Rahmen bieten.

Mit dem „Kompass Seniorenpolitik“ haben wir eine zukunftsweisende Anleitung für die Nutzung der Potentiale und Fähigkeiten der älteren Generationen geschaffen. Darüber hinaus stärken wir das Engagement von Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund mit der Initiative „Mittendrin“. Die Mittel für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) haben wir erhöht und dafür gesorgt, dass die Förderung des Ehrenamts als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen wurde.

Besonders große Hilfsbereitschaft erleben wir vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation. Deshalb haben wir das Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt“ aufgelegt, mit dem wir jene unterstützen, die sich für die Flüchtlinge im Land engagieren. Als zentrales Element einer solidarischen Gesellschaft werden wir das ehrenamtliche Engagement auch in Zukunft bestmöglich unterstützen. Dafür werden wir die entsprechenden Rahmenbedingungen weiter verbessern und unsere bewährten Programme zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements fortführen. Darüber hinaus werden wir weitere Verbesserungen beim Bildungszeitgesetz prüfen, um den vielen Vereinen und Ehrenamtlichen im Land mehr Qualifizierung und Weiterbildung zu ermöglichen.

DISKRIMINIERUNG, AUSGRENZUNG UND GEWALT BEKÄMPFEN

Wir wollen nicht hinnehmen, dass Menschen im reichen Baden-Württemberg unter Armut und Ausgrenzung leiden. Deshalb setzen wir den von uns eingeführten Prozess der Armuts- und Reichtumsberichterstattung fort und die im ersten Bericht aufgeführten Maßnahmen weiter um.

Wir stehen für eine Gesellschaft, die jede Form von Benachteiligung oder Diskriminierung bekämpft. Deshalb haben wir ein landesweites Netzwerk für Antidiskriminierung eingerichtet und fördern die neu geschaffene Vernetzungs- und Anlaufstelle zur Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei der „Landesgemeinschaft Offene Jugendbildung e.V.“. Mit der Initiative für Akzeptanz und gleiche Rechte haben wir einen landesweiten Aktionsplan entwickelt, um Vorurteile gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgendern, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) abzubauen. Wir werden auch in Zukunft jede Form von Diskriminierung bekämpfen. Dafür werden wir unsere gute Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Akteuren fortführen und eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle des Landes schaffen.

Baden-Württemberg blickt auf eine unrühmliche Verfolgungsgeschichte schwuler Männer zurück, die auf Basis der Gesetzgebung durch die Nationalsozialisten nach Paragraph 175 bis 1994 dauerte. Wir werden uns weiterhin für die Aufhebung dieser Urteile auf Bundesebene einsetzen und streben eine umfassende historische Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte an. Gleichzeitig streben wir eine finanzielle Kompensation für die noch lebenden Opfer an.

SENSIBILISIERUNG DER EXEKUTIVKRÄFTE GEGENÜBER LSBTTIQ

Durch die Einrichtung des Landesnetzwerkes LSBTTIQBaden-Württemberg wurde ein großer Schritt in Richtung einer Vernetzung der landesweiten Interessengruppen gegangen, um eine bessere Zusammenarbeit mit der Landesregierung zu ermöglichen. Wir wollen in der Regierung weiterhin aktiv an der Sensibilisierung der Exekutivkräfte, wie zum Beispiel der Landespolizei, arbeiten, um das Vertrauen der LSBTTIQ-Community gegenüber den Exekutivkräften zu stärken. Dafür bedarf es Stellen für Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den betroffenen Institutionen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Aufnahme des Begriffs „Hassverbrechen aufgrund sexueller Identität“ in das Strafrecht auf Bundesebene ein.

Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form, sei es häusliche Gewalt, Zwangsheirat oder Zwangsprostitution und Menschenhandel wollen wir stärker bekämpfen. Die Inhalte des neuen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen sind dazu für uns richtungsweisend. Für eine Fortschreibung des Aktionsplanes werden wir uns einsetzen. Den runden Tisch Menschenhandel wollen wir in der kommenden Legislaturperiode wieder regelmäßig tagen lassen, damit die zuständigen Akteure in einen Dialog treten können. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für eine einheitliche Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser ein.

INKLUSION VERWIRKLICHEN

In Baden-Württemberg leben rund 1,5 Millionen Menschen mit Behinderungen, davon sind fast eine Million Bürgerinnen und Bürger als schwerbehindert anerkannt. Sie gehören in die Mitte unserer Gesellschaft und müssen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz haben wir bundesweit eines der modernsten Gleichstellungsgesetze geschaffen. Damit verbessern wir die Barrierefreiheit im Land, sorgen für eine effektivere Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen und stärken die Vertretung ihrer Interessen. Wir haben Stadt- und Landkreise verpflichtet, Behindertenbeauftragte zu bestellen und geben Familien damit einen verlässlichen Ansprechpartner vor Ort. Wir beteiligen den Landesbehindertenbeirat frühzeitig bei allen Gesetzen und Verordnungen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen berühren. Auch zukünftig werden wir das Netz der kommunalen Behindertenbeauftragten weiter ausbauen. Wir wollen flächendeckend Beteiligungsformen von Anfang an bei der Gewährung von Hilfen etablieren, z.B. in Hilfeplankonferenzen. Eine unabhängige Beratung auch von Betroffenen für Betroffene (Peer-Counceling) ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

Wir werden die Barrierefreiheit in Baden-Württemberg weiter verbessern. Dafür werden wir den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Straßen und Plätzen, Nahverkehr, Medien und kulturellem Leben in einem neuen Infrastrukturprogramm umsetzen. Ein Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe soll dazu beitragen, die fachlichen Aspekte umfassend abzudecken. Darüber hinaus werden wir die Schaffung barrierefreien Wohnraumes beschleunigen und den barrierefreien Tourismus ausbauen.

Alle Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen sollen aus einer Hand kommen. Wir setzten uns dafür ein, dass vor Ort zusätzliche Mittel zu Verfügung stehen, um eine moderne und flächendeckende Unterstützung weiter auszubauen. Das Bundesteilhabegesetz soll durch zahlreiche Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen eine solide Grundlage hierfür schaffen. Wir wollen die ambulanten Angebote und bedarfsgerechte Hilfen stärken. Dazu werden wir den Ausbau dezentraler Angebote vorantreiben. Mit einem Landesinklusionsgesetz werden wir verbesserte Rahmenbedingungen für ein lebensnahes Hilfsnetz schaffen. Hilfeleistungen sollen unabhängig davon genutzt werden, ob die Hilfe aufgrund einer Behinderung, einer Erkrankung oder Pflegebedürftigkeit notwendig ist. Maßgebend soll der Bedarf der Menschen sein und nicht die Orientierung an Kostenträgern und Kostenstellen. Wir wollen ein ganzheitliches Unterstützungsnetz für alle vor Ort erproben und fördern.

KINDER UND JUGENDLICHE STÄRKEN

Kinder haben ein Recht auf ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen. Unser Ziel ist die Verwirklichung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in Deutschland ebenso wie die Verwirklichung der Kinderrechte aus der UN-Behindertenrechtskonvention. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen in unserem Land die gleichen Entwicklungschancen zu ermöglichen. Deshalb unterstützen wir seit mehreren Jahren unter anderem den Auf- und Ausbau der Frühen Hilfen im Rahmen unseres Kinderschutzkonzepts. Wir werden die bestehenden Programme, insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen und der Prävention, nach erfolgreicher Evaluation weiterführen und stärken. Dabei prüfen wir, ob erfolgreiche Projekte in dauerhafte Programme überführt werden können.

Um die Kinderrechte zukünftig noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, haben wir Kinder- und Jugendrechte in der Landesverfassung verankert. Um diese Rechte mit Leben zu füllen, werden wir unter anderem niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen und generelle Schutzkonzepte für Institutionen entwickeln. Unser Ziel ist, dass Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen, die sie mittelbar sowie unmittelbar betreffen, ihrem Alter entsprechend informiert, angehört und mit einbezogen werden, sowohl in ihren Familien als auch in Institutionen, Kommunen und im Land. Auch aus diesem Grund haben wir das Kommunalwahlalter auf 16 Jahre gesenkt und die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verbindlich in der Gemeindeordnung verankert.

Nach Jahrzehnten des Stillstands haben wir die Jugendförderung deutlich erhöht, die Zahl der Jugendbildungsreferenten fast verdoppelt und durch die Absenkung der Altersgrenzen mehr Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an altersgerechten Seminaren ermöglicht. In einem „Zukunftsplan Jugend“ haben wir gemeinsam mit den Jugendverbänden Weichenstellungen für die Entwicklung der Jugendarbeit vorgenommen und hierfür zusätzliche Gelder bereitgestellt. Für uns hat außerschulische Jugendarbeit einen sehr hohen Wert.

Deswegen werden wir den „Zukunftsplan Jugend“ gemeinsam mit den Verbänden fortschreiben, die strukturelle Finanzausstattung der Jugendarbeit weiter ausbauen und für eine Dynamisierung der Förderung der verbandlichen Jugendarbeit sorgen.

Die Fördersätze im Landesjugendplan wollen wir an die Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Langfristig streben wir ein Förderverhältnis von 5:1, also fünf Kindern je Betreuer an. Außerdem wollen wir Unterkunft und Verpflegung bei Schulungen für Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter künftig durch Landesmittel decken und damit die ehrenamtliche Jugendarbeit stärken. Darüber hinaus möchten wir in der kommenden Legislaturperiode darauf hinwirken, das Gefälle der finanziellen Ausstattung der Jugendhilfe in den Stadt- und Landkreisen, insbesondere aber in den ländlichen Gebieten, in Angriff zu nehmen. Wir werden dafür sorgen, dass alle Jugendlichen in Baden-Württemberg den Zugang zu einer gut ausgebauten Jugendhilfe haben, unabhängig davon, an welchem Ort sie wohnen.

FÜR EINE KULTUR DES ERMÖGLICHENS, STATT DES VERBIETENS

Die SPD hat in vielen Bereichen mit der Verbotspolitik gebrochen. Wir haben das Sonn- und Feiertagsgesetz reformiert und den Großteil der Tanzverbote abgeschafft. Außerdem haben wir Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen verhindert und stattdessen die Präventionsarbeit deutlich ausgeweitet. Wir stehen für eine Politik, die den Menschen nicht vorschreibt, wie sie zu leben haben. Wir wollen weg von einer Kultur des Verbietens und hin zu einer Kultur des Ermöglichens. Deswegen werden wir Alkoholverkaufsverbote ab 22 Uhr abschaffen und sprechen uns auch weiterhin gegen Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen aus. Wir wollen die Präventions- und Jugendarbeit vor Ort weiter ausbauen und stärken.

SPORTLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

In Baden-Württemberg sind über 3,7 Millionen Mitglieder in über 11.400 Sportvereinen engagiert. Der Sport leistet einen außerordentlich wichtigen und vielseitigen Beitrag für die Gesellschaft: Sport integriert, vermittelt Werte wie Toleranz, Fairness und Solidarität, überwindet soziale und kulturelle Barrieren und dient der Gesundheitsvorsorge. Die Sportorganisationen und ihre Vereine leisten damit einen dauerhaften Beitrag zum Gemeinwohl. Weil wir um die wichtige Bedeutung des Sports wissen, haben

wir mit der Fortschreibung des Solidarpakts Sport dafür gesorgt, dass die Sportorganisationen auch künftig ihre vielfältigen und zunehmenden Aufgaben bewältigen können und das Fördervolumen deutlich aufgestockt. Über die Laufzeit des Solidarpakts Sport III von 2017 bis 2021 werden dem Sport insgesamt 87,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Wir haben wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht und werden diese fortsetzen.

Wir werden die Kooperationen von Schulen und Sportvereinen weiter stärken und uns dafür einsetzen, dass verlässliche und effiziente Koordinierungsstrukturen aufgebaut werden. Wir wollen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler darin unterstützen, dass sie ihre Ausbildung und ihren Beruf mit ihrer sportlichen Karriere vereinbaren können und den Ausbau inklusiver und integrativer Sportangebote weiter voranbringen. Darüber hinaus werden wir uns für eine umfassende Aufarbeitung der Dopingvergangenheit in Baden-Württemberg einsetzen. Um Doping wirksam zu bekämpfen, werden wir die Ausstattung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Freiburg weiter verbessern und die Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und der Nationalen Anti Doping Agentur intensivieren.

KUNST UND KULTUR FÜR ALLE

Kunst und Kultur sind Teil unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens. Sie stiften Identität und sind Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Ziel unserer Kulturpolitik ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die vielfältige Kunst- und Kulturszene in Baden-Württemberg zu schaffen. Orientiert an unseren vier Leitlinien Subsidiarität, Dezentralität, Pluralität und Liberalität haben wir die Kunstförderung verbessert und die Finanzmittel für den Kunst- und Kulturbereich erhöht. Wir haben die Empfehlungen der Kulturkonzeption „Kultur 2020“ umgesetzt und darüber hinaus einen Innovationsfonds Kunst eingerichtet.

Diese verlässliche Förderung werden wir auch in Zukunft beibehalten. Die interkulturelle Kulturarbeit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Städten und Kommunen ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Wir werden die Kulturkonzeption „Kultur 2020“ weiter konsequent umsetzen und den Innovationsfonds fortführen. Kulturelle Teilhabe muss allen Menschen in Baden-Württemberg möglich sein, deshalb werden wir Kunst und Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich halten. Nach dem Grundsatz „Fördern in der Spitze und Breite“ werden wir etablierte Einrichtungen und Leuchtturmprojekte weiterentwickeln, die freie Kulturszene ausbauen, die Kreativwirtschaft stärken und eine feste Kooperation mit den Kultureinrichtungen im Land pflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine dauerhafte Verankerung von Kunst und Kultur im Schulalltag ein.

Ein wichtiger Aspekt ist und bleibt die kulturelle Bildung. Der Ausbau der Schulen zu „echten“ Ganztagsschulen ist dabei eine besondere Chance für die kulturelle Bildung, der in diesem Rahmen ein hoher Stellenwert zukommt. Die Möglichkeiten zur Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Einrichtungen werden so in erheblichem Maße erweitert. Aber wir wollen auch im außerschulischen Bereich die kulturelle Bildung weiter fördern, indem Einrichtungen wie Museen und Theater, aber auch Musik- und Kunsthochschulen sowie Bibliotheken ihre bereits vielfältigen Vermittlungsangebote auf alle Lebens- und damit Bildungsphasen erweitern können.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- Den ländlichen Raum in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge unterstützen,
- weitere Verbesserungen beim Bildungszeitgesetz prüfen, um den vielen Vereinen und Ehrenamtlichen im Land mehr Weiterbildung zu ermöglichen,
- uns für eine umfassende Aufarbeitung der unrühmlichen Verfolgungsgeschichte schwuler Männer in Baden-Württemberg sowie eine finanzielle Kompensation für noch lebende Opfer einsetzen,
- die Schaffung barrierefreien Wohnraumes beschleunigen und den barrierefreien Tourismus ausbauen,
- für eine Dynamisierung der Förderung der verbandlichen Jugendarbeit sorgen,
- Alkoholverkaufsverbote ab 22 Uhr abschaffen.

EXZELLENT FORSCHEN UND STUDIEREN

„Förderung von Forschung: Deutschland kann nur mit mehr Investitionen Innovationsstandort bleiben.“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

An den exzellenten und innovativen Hochschulen im Land lernen Studierende für die Gegenwart und ihre Zukunft, es wird in vielfältigen Bereichen mit großem Erfolg geforscht und Internationalität gelebt. Damit all dies gelingt, müssen Hochschulen in Forschung und Lehre Freiräume bieten und auf eine langfristige finanzielle Sicherheit bauen können. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, diese Freiräume für Hochschulen auszubauen und sie auch zu schützen. Wir haben eine solide Finanzbasis geschaffen und dazu einen rechtlichen Rahmen verankert, der es den Hochschulen ermöglicht, sich weiterzuentwickeln. Den Studierenden im Land haben wir durch demokratisch gewählte Vertretungen wieder eine starke Stimme gegeben.

STUDIEREN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Hochschulen in Baden-Württemberg sind geprägt durch ihre Vielfältigkeit und ihren großen Erfolg. Insgesamt neun Landesuniversitäten, sechs Pädagogische Hochschulen, über 20 staatliche Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, die Verwaltungshochschulen, die Duale Hochschule Baden-Württemberg mit ihrer Vielzahl an Standorten und die Musik- und Kunsthochschulen, die kirchlichen Einrichtungen sowie jene in privater Trägerschaft bieten ein exzellentes und breites Angebot an Studiengängen an. Die Attraktivität unserer Hochschulen zeigt sich auch darin, dass die Zahl der Studierenden heute so hoch ist wie nie zuvor.

Wir bekennen uns zu dieser Vielfalt und werden sie auch zukünftig fördern. Das hohe Niveau an Studienplätzen werden wir erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Schon jetzt haben wir mit dem Programm „Master 2016“ mit der Erweiterung der Master-Studienplätze begonnen. Wir werden überprüfen, ob das Angebot an Masterplätzen auch der Nachfrage entspricht und – wenn nötig – Verschiebungen und Erhöhungen vornehmen.

Unser Ziel ist es, für alle Bachelorabsolventinnen und -absolventen einen Masterstudienplatz zur Verfügung zu stellen.

Weiter wollen wir den Aufbau von Studiengängen in den Gesundheits- und Erziehungsberufen voranbringen. Schon jetzt konnten wir durch ein Wettbewerbsverfahren primärqualifizierende Studiengänge der Pflegewissenschaft, der Physiotherapie und des Hebammenwesens etablieren. In einer Akademisierung im Management, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in den Pflegewissenschaften sehen wir die Chance, Abiturientinnen und Abiturienten für die „Pflege“ zu gewinnen. Mit Blick auf die direkte Pflege „am Bett“ hingegen besteht nur ein geringer Akademisierungsbedarf. Examinierte Pflegefachkräfte leisten schon heute hervorragende Arbeit und sind aus unserer Sicht für die Herausforderungen der Zukunft sehr gut vorbereitet.

An diesem Vorgehen halten wir auch zukünftig fest und werden eine Ausweitung auf weitere Berufe anstreben, in denen ebenfalls Bedarf an akademischen Fachkräften besteht. Im Sinne der Transparenz in der Studienorientierung werden wir darauf achten, dass die Bachelor-Studiengänge fachlich breit gestaltet sind und so einen guten Überblick über eine gesamte Fachrichtung bieten. Eine tiefergehende Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Studienangebote sollte überwiegend im Masterbereich erfolgen.

GERECHTER HOCHSCHULZUGANG – ÖFFNUNG DER HOCHSCHULEN

Aufstieg durch Bildung für alle – das ist unser Versprechen. Deshalb haben wir gleich zu Beginn unserer Regierungszeit die Studiengebühren abgeschafft und den Hochschulen ausreichend finanzielle Mittel zum Ausgleich bereitgestellt. Wir sorgen dafür, dass unsere Hochschulen auch beruflich Qualifizierten offen stehen und haben deshalb mit der Neufassung des Landeshochschulgesetzes einen berufsbegleitenden Weiterbildungsbachelor und den Zugang für Studieninteressierte mit Fachhochschulreife oder fachgebundener Hochschulreife erweitert. Auch ausländischen Studierenden erleichtern wir den Zugang, indem wir sachwidrige Zulassungshürden beseitigt haben und insbesondere Geduldeten und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein Studium ermöglichen.

Wir werden uns auch in Zukunft für mehr Bildungsgerechtigkeit an unseren Hochschulen einsetzen und deren Öffnung vorantreiben. Wir werden flexible Studienwege fördern und dabei spezielle Teilzeitstudienangebote und mehr Möglichkeiten zur individuellen Studiengestaltung und zum E-Learning ermöglichen. Damit werden wir die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Studium weiter verbessern. Auch den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte werden wir ausbauen. Um weitere finanzielle Hürden abzubauen, setzen wir uns für die Abschaffung der Verwaltungsgebühren an den Hochschulen ein. Eine offene Hochschule muss nach dem Verständnis der SPD auch Menschen mit Beeinträchtigungen und/oder chronischen Erkrankungen ein selbstbestimmtes und barrierefreies Studium ermöglichen. In die zur Herstellung von Barrierefreiheit notwendigen Maßnahmen werden wir deshalb investieren. Die Notwendigkeit von Anwesenheitspflichten, die einem selbstbestimmtem Studium gerade auch für Menschen mit Beeinträchtigungen und/oder chronischen Erkrankungen im Weg stehen, werden wir prüfen.

Die Praxis der qualifizierten Atteste, bei denen die Prüfungsfähigkeit von Prüfungsausschüssen nach in ärztlichen Attesten zu notierenden Befundtatsachen beurteilt wird, demütigt Studierende und greift in ihre Privatsphäre ein, zugleich misstraut sie Ärzten und Ärztinnen unnötig. Wir lehnen sie deshalb ab und setzen uns für ihre Abschaffung ein.

Der zunehmenden Heterogenität der Studierenden werden wir durch einen Ausbau der Unterstützungsangebote vor, während und nach dem Studium gerecht werden. Wir befürworten die Einrichtung von mehr Studienplätzen in der Humanmedizin und die Aufwertung der Allgemeinmedizin durch Einrichtung entsprechender

Lehrstühle. Wir unterstützen die notwendige Reform des Hochschulzugangs zum Medizinstudium und sehen hier die Notwendigkeit einer Stärkung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens mit größerer Berücksichtigung der erweiterten Auswahlkriterien wie abgeleistete Praktika, soziales Engagement oder eine bereits abgeschlossene Berufsausbildung im Gesundheitswesen. Um familiären Verpflichtungen, wie der Pflege von Angehörigen oder der Betreuung eigener Kinder, gerecht zu werden, setzen wir uns auch in anderen Studienfächern für eine verstärkte Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Studienplatzvergabe ein. Studierenden soll es möglich sein, in der Nähe der Angehörigen zu studieren. Die Studierendenwerke werden wir auch zukünftig bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen. Insbesondere für Erstsemester, Studierende mit geringem Einkommen und ausländische Studierende ist die Wohnraumsituation in Hochschulstädten oft problematisch, sie sind auf preisgünstige und studiengerechte Wohnheimplätze angewiesen. Dem weiteren Ausbau von Studierendenwohnheimplätzen unter der Federführung der Studierendenwerke wird deshalb ein Hauptaugenmerk gelten. Für ein flexibles, selbstbestimmtes Studium muss es ebenfalls möglich sein, innerhalb von Baden-Württemberg zu pendeln. Nach wie vor setzt sich die SPD daher für ein landesweites Semesterticket ein.

DEMOKRATISCHE HOCHSCHULE

Den Hochschulen wurde die Möglichkeit gegeben, die Sitze der Wahlmitglieder in ihren Senaten zu erhöhen, um eine verbesserte Mitsprache unterrepräsentierter Statusgruppen zu ermöglichen. Davon wurde kaum Gebrauch gemacht. Die SPD wird sich auch weiterhin für eine starke Studierendenvertretung und eine starke Stimme des akademischen Mittelbaus einsetzen und Möglichkeiten prüfen, die Hochschulsenate zu einer paritätischen Besetzung zu motivieren. Diese wurde zu Gunsten von Eltern, Schülern und Schülerinnen bereits in Schulkonferenzen gesetzlich festgeschrieben und soll auch an Hochschulen gefördert werden.

GUTE ARBEIT AN DEN HOCHSCHULEN

Als Landeseinrichtungen müssen auch die Hochschulen als Arbeitgeber Vorbild sein. Deshalb haben wir erstmals auch das Thema gute Arbeit in den Hochschulfinanzierungvertrag aufgenommen. Unser Ziel ist es, die Anzahl der befristeten

Beschäftigungsverhältnisse im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich deutlich zu reduzieren. Um das zu erreichen, haben wir die Grundfinanzierung für die Hochschulen um drei Prozent pro Jahr erhöht und die Voraussetzungen für mehr Dauerstellen und Entfristungen bestehender Arbeitsverhältnisse geschaffen. Arbeitsverträge mit einer Laufzeit von unter zwei Jahren dürfen nur noch in begründeten Ausnahmefällen geschlossen werden. Gute Arbeit bedeutet auch Chancengleichheit für Frauen und Männer. Deshalb haben wir das Amt der Gleichstellungsbeauftragten finanziell besser ausgestattet und durch ein Stimmrecht in Berufungs- und Auswahlkommissionen sowie eine beratende Mitgliedschaft im Hochschulrat gestärkt.

Wir werden uns auch weiterhin für sichere Arbeitsplätze und planbare Berufsperspektiven an unseren Hochschulen einsetzen. Für uns gilt das Prinzip: Dauerstellen für Daueraufgaben. Deshalb werden wir die Entfristung von Arbeitsverhältnissen vorantreiben, sodass die Hochschulen bis Ende 2016 die Möglichkeit wahrnehmen, 3.800 Stellen unbefristet zu besetzen. Im Sinne der befristet beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir darauf achten, dass die von den Hochschulen verabschiedeten Selbstverpflichtungen zur Entfristung von Arbeitsverträgen im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich auch umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Begrenzung von Verträgen mit einer Laufzeit von unter zwei Jahren und der Regelung über Befristungen bei Daueraufgaben im wissenschaftsunterstützenden Bereich. Wir werden uns auch der Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte widmen. Unter anderem gilt es hier, Voraussetzungen zu schaffen, dass diese bei befristeten nicht wissenschaftlichen Stellenausschreibungen im öffentlichen Dienst an baden-württembergischen Hochschulen aufgrund des Teilzeit- und Befristungsgesetzes keinen Nachteil aus ihrer studentischen Tätigkeit haben und nicht von vornherein bei der Auswahl ausgeschlossen werden müssen.

Frauen sind in der Wissenschaft unterrepräsentiert. Im Verlauf einer wissenschaftlichen Karriere – vom Studium über die Promotion und Juniorprofessur oder Habilitation bis zur Professur – nimmt der Frauenanteil kontinuierlich ab. Im Sinne der Gleichstellung an Hochschulen und der Verbesserung der Perspektiven von Frauen in der baden-württembergischen Wissenschaft wurde mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes sowie des Hochschulfinanzierungsvertrags „Perspektive 2020“ vieles auf den Weg gebracht. Wir haben Standards für professionelle und gendergerechte Berufungsverfahren eingeführt und den Gleichstellungsbeauftragten ein Stimmrecht gegeben. Durch die neuen Tenure Track-Regelungen schaffen wir Juniorprofessuren mit verlässlicher Beschäftigungsperspektive. Wir sichern Qualität durch individuelle gleichstellungsbezogene Kennzahlen sowie individuelle Ziel- und Zeitvorgaben für die Erhöhung des Frauenanteils. Auch haben wir die finanzielle Grundausstattung für die Gleichstellungsbeauftragten an den Universitäten verbessert. Der Frauenanteil gerade in den MINT-Fächern ist immer noch gering. Aus diesem Grund setzen wir uns für verbindliche Frauenquoten bei Neueinstellungen ein. Darüber hinaus verfolgen wir bereits bestehende Ansätze für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft und wollen gezielt Anreize für die Aufnahme eines Studiums in den MINT-Fächern setzen. Nachwuchsförderung muss für eine nachhaltige Entwicklung in der Gesellschaft insbesondere Frauen zugutekommen.

BESSERE PERSPEKTIVEN FÜR DEN WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS

Wir sorgen dafür, dass unsere Hochschullandschaft im Wettbewerb um vielversprechende junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gegenüber der Wirtschaft und ausländischen Forschungseinrichtungen konkurrenzfähig bleibt. Dafür haben wir die Juniorprofessuren gestärkt und eine frühere Selbstständigkeit in Forschung und Lehre ermöglicht. Mit einer verbindlichen Tenure Track-Regelung wird in einem qualitätsgesicherten Verfahren die Übernahme auf eine W3-Professur gewährleistet. Mit der Einführung verbindlicher Betreuungsvereinbarungen zwischen den Doktorandinnen und Doktoranden und ihren betreuenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern sowie der Einführung von Ombudspersonen für Konfliktfälle und Doktoranden-Konventen als Beratungsgremium haben wir die Promotionsverfahren verbessert.

Wir setzen uns auch künftig für gute Karriereperspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses ein. Dafür werden wir die Juniorprofessur mit Tenure Track weiter ausbauen und auf Habilitierte und Nachwuchsgruppenleiterinnen und -leiter erweitern. Wir werden den akademischen Mittelbau stärken und attraktive Personalkategorien unterhalb der Professur schaffen. Wir unterstützen die weitere Öffnung der Universitäten für die Promotion in Kooperation mit den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Wir werden aber auch in Zukunft weiter das Ziel verfolgen, mit der so genannten Experimentierklausel im Landeshochschulgesetz das befristete Promotionsrecht für Hochschulverbünde der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Realität werden zu lassen.

GUTE LEHRE

Um den Studienort Baden-Württemberg auch weiterhin wettbewerbsfähig zu halten, ist die Verbesserung der Lehrqualität essentiell. Neben der bereits angesprochenen Flexibilisierung des Studiums durch z.B. E-Learning Angebote, setzt sich die SPD deshalb auch für eine stärkere Berücksichtigung didaktischer Qualifizierung des wissenschaftlichen Lehrpersonals ein.

Ein umfassendes Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot im Bereich der Hochschuldidaktik, sowie das gezielte Setzen von Anreizen, dieses auch zu nutzen, steht deshalb im Fokus. Für junge Nachwuchswissenschaftler und Nachwuchswissenschaftlerinnen, Doktoranden und Doktorandinnen und den bereits jetzt oft mit der Lehre betrauten Mittelbau ist dies zudem ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil bei dem Verfolgen einer akademischen Karriere.

VERLÄSSLICHE FINANZIERUNG

Wir schaffen Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Hochschulen im Land. Die Hochschulen in Baden-Württemberg erhalten deshalb in den Jahren 2015 bis 2020 rund 1,7 Milliarden Euro zusätzlich. Mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ haben wir erreicht, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen jährlich um mindestens drei Prozent steigt. Und wir haben die Mittel für den Hochschulbau deutlich erhöht. Wir haben dafür gesorgt, dass die Hochschulen im Land nicht mehr aufgrund einer veralteten Kostenpauschale auf ihren Energiekosten sitzen bleiben und wichtige Mittel für die Lehre „verheizt“ werden müssen. Wir haben durchgesetzt, dass baureife Projekte derzeit und in Zukunft gebaut werden. Die besondere Kostenstruktur bei der Universitätsmedizin wird durch eine zusätzliche Förderlinie finanziert. Um die Möglichkeiten der Studierenden, die Lehre und die Lehrbedingungen mitzugestalten, auszubauen, müssen die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Mittelvergabe durch Studierende deutlich ausgebaut werden.

SPITZE IN DER FORSCHUNG – ANWENDUNGS- UND INNOVATIONSORIENTIERT

In Baden-Württemberg trifft eine forschungsstarke Industrie auf eine vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft. Auch deshalb nehmen wir eine Spitzenposition innerhalb der Forschungslandschaft ein. Damit dies so bleibt, brauchen unsere Forscherinnen und Forscher finanzielle Planungssicherheit, die Bereitstellung moderner Infrastrukturen und ein forschungs- und innovationsfreundliches Klima. Wir setzen deshalb auf eine umfangreiche Cluster- und Netzwerkstrategie zur Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren Akteuren, beispielsweise den Landesagenturen und den Berufs- und Industrieverbänden. Gleichzeitig muss allerdings auch die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung garantiert werden. Durch die Erhöhung der Grundfinanzierung haben wir eine verlässliche finanzielle Basis geschaffen – ebenso durch die vielfältigen Förderprogramme zur weiteren Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die das Fundament und die Zukunft unserer leistungsstarken Forschung sind.

Unser Ziel ist der weitere Ausbau des Wissens- und Technologietransfers zwischen den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der Wirtschaft und Gesellschaft. Wir werden die angewandte Forschung gezielt fördern und stärken. Dabei liegt unser Augenmerk vor allem auf der Unterstützung des Ausbaus der Kooperation von Hochschulen und kleineren und mittleren Unternehmen, um wichtige Innovationen in den einzelnen Regionen voranzubringen.

Baden-Württemberg ist das erfolgreichste Land in der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern. Mit den Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen befinden sich drei der bundesweit insgesamt elf Exzellenzuniversitäten in Baden-Württemberg. Fest steht, die Exzellenzinitiative geht auch 2017 weiter. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die exzellenten Universitätsstandorte im Land auch in der nächsten Runde wieder ihre Chance bekommen. Allerdings wollen wir keine Konzentration auf nur drei bundesweite Spitzenforschungsstandorte: Die Gefahr ist groß, dass aus politischen Gründen die Exzellenz in Baden-Württemberg bei der nächsten Vergaberunde nicht die Beachtung und

Förderung findet, die ihr aufgrund ihrer Leistungs- und Innovationsfähigkeit zusteht. Auch den Ansatz einer weiteren Exzellenz-Förderlinie „Exzellente Hochschulnetzwerke für Innovation“ für regionale Zusammenschlüsse von Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, außeruniversitären Instituten und Unternehmen werden wir im Bund unterstützen.

HOCHSCHULE 4.0 – DIGITALISIERUNG DER LEHRE

Der digitale Wandel stellt auch den Bereich der Bildung und Wissenschaft vor neue An- und Herausforderungen. Digitale Medien und Bildungsangebote bieten neue Möglichkeiten, das Lernen zu unterstützen und den Zugang zur Bildung zu erweitern. Die Hochschulen sollen hier eine Schlüsselrolle einnehmen und die digitalen Technologien als Mittel zur Optimierung in diversen Leistungsbereichen, insbesondere zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Lehre nutzen – als verstärkte Ergänzung und Erweiterung der klassischen Präsenzlehre. Die Bedeutung digitaler Angebote für Hochschulen wächst auch mit der zunehmenden Heterogenität von Studieninteressierten und Studierenden, ermöglicht leichtere Bildungsübergänge und bietet die Möglichkeit einer breiten Öffnung und Durchlässigkeit von Bildung in der Gesellschaft. Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten für individuelle Bildungschancen und -karrieren und es erschließen sich neue Zielgruppen im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Wir werden in den nächsten Jahren den Ausbau der lernendenzentrierten E-Learning-Ansätze und die Entwicklung der Open Educational Resources (OER) in Baden-Württemberg vorantreiben und die entsprechende Etablierung der notwendigen Strukturen fokussieren. Auf diesem Weg ermöglichen wir den Studierenden ein selbstbestimmteres Studium, welches Freiräume für eine individuelle Studiengestaltung schafft.

DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ IN HOCHSCHULGREMIEN

Die Novellierung des Landeshochschulgesetzes hat das Leitbild der unternehmerischen Hochschule abgelöst durch die Prinzipien Wissenschaftsfreiheit, Transparenz und mehr Mitbestimmung. Diese Prinzipien tragen wir selbstverständlich auch in Zukunft mit, fordern aber bei der Mitbestimmung, dass die Zusammensetzung der Hochschulräte aus externen und internen Mitgliedern der Regelfall sein sollte, dass in den Senaten die Statusgruppen der Studierenden und der Promovierenden, sowie der wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten eine bessere Berücksichtigung finden, und dass in Personalräten die Wahlzeiten so begrenzt werden, dass auch befristete Hochschulangestellte sich zur Wahl stellen können.

Gewählte studentische Vertreter im Senat sollten über ihre Gremienarbeit in Senat und Hochschulrat berichten können. Leider haben sie zumeist nicht das Recht, über nichtöffentliche Sitzungen des Senats zu berichten. Wir wollen daher prüfen, wie in studentischen Konventen, Versammlungen, Studierendenräten oder den Studierendenparlamenten die Studierendenschaft informiert werden kann. Wir fordern und fördern das studentische Ehrenamt – in der Verfassten Studierendenschaft, aber auch in anderen Hochschulgremien. Um allen Studierenden – unabhängig von ihrer finanziellen Ausstattung – die aktive Teilnahme am studentischen Ehrenamt zu ermöglichen, werden wir dieses stärken durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Engagement und Studium, z.B. durch die Berücksichtigung in Studien- und Prüfungsordnungen, BAföG-Zeiten etc.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- die Öffnung der Hochschulen weiter vorantreiben und den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ausbauen,
- weiterhin Studieren ohne Studiengebühren ermöglichen,
- den Zugang zum Medizinstudium reformieren – durch größere Berücksichtigung erweiterter Auswahlkriterien wie abgeleistete Praktika, soziales Engagement oder eine bereits abgeschlossene Berufsausbildung im Gesundheitswesen,
- die Studierendenwerke auch zukünftig bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen,
- die Entfristung von Arbeitsverhältnissen vorantreiben,
- die Juniorprofessur mit Tenure Track weiter ausbauen und auf Habilitierte und Nachwuchsgruppenleiterinnen und -leiter erweitern.

INTEGRATION GESTALTEN

„Jeder muss sich an die hiesigen Regeln halten, und dazu zählt eben auch die gewaltfreie Lösung von Konflikten.“

Bilkay Öney *(Ministerin für Integration)*

Das Gelingen von Integration ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Über ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg haben einen Migrationshintergrund – wir sind ein Einwanderungsland. Wir wollen die Chancen dieser Vielfalt nutzen und den Einwanderinnen und Einwanderern die Möglichkeit geben, in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft teilzuhaben.

INTEGRATIONSPOLITIK AUS EINER HAND

Wir haben die Integrationspolitik vom Rand ins Zentrum der Landespolitik gerückt und mit der Schaffung eines eigenständigen Ministeriums fest auf der politischen Agenda etabliert. So gestalten wir Integrationspolitik aus einer Hand. Wir sind überzeugt, dass eine weitsichtige Integrationspolitik ein gutes Verständnis davon verlangt, wie Integration gelingt und in welchen Bereichen noch Nachholbedarf besteht. Deshalb haben wir das Landesnetzwerk für Integrationsforschung geschaffen und stellen unsere Integrationspolitik damit auf eine fundierte wissenschaftliche Basis. Darüber hinaus haben wir den Landesbeirat für Integration eingerichtet und verleihen den Einwanderinnen und Einwanderern eine starke Stimme im Land. Zukünftig werden wir in jeder Legislaturperiode einen Landesintegrationsbericht vorlegen. Mit dem Landesbeirat für Integration werden wir eine kooperative Partnerschaft pflegen.

Die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums für Integration war ein wichtiger erster Schritt. Damit Integration gelingt, müssen die einzelnen institutionellen Ebenen miteinander noch besser verzahnt arbeiten. Deshalb werden wir Ausländerrecht und Integrationspolitik in Zukunft stärker miteinander verknüpfen und die entsprechenden Strukturen im Integrationsministerium zusammenführen. Dadurch soll Baden-Württemberg in Sachen Integration und Einwanderung einen einzigen Ansprechpartner bieten. Das bedeutet, auch die interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen gezielt zu fördern.

KOMMUNALE INTEGRATIONS-STRUKTUREN STÄRKEN

Integration findet zuerst in den Kreisen, Städten und Gemeinden statt. Wir stärken kommunales Engagement und fördern den Aufbau von Strukturen vor Ort. Dafür haben wir Integrationsbeiräte, -ausschüsse und -beauftragte in den Kommunen gestärkt und besonders integrationsintensive Städte wie Mannheim, Pforzheim und Freiburg gezielt gefördert. Wir werden die kommunalen Integrationsstrukturen auch künftig stärken. Dafür werden wir die Einrichtung von Integrationsbeauftragten in allen Stadt- und Landkreisen fördern und eine Regelförderung für kommunale Integrationsarbeit auflegen.

ALS LAND VORBILD SEIN

Mit uns werden das Land Baden-Württemberg und seine Verwaltung zum Vorbild für gelungene Integration. Wir sind davon überzeugt: Eine Verwaltung, die zunehmend gesellschaftliche Vielfalt widerspiegelt, ist nicht nur bürgernäher, sondern auch leistungsfähiger. Deshalb haben wir den öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen und den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Landesverwaltung weiter steigern. Wir kämpfen gegen den beschämenden Zusammenhang zwischen fremdländisch klingenden Namen und Bewerbungserfolg. Dabei werden wir als Land mit gutem Beispiel vorangehen und für alle Stellenausschreibungen der Ministerien und Regierungspräsidien anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen.

DEN ISLAM ALS TEIL UNSERER RELIGIÖSEN VIELFALT ANERKENNEN

Religiöse und gesellschaftliche Vielfalt findet im Grundkonsens unserer Gesellschaft ihr Zuhause. Leider erleben wir vermehrt, dass Ängste auf bestimmte Ethnien und „den Islam“ projiziert werden. Gleichzeitig gibt es einzelne, die außerhalb unserer Gesellschaft in einer „Parallelstruktur“ leben. Beide Tendenzen müssen wir verhindern. Wir machen deutlich: Menschen muslimischen Glaubens sind Teil unserer Gesellschaft. Die SPD setzt sich für Verständigung und Dialog ein. Deshalb haben wir den „Runden Tisch Islam“ eingerichtet. Dort arbeiten Vertreterinnen und Vertreter sowohl der Muslime als auch aus den Ministerien im Dialog an einer besseren Verständigung zwischen den Kulturen. Auch den Modellversuch zum islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen haben wir ausgeweitet. Darüber hinaus sorgen wir mit unserem Modellprojekt für muslimische Krankenhausseelsorge für eine bessere seelsorgerische Betreuung muslimischer Menschen in unseren Krankenhäusern. In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Einbindung der Muslime weiter stärken und den „Runden Tisch Islam“ zu einem islamischen Beirat des Landes weiterentwickeln. Ferner werden wir ein flächendeckendes Angebot an muslimischen Seelsorgerinnen und Seelsorgern in Krankenhäusern sowie Justizanstalten bis 2020 einrichten.

MOTOR DER INTEGRATIONSPOLITIK AUF BUNDESEBENE

Auch auf Bundesebene ist Baden-Württemberg zum Motor für gelungene Integrationspolitik geworden. Mit unserem Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder haben wir wesentlich zu einem zeitgemäßen Staatsangehörigkeitsrecht beigetragen. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren alle unsere Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, die Vorrangprüfung für Drittstaatsangehörige beim Zugang zum Arbeitsmarkt abzuschaffen und ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz einzuführen. Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige eingeführt wird.

FLUCHT UND ASYL – HUMAN HANDELN

„Menschenwürdige Unterkunft für die Menschen/ Flüchtlinge. Flüchtlinge in Arbeit bringen.“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Krieg und Verfolgung sind hauptsächlich Ursache dafür, dass viele Menschen ihre Heimat verlassen. Die meisten fliehen innerhalb ihrer Heimatstaaten oder in Nachbarländer. Schon aufgrund ihrer Geschichte steht die Sozialdemokratie zum Grundrecht auf Asyl. Wir wollen verfolgten und bedrohten Menschen, die in Baden-Württemberg Zuflucht suchen, Schutz bieten und Bleibeberechtigte so schnell wie möglich integrieren. Sie sollen Teil unserer vielfältigen, solidarischen Gesellschaft sein. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, dass es endlich eine Lösung auf europäischer Ebene gibt. Europa braucht nicht nur den Schutz seiner Außengrenzen, sondern einheitliche Standards zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sowie ein faires und funktionierendes Verteilungssystem, das für alle EU-Mitgliedsstaaten gilt. Auch die Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Vertreibung muss künftig stärker in den Fokus des politischen Handelns rücken.

Unser Land wird sich durch die Aufnahme von Flüchtlingen verändern. Diese Veränderung gestalten wir. Insbesondere müssen wir verhindern, dass Ängste, Ressentiments oder gar Fremdenfeindlichkeit entstehen, weil sich Teile der Bevölkerung in unserer Gesellschaft benachteiligt fühlen. Die SPD steht für sozialen Zusammenhalt. Dies ist die Grundvoraussetzung für eine moderne Gesellschaft. Asylsuchende brauchen von Anfang an Perspektiven: Eine schnelle

Integration für diejenigen, die bleiben werden, und die Option für eine legale Einwanderung für all jene, denen das Asylrecht keine Bleibeperspektive eröffnen kann.

Neben dem Grundgesetz und Asylrecht brauchen wir ein Einwanderungsgesetz. Ein modernes Einwanderungsrecht stärkt unser grundgesetzlich verankertes Asylrecht. Wir stehen für eine Gesellschaft, die die soziale Infrastruktur, Qualifizierung von Asylsuchenden und Stärkung unseres Gemeinwesens als Aufgaben begreift.

MENSCHENWÜRDIGE UNTERBRINGUNG UND VERSORGUNG

Die SPD in Regierungsverantwortung meistert die Herausforderungen bei der Flüchtlingsunterbringung und Versorgung im gemeinsamen Schulterschluss von Land, Kommunen und Ehrenamtlichen. Wir haben unter der Regie des Integrationsministeriums zusammen mit allen betroffenen Ministerien und den kommunalen Spitzenverbänden eine Lenkungsgruppe geschaffen, die zielorientiert, unbürokratisch und schnell alle notwendigen Schritte einleiten und Lösungen herbeiführen kann. Wir haben die Kapazitäten in der Erstaufnahme massiv erhöht und ein Sonderprogramm für die Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge aufgelegt. Mit der Neufassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes haben wir die Standards zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen verbessert und zudem die finanzielle Unterstützung für die Kommunen massiv ausgebaut.

Wir wollen Flüchtlinge dezentral unterbringen. So wird es besser gelingen, Überlastungen einzelner Standorte und Kommunen zu verhindern und gleichzeitig die Integrationschancen für die Asylsuchenden zu verbessern.

Wir werden die Erstaufnahmeeinrichtungen (LEAs) nach Bedarf weiter ausbauen und streben dabei landesweit eine gerechtere Verteilung in den Regionen an. Beim Ausbau von LEAs ist auch künftig zu berücksichtigen, dass für Frauen eigene sanitäre Anlagen, Rückzugsräume und weibliche Ansprechpartnerinnen vorhanden sind. Bei Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten wollen wir die gesetzlich befristete Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen nutzen, um das gesamte Asylverfahren innerhalb dieser Zeit endgültig abzuschließen. Wir wollen die Phase in der Erstaufnahme als Einstieg in die Integration nutzen, indem wir dort die Qualifikationen erheben und Beratungen zur Arbeitsaufnahme anbieten, zugleich aber auch die Grenzen des Asylrechts vermitteln.

Um die medizinische Versorgung der Flüchtlinge zu verbessern und ihnen einen unbürokratischen Zugang zum Arzt zu ermöglichen, werden wir eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen. Die Karte umfasst die gesetzlichen Leistungen. Viele Asylsuchende haben Schreckliches erlebt und benötigen umfassende psychologische Betreuung. Deshalb wollen wir den Zugang zu psychologischer Behandlung für Traumatisierte, insbesondere Frauen und Kinder, verbessern. Dafür werden wir die psychosozialen Zentren im Land besser ausstatten.

INTEGRATION UND TEILHABE

Wer Asyl oder subsidiären Schutz erhält, hat Anspruch auf Integration und Teilhabe. Damit die Menschen sich in unsere Gesellschaft integrieren, brauchen sie alle Möglichkeiten, um ihre Potentiale bestmöglich entfalten zu können. Die SPD in Baden-Württemberg fördert und fordert Integration. Deshalb eröffnen wir den Weg zum Spracherwerb, in unser Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt. Unser Bildungssystem wird unterstützt und noch gerechter gemacht. Der Ausbau der Kita-Plätze, eine bessere Sprachförderung in Kindergarten, Gemeinschafts- und Ganztagsschulen, ein gebührenfreier Zugang zu Universitäten unabhängig vom Aufenthaltsstatus – das alles sind gute Voraussetzungen für eine schnelle Integration der Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben werden.

Wir haben inzwischen fast 1.900 Vorbereitungsklassen an allgemeinbildenden und berufsvorbereitenden Schulen eingerichtet, an denen wir intensive Sprachförderung betreiben. Dafür haben wir bereits über 1.100 zusätzliche Lehrerstellen für Vorbereitungsklassen geschaffen. Zusammen mit dem Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) haben wir ein Stipendienprogramm für syrische Flüchtlinge aufgelegt, damit diese ihr begonnenes Studium in Baden-Württemberg fortsetzen und zu Ende bringen können.

Mit unserem Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ haben wir eine Basisförderung für all jene Asylsuchenden und Flüchtlinge geschaffen,

die keinen Zugang zu den Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit haben. Zugangshürden zum Arbeitsmarkt bauen wir ab. Wir bieten aber auch einen Spracherwerb bis zum mittleren und hohen Niveau an, denn vielfach werden diese Sprachkenntnisse benötigt, um als Fachkraft Fuß zu fassen. Diese Aufbausprachkurse müssen für Asylsuchende und Flüchtlinge weiterhin kostenfrei sein, wenn diese ein Bleiberecht haben. Mit dem Programm „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Flüchtlinge“ setzen wir Anreize für baden-württembergische Betriebe, gezielt in die Ausbildung von Flüchtlingen zu investieren und somit langfristig Fachkräfte heranzubilden.

FÜR EIN EINWANDERUNGSGESETZ – TRANSPARENTE ARBEITSMIGRATION ERMÖGLICHEN

Neben jenen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung zu uns fliehen, kommen auch Menschen zu uns, die ein besseres Leben und Arbeit suchen.

Der Weg über das Asylrecht eröffnet für sie keine Zukunftsperspektive, sondern führt in eine Sackgasse. Deshalb brauchen wir ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, den Wirrwarr aus über 50 verschiedenen Aufenthaltstiteln aufzulösen und endlich ein modernes Einwanderungsgesetz zu schaffen, das transparente Wege für eine legale Arbeitsmigration nach Deutschland eröffnet.

STARKES GEMEINWESEN UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

In den vergangenen Monaten hat unser Land große Hilfsbereitschaft gezeigt. Die vielen lokalen Flüchtlingsinitiativen und alle Ehrenamtlichen leisten dabei Beispielloses – mitunter bis zur Erschöpfung. Dieses Engagement stärken wir durch finanzielle Förderung, aber auch durch Qualifizierung und Vernetzung. Doch es braucht auch professionelle Strukturen, damit aus freiwilligem Engagement nicht Überforderung wird. Die ehrenamtlich Tätigen sind auf hauptamtliche Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte in den Landkreisen, Städten und Gemeinden angewiesen, die das Engagement der vielen Helferinnen und Helfer koordinieren. Hier braucht es staatliche Unterstützung, damit wichtige Informationen bereitgestellt und Angebote zur Qualifizierung und Nachbereitung geschaffen werden können. Aus diesem Grund werden wir die Förderung der Integrationsarbeit in den Kommunen fortsetzen und bei Bedarf weiter aufstocken.

Darüber hinaus müssen wir den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt fördern. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Neiddebatten, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben bei uns keinen Platz.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Kommunale Integrationsstrukturen stärken und Integrationsbeauftragte in allen Stadt- und Landkreisen fördern,**
- **in jeder Legislaturperiode einen Landesintegrationsbericht vorlegen,**
- **uns für die Abschaffung der Vorrangprüfung für Drittstaatenangehörige einsetzen,**
- **anonymisierte Bewerbungsverfahren für alle Stellen in Ministerien und Regierungspräsidien einführen,**
- **uns im Bund für die Einführung eines zeitgemäßen Einwanderungsrechtes einsetzen,**
- **eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen.**

WELTOFFEN IM HERZEN EUROPAS

„Baden-Württemberg ist das europäischste aller Bundesländer. 60 Prozent des Exports findet in Europa statt.“

Peter Friedrich *(Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten)*

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas und wie kaum ein anderes Bundesland profitieren wir von der europäischen Einigung – gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell. Deshalb gestalten wir Europapolitik aktiv mit: Sei es mit unseren direkten Nachbarinnen und Nachbarn, in regionalen Partnerschaften oder im Rahmen der Donauraumstrategie. Unsere Verantwortung macht aber nicht an den Grenzen des Kontinents Halt. Als weltoffenes Land gehört eine aktive Entwicklungszusammenarbeit zu unserem Selbstverständnis.

GEMEINSAM FÜR EUROPA – EUROPA DER REGIONEN

Europa spielt sich nicht nur in Brüssel und in den europäischen Institutionen ab, sondern vor allem in den Regionen. Für uns gibt es keinen Widerspruch zwischen regionaler Identität und europäischer Zusammenarbeit. Im Gegenteil: Europäische Einheit gibt es nur durch regionale Vielfalt. Deshalb haben wir die regionale Zusammenarbeit, wie zum Beispiel in den „Vier Motoren für Europa“, ausgebaut und die Donauraumstrategie maßgeblich gestaltet. Seit 2015 ist die baden-württembergische Landesvertretung in Brüssel Sitz des „Danube Strategy Point“, der die Umsetzung der Donauraumstrategie mitverantwortet. Durch unsere aktive Europapolitik erschließen wir baden-württembergischen Unternehmen neue Standorte und gewinnen dringend benötigte Fachkräfte. Wir wollen auch in Zukunft eine aktive Europapolitik betreiben. Angesichts der Flüchtlingsthematik gilt dies vor allen Dingen für die Donauraumstrategie, durch die wir den Balkanstaaten eine bessere politische und ökonomische Perspektive eröffnen wollen. Darüber hinaus werden wir über unsere Verwaltungshochschulen und Stipendienprogramme Hilfe zur Stärkung der Verwaltungen in Südosteuropa leisten.

AUF GUTE NACHBARSCHAFT

Gute Nachbarschaft ist fester Bestandteil baden-württembergischer Identität. Dies gilt auch für unsere Wirtschaft. Als innovativste und forschungsintensivste Region in ganz Europa profitieren baden-württembergische Unternehmen schon immer vom regen Austausch mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn – sei es durch Arbeitskräfte, Absatzmärkte oder grenzüberschreitende Forschung. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Projekte zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf den Weg gebracht, beispielsweise das Projekt „Bodensee-Plattform Innovation 4.0“, in dem Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammengebracht werden, um Erfahrungen mit Blick auf die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung auszutauschen. Auch dem Fachkräftemangel wollen wir grenzüberschreitend begegnen. Durch die Förderung der binationalen Ausbildung zwi-

schen dem Elsaß und Baden-Württemberg haben wir bereits zahlreichen Jugendlichen auf deutscher wie französischer Seite eine Ausbildung im jeweiligen Nachbarland ermöglicht. Wir werden den Dialog mit unseren Nachbarn weiter pflegen, auch durch neue Initiativen, wie die Entwicklung einer Schweiz-Strategie.

MEHR FÖRDERMITTEL FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir setzen uns gezielt dafür ein, Fördermittel aus Fonds und Programmen der EU für Projekte in Baden-Württemberg einzuwerben. Mit der SPD in Regierungsverantwortung hat Baden-Württemberg mehr europäische Fördermittel aquiriert als alle Vorgängerregierungen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und durch aktive Interessenvertretung in Brüssel verstärken. Um unsere Bemühungen weiter zu intensivieren, werden wir eine Projektentwicklungsagentur des Landes gründen, um baden-württembergische Akteure zusammenzubringen und bei der Entwicklung von Projektideen und der Antragstellung zu begleiten.

FREIHANDELSABKOMMEN TRANSPARENT UND FAIR GESTALTEN

Mit seiner exportstarken Wirtschaft profitiert Baden-Württemberg in besonderem Maße von der Globalisierung. Diese in Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA aktiv zu gestalten, liegt daher in unserem ureigenen Interesse. Bei Erfüllung der Voraussetzungen, die von der SPD in ihren Parteitagsbeschlüssen festgelegt wurden, begreifen wir TTIP als Möglichkeit, auf globale Standards Einfluss zu nehmen und den Exporthandel mit den USA über den Abbau von Handelshemmnissen weiter zu beleben und unsere Wirtschaft, insbesondere auch den Mittelstand, zu stärken.

Gleichzeitig ist klar: Freihandel ist kein Selbstzweck! Wir stellen uns entschieden gegen jede Schwächung unserer Demokratie durch privatisierte Paralleljustiz – die Aufnahme von Investitionsschutzvorschriften und Streitbeilegungsmechanismen lehnen wir daher ab. Stattdessen unterstützen wir die Einrichtung

eines mit unabhängigen und staatlich finanzierten Berufsrichtern und -richterinnen besetzten internationalen Handelsgerichts. Dieses muss über eine Berufungsinstanz verfügen und dem Prinzip der Öffentlichkeit unterliegen. Auch dürfen Freihandelsabkommen nicht zu einer Absenkung von hohen Standards sowohl in Europa als auch in den Partnervertragsstaaten in den Bereichen Umwelt-, Verbraucher-, Arbeits- und Datenschutz führen. Die Standards in diesen Bereichen müssen auch weiterhin verbessert werden können, ohne dass dies zu Schadenersatzansprüchen durch ausländische Unternehmen führen kann. Weiter muss der Kultur- und Medienbereich grundsätzlich von den Verhandlungen ausgenommen werden. Mit Blick auf die Daseinsvorsorge in unseren Kommunen werden wir keine direkten oder indirekten Zwänge zur Privatisierung akzeptieren.

Wir sind davon überzeugt, dass die Verhandlungen mit einem Höchstmaß an Transparenz geführt werden müssen, um den Sorgen und Befürchtungen vieler Bürgerinnen und Bürger angemessen zu begegnen. Mit der Einrichtung des TTIP-Beirates haben wir als Land bereits gehandelt und ermöglichen einen transparenten Dialog von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Den gesellschaftlichen Diskurs über TTIP und weitere Freihandelsabkommen werden wir auch zukünftig fördern.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT STÄRKEN

Als starkes Land ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch international Verantwortung übernehmen und Staaten in Entwicklungsprozessen begleiten. Dabei gilt heute mehr denn je: Die Entwicklungszusammenarbeit von heute bekämpft die Fluchtursachen von morgen. Entwicklungszusammenarbeit verstehen wir nicht als Domäne des Staates, sondern als Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Zivilgesellschaft. Unter dieser Prämisse haben wir auch die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes entwickelt. Als erste Landesregierung haben wir dabei über 1500 Bürgerinnen und Bürger und mehr als 120 Organisationen im Rahmen des Prozesses „Welt:Bürger gefragt“ beteiligt. Mit Burundi pflegen wir eine enge Partnerschaft, die wir im neu geschaffenen Partnerschaftszentrum unter dem Dach der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit gebündelt haben. Wir werden eine vergleichbare Partnerschaft mit der Region Dohuk im Nordirak aufbauen, um unseren Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen zu leisten. Ferner wollen wir das zivilgesellschaftliche Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit stärken.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Die Balkanstaaten im Rahmen der Donauraumstrategie stärken, um bessere Perspektiven vor Ort zu schaffen,**
- **Die Entwicklungszusammenarbeit u. a. durch eine Kooperation mit der Region Dohuk im Nordirak stärken und Fluchtursachen vor Ort bekämpfen,**
- **Freihandelsabkommen nur dann akzeptieren, wenn diese weder private Schiedsgerichte, noch Absenkungen unserer hohen Standards, noch Zwänge zur Privatisierung enthalten,**
- **Eine Projektentwicklungsagentur auf den Weg bringen, um Akteure bei der Projektentwicklung und Antragsstellung zu begleiten.**

BADEN-WÜRTTEMBERG: SICHER UND GERECHT

„Mein Ziel ist es, in Baden-Württemberg mehr demokratische Beteiligung zu ermöglichen, die Polizei zukunftsfähig zu machen und die Flüchtlingspolitik humaner zu gestalten."

***Reinhold Gall** (Innenminister)*

Baden-Württemberg ist ein ausgesprochen sicheres Bundesland. Wir haben eine der niedrigsten Kriminalitätsraten deutschlandweit und belegen auch bei der Aufklärungsquote von Straftaten einen Spitzenplatz. Damit das so bleibt, haben wir Polizei und Verfassungsschutz gestärkt und neue Mittel für die Terrorbekämpfung bereitgestellt. Für ein gerechtes Baden-Württemberg sorgen wir dafür, dass die Aufgaben der Justiz, der Rechtspflege und des Strafvollzugs in staatlicher Hand bleiben.

SICHER IN BADEN-WÜRTTEMBERG – POLIZEIARBEIT STÄRKEN

Garant für die hohe Sicherheit im Land ist unsere Polizei mit ihren Beschäftigten, die Tag für Tag Außergewöhnliches leisten. Gleichzeitig befinden sich die Bedrohungen für unsere Sicherheit im Wandel. Ob neue Formen der Kriminalität oder der Bedarf an personalintensiven Großeinsätzen – unsere Polizei steht vor ständig neuen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund haben wir eine umfangreiche Polizeistrukturreform durchgeführt und unsere Polizei zukunftsfähig aufgestellt. Wir haben zwölf leistungsfähige Regionalpräsidien geschaffen, Hierarchien verschlankt und Kompetenzen gebündelt. Wir haben neue Stellen geschaffen, mehr Beamtinnen und Beamte für den Polizeidienst bereitgestellt, eine Einstellungsoffensive für die Jahre 2017 und 2018 auf den Weg gebracht und intensiv in die technische Ausstattung investiert. Wir wollen diesen Weg der Modernisierung von technischen Voraussetzungen kontinuierlich fortsetzen. Wir unterstützen eine bedarfsorientierte Beschaffung der Einsatz-, Kriminal- und Verkehrstechnik sowie eine Verstetigung der dafür erforderlichen Finanzmittel.

Auch in Zukunft werden wir die Entwicklungsstrukturen innerhalb der Polizei weiter verbessern. Wir haben einen ersten Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn geschafft, der nun kontinuierlich fortgesetzt wird. Um das Ziel mit der nächsten Legislaturperiode abzuschließen, sollen ab 2018 nur noch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für den gehobenen Dienst ausgebildet werden.

Unser Ziel ist es, die zweigeteilte Laufbahn bis zum Jahr 2021 vollständig umzusetzen. Um die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten zu reduzieren, wollen wir für die Polizei die BodyCam (Einsatz einer körpernah getragenen Kamera) als Modellversuch einführen, der evaluiert werden soll. Bei Demonstrationen oder anderen Großereignissen werden wir die anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einführen. Als Partei der guten Arbeit werden wir die Umsetzung in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften gestalten.

Ferner streben wir weiterhin die Einführung eines Ausbildungsberufes der/des Polizeifachangestellten an und wollen die Stellenstruktur im polizeilichen Nichtvollzug optimieren. Bei den schon bestehenden Arbeitsverhältnissen sind wir bestrebt, die Berufsbezeichnung Polizeifachangestellte einzuführen. Wir behalten die Gesundheit der Beamtinnen und Beamten im Blick und werden das Gesundheitsmanagement bei der Polizei sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern, sodass Beamtinnen und Beamte den wachsenden Aufgaben ihres anspruchsvollen Berufs dauerhaft gewachsen bleiben können. Die gleiche Fürsorge gilt für unsere Tarifbeschäftigten.

Wir sind davon überzeugt: Sei es im Hinblick auf Fremdsprachenkenntnisse oder das Gespür für unterschiedliche Mentalitäten – eine Polizei, die die Vielfalt unserer Gesellschaft auch personell widerspiegelt, ist bürgernäher und leistungsfähiger. Deshalb wollen wir weiterhin möglichst viele Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewinnen. Dafür haben wir die Nachwuchswerbung in einer Kooperation zwischen Innen- und Integrationsministerium intensiviert. Mit Erfolg: Aktuell haben über 20 Prozent der Polizei-Anwärterinnen und -Anwärter einen Migrationshintergrund – ein absoluter Spitzenwert in Deutschland. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir die Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund dauerhaft auf hohem Niveau verstetigen.

TERRORISMUS EFFEKTIV BEGEGNEN

Bei der Bekämpfung von Terror bewegen wir uns in einem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Gerade der Sozialdemokratie ist die Balance dieser beiden Werte sehr wichtig. Wir möchten diese nicht gegeneinander ausspielen und unsere Sicherheitsstandards nachhaltig sichern. Hierbei kommt der Prävention eine besondere Bedeutung zu. Damit aus einer abstrakten Gefährdungslage keine konkrete Gefährdung wird, haben wir jeweils unmittelbar nach den Attentaten auf „Charlie Hebdo" und den nachfolgenden erneuten Anschlägen in Paris zwei Maßnahmenpakete für die Bekämpfung islamistischen Terrors verabschiedet. Insbesondere für eine bessere Beobachtung des Islamismus und zur Auswertung von Telekommunikationsdaten haben wir rund 200 neue Stellen bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz auf den Weg gebracht und investieren in eine bessere Ausstattung unserer Polizistinnen und Polizisten. Außerdem haben wir ein Kompetenzzentrum zur Prävention gegen islamistischen Extremismus gegründet.

OFFENSIV GEGEN WOHNUNGSEINBRÜCHE

Für Betroffene ist ein Einbruch immer ein besonderer Eingriff in die engste Privatsphäre mit langen Nachwirkungen. Deshalb haben wir zusammen mit dem Landeskriminalamt eine Koordinierungsstelle zur offensiven Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen eingerichtet. Dabei setzen wir auf modernste Technologien und Methoden wie das sogenannte „predictive policing". Mit Hilfe der Software „precops" können die Beamtinnen und Beamten Einbrüchen besser vorbeugen und die Bürgerinnen und Bürger vor Schaden bewahren. Auch in Zukunft werden wir uns für eine verstärkte Investition in operative und forensische Kriminaltechnik und Implementierung neuer Technologien unter dem Blickwinkel der Verbrechensbekämpfung einsetzen. Unser Offensivkonzept gegen Wohnungseinbruch, das dem Polizeivollzugsdienst u.a. 226 Personalstellen mehr als geplant zur Verfügung stellt, zeigt bereits erste Erfolge. Eine Trendumkehr zeichnet sich ab und die Aufklärungsquote steigt. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen, damit Baden-Württemberg eines der sichersten Bundesländer bleibt.

SICHER IM NETZ

Die Chancen der digitalen Welt nutzen und gleichzeitig die Risiken minimieren – das ist Ziel unserer Netzpolitk. Der rasante digitale Wandel hat weitreichende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Sei es beim grenzüberschreitenden Einkauf im Internet, beim mobilen Zahlungsverkehr oder in sozialen Netzwerken – die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, welche Rechte sie haben, was mit ihren Daten passiert und wie sie diese im Netz besser schützen können. Um die Bürgerinnen und Bürger bei Einkäufen im Internet besser vor Abo-Fallen und anderem Missbrauch zu schützen, haben wir die sogenannte „Button-Lösung" eingeführt. Damit haben wir neue Transparenz im Online-Handel geschaffen. Ferner haben wir unerbetene Telefonwerbung verboten und wichtige Erfolge im Kampf gegen missbräuchliche Abmahnungen erzielt. Wir werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Internet weiter stärken und Schutzlücken schließen.

RECHTSEXTREMISMUS ENTSCHLOSSEN BEKÄMPFEN

Wir bekämpfen jede Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit allen Mitteln des Rechtstaates. Entsprechend haben wir uns im Landtag dafür eingesetzt, einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) in Baden-Württemberg und der Umstände des Mordes an

der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter einzusetzen. Die daraus gewonnenen Ergebnisse werden wir in ein Landespräventionsprogramm gegen Rechtsextremismus einfließen lassen. Wir werden prüfen, ob die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Rechtsextremismus“ notwendig ist. Diese wichtige Aufklärungsarbeit wollen wir auch nach der Landtagswahl fortführen und uns für einen weiteren Untersuchungsausschuss einsetzen. Auf unsere Initiative hat der Landtag ein neues Gremium zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes eingesetzt und die Voraussetzungen für den Einsatz von V-Leuten gesetzlich verankert. Das NPD-Verbotsverfahren wird von uns aktiv unterstützt.

Auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingsaufnahme erleben wir eine Welle rechten Terrors in Deutschland. Schwere Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und fremdenfeindliche Straftraten nehmen zu. Für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass ist kein Platz in Baden-Württemberg. Wir werden alles dafür tun, das Grundrecht auf Asyl zu verteidigen und die Asylsuchenden vor Übergriffen zu schützen. Neben den Mitteln der Strafverfolgung setzen wir auch auf gute Präventionsarbeit, um dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen. Wir werden daher das 2014 begonnene Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verstetigen und unsere gute Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen intensivieren.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- Die zweigeteilte Laufbahn bis Ende 2021 vollständig umsetzen,
- eine Body Cam für Polizistinnen und Polizisten einführen,
- eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten einführen,
- einen Ausbildungsberuf der/des Polizeifachangestellten einführen,
- die Modernisierung der technischen Ausstattung bei der Polizei fortsetzen,
- zum Kampf gegen Wohnungseinbrüche weiter in neueste Kriminaltechnik investieren,
- das NPD-Verbotsverfahren offensiv unterstützen.

ÖFFENTLICHER DIENST: RÜCKGRAT UNSERES STAATES

Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat und der Garant einer funktionierenden staatlichen Infrastruktur. Wir wertschätzen die Einsatzbereitschaft und das Engagement der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die tagtäglich hervorragende Arbeit für unser Gemeinwesen leisten. Auch in Zukunft werden wir den Gesprächsfaden mit dem Beamtenbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund nicht abreißen lassen und den partnerschaftlichen Dialog intensivieren.

Das Land als Arbeitgeber steht angesichts der demografischen Entwicklung, der guten Konjunktur und des in einzelnen Branchen bestehenden Fachkräftemangels in starker Konkurrenz zu privaten Arbeitgebern. Im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und mit Blick auf die künftige Nachwuchsgewinnung werden wir weiter an der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber arbeiten. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst weiter verbessern.

Der öffentliche Dienst muss durch familienfreundliche Arbeitszeitangebote eine partnerschaftliche Verteilung von Familienaufgaben ermöglichen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der öffentliche Dienst seine Anziehungs- und Bindekraft für junge Menschen behält und motivierten und engagierten Nachwuchskräften auch weiterhin interessante Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Mit der SPD wird es keine strukturellen Einschnitte bei den Versorgungsleistungen geben. Die Absenkung der Eingangsbesoldung werden wir zurücknehmen. Für die kommende Legislaturperiode streben wir an, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung zu schließen.

EINE MODERNE UND SOZIALE JUSTIZ

Gerade im Bereich der Justiz tritt der Staat als Träger von Hoheitsrechten auf und hat daher eine besondere Verantwortung. Die Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf Private lehnt die SPD ab. Deshalb haben wir die von der Vorgängerregierung beschlossene Teilprivatisierung der JVA Offenburg zurückgenommen und den Forderungseinzug durch eine private Firma beendet und wieder der Landesoberkasse übertragen. Diesen Weg werden wir fortsetzen

„Eine Justiz für die Menschen ist immer auch eine Justiz mit den Menschen.“

Rainer Stickelberger *(Justizminister)*

und in den kommenden fünf Jahren insbesondere auch die Gerichts- und Bewährungshilfe wieder in staatliche Obhut zurückführen. Investor-Staat-Schiedsgerichte im Sinne von Freihandelsabkommen lehnen wir ab. Darüber hinaus stehen wir für den Erhalt einer flächendeckenden Struktur von Einrichtungen der Justiz.

Die Justiz kann nur dann zum Rechtsfrieden beitragen, wenn sie von den Menschen akzeptiert wird und zeitgemäß mit ihnen interagiert. Wir wollen eine Justiz, die modern und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Das heißt, elektronische Kommunikationsmittel sollen eine größere Rolle spielen. Deshalb haben wir die so genannte „E-Justice“ weiterentwickelt und machen unsere Justiz so zum kompetenten Ansprechpartner auch im Netz.

Den eingeschlagenen Weg der Modernisierung werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Dafür werden wir die elektronische Akte einführen, die den Bürgerinnen und Bürgern die Kommunikation mit der Justiz weiter erleichtert. Neben der Weiterentwicklung von „E-Justice“ sorgen wir dafür, dass die Justiz im „richtigen Leben“ der Ansprechpartner vor Ort bleibt und werden die kleinen Amtsgerichte erhalten.

JUGENDKRIMINALITÄT VERHINDERN – JUNGEN MENSCHEN HELFEN

Eine der zentralen Aufgaben unserer Justiz in Baden-Württemberg ist es, sich besonders um die jungen Menschen zu kümmern, die drohen, dauerhaft auf „die schiefe Bahn“ zu geraten. Wir wollen die Verstetigung „krimineller Karrieren“ verhindern. Dafür setzen wir im Umgang mit jugendlichen Straftätern auf Prävention und gute Sozialarbeit. Wir haben die „Häuser des Jugendrechts“ in Baden-Württemberg erweitert und ausgebaut. Dort arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei und Sozialbehörden Hand in Hand mit den Jugendlichen, um diese zu stärken. Auch im Jugendstrafvollzug des Landes und im Jugendarrest stärken wir die Jugendlichen mit einem Wohngruppenkonzept und sozialem Training beim sogenannten „Warnschussarrest“. In Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium wurde die schulische Bildung sowie die Aus- und Weiterbildung in den Justizvollzugsanstalten modernisiert. Grundsätzlich ist uns wichtig, dass wir den Jugendstrafvollzug in freien Formen als Alternative zum Gefängnis verstetigen. In der nächsten Legislaturperiode setzen wir uns für einen flächendeckenden Ausbau weiterer Häuser des Jugendrechts ein. Die Justizvollzugseinrichtungen werden wir modernisieren und insbesondere die Therapie- und Arbeitseinrichtungen verbessern.

VERBESSERUNGEN IM STRAFVOLLZUG

Der Justizvollzug muss sicher bleiben. Im Hinblick auf das bestürzende Ereignis in der JVA Bruchsal im August 2014 wurde auf Initiative des SPD-Justizministers eine Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen eingesetzt, die wertvolle Handlungsempfehlungen gegeben hat, um den Justizvollzug in Baden-Württemberg für die wachsenden Herausforderungen gut aufzustellen. 2015 wurde bereits ein erstes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Ausgehend von diesen Empfehlungen werden wir uns dafür stark machen, auch die weiteren notwendigen strukturellen Verbesserungen schrittweise umzusetzen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst weiter verbessern,
- die Absenkung der Eingangsbesoldung zurücknehmen,
- dafür sorgen, dass die hoheitlichen Aufgaben von Justiz, Rechtspflege und Strafvollzug in öffentlicher Hand bleiben,
- die kleinen Amtsgerichte erhalten,
- im Umgang mit jugendlichen Straftätern auf Prävention und gute Sozialarbeit setzen und die Häuser des Jugendrechts weiter ausbauen.

BETEILIGUNG LEBEN

„Beteiligungsmöglichkeiten erweitern (nicht nur durch Volksentscheide, Direktwahl von Landräten, Landtagswahl ähnlich wie in Bayern).“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Unsere Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet mehr als nur wählen zu gehen. Wir stehen für einen neuen Politikstil, der die Menschen mitnimmt, anstatt Politik von oben herab zu diktieren. Deshalb wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten geben, sich mit ihren Anliegen in die Landespolitik einzubringen.

MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Wir sind davon überzeugt, dass mehr direkte Demokratie unsere politische Kultur in Baden-Württemberg bereichert. Wir sind angetreten, Baden-Württemberg zum Musterland für direkte Demokratie weiterzuentwickeln. Mit einer Änderung der Landesverfassung haben wir den Volksantrag eingeführt und die Unterschriftenzahl für Volksbegehren gesenkt. So können die Bürgerinnen und Bürger umfassender an der politischen Willensbildung und an staatlichen Entscheidungen mitwirken. Es genügen nun ein Sechstel der Unterschriften aller Wahlbeteiligten Baden-Württembergs für ein Volksbegehren. Auch die Quoren für kommunale Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und eine Auflösung des Landtags wurden gesenkt. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass schon ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen gewählt werden darf. Wir werden unseren Weg der lebendigen Bürgerbeteiligung auch in Zukunft fortsetzen. Deshalb treten wir dafür ein, das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken und das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einzuführen. Um die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf der Ebene der Landkreise auszubauen, werden wir die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte einführen.

Die SPD setzt sich für die paritätische Besetzung von Parlamenten auf allen Ebenen ein. Mit der Änderung des Kommunalwahlrechts haben wir einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen. Die Analyse der Kommunalwahl zeigt jedoch, dass ein Appell nicht ausreicht, um Parität der Geschlechter in den Parlamenten zu erreichen. Wir werden deshalb das Kommunalwahlrecht anpassen, um aus der bisherigen „Kann-Vorschrift“ eine gesetzlich verbindliche Vorgabe zu machen. Auch setzen wir uns für die Änderung des Landtagswahlrechts ein, um den Frauenanteil im Landtag zu erhöhen und die strukturelle Benachteiligung von Wahlkreisen zu beenden. Wie bei der Bundestagswahl werden wir daher ein Listenwahlrecht mit zwei Stimmen einführen.

MODERNE VERWALTUNG

Ein Mehr an Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie muss auch mit einem Mehr an moderner Verwaltung einhergehen, um die Interaktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Land zu erleichtern. Wir haben die Verwaltung in Baden-Württemberg modernisiert und sowohl mehr „Open Government“ – also mehr Transparenz – als auch mehr „E-Government“ – also eine moderne, digitale Kommunikation mit staatlichen Stellen – verwirklicht. Das neu initiierte „Beteiligungsportal BW“ ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die unkomplizierte Teilnahme an der politischen Willensbildung. Mit dem Ausbau der E-Government-Strukturen sorgen wir dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Verwaltungsangelegenheiten einfacher online erledigen können. Dabei haben wir unsere Verwaltung nicht nur bürgernäher gemacht, sondern auch in erheblichem Umfang Bürokratie abgebaut und den Haushalt entlastet.

Wir wollen das Beteiligungsportal BW ausbauen und „Open Government“- wie auch „E-Government“- Strukturen stärken. Damit werden wir den Bürokratieabbau weiter vorantreiben. Den Weg der umfassenden Modernisierung der Landesverwaltung werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken,**
- **das kommunale Wahlrecht für Drittstaatenangehörige einführen,**
- **die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte einführen,**
- **das Beteiligungsportal BW ausbauen,**
- **ein Listenwahlrecht für Landtagswahlen einführen.**

MOBILITÄTSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

„Mehr Verkehrsgüter von der Straße auf die Schiene."

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Baden-Württemberg braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für seine Menschen und seine Wirtschaft. Darum haben wir den Sanierungsstau der Vorgängerregierung beendet und investieren kräftig in den Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur. Wir bauen den öffentlichen Personennahverkehr, die Schieneninfrastruktur im Land und das Radwegenetz aus und schaffen die rechtlichen Vorraussetzungen für „shared-space". Gleichzeitig fördern wir eine bessere Vernetzung von Raum- und Verkehrsplanung, um dadurch einerseits Staus und andererseits die Landschaftszersiedelung einzudämmen.

ERHALT UND AUSBAU DER STRASSENINFRASTRUKTUR

Gerade im ländlichen Raum ist eine gut ausgebaute Straßeninfrastruktur Voraussetzung für Mobilität und eine funktionierende Wirtschaft. Zu oft wurde der Verfall von Infrastruktur von den Vorgängerregierungen billigend in Kauf genommen und damit Landesvermögen vernichtet. Diese verfehlte Sparpolitik haben wir beendet und die Erhaltungsmittel für Landesstraßen und Brücken verdreifacht. Darüber hinaus haben wir ein Lückenschlussprogramm zur Beseitigung von Lücken im Landesstraßennetz aufgelegt.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Sanierung und den Aus- und Neubau von Landesstraßen weiter vorantreiben. Mit Blick auf die Umfahrung sensibler Bereiche und die Erhöhung von Kapazitäten ist der bedachte und gut koordinierte Ausbau des Straßenverkehrsnetzes weiterhin sinnvoll und notwendig. Hierfür sowie für den Ausbau von Bundesfernstraßen brauchen wir eine leistungsfähige Straßenbauverwaltung. Deshalb haben wir das Stellenabbauprogramm der Vorgängerregierungen beendet und wieder neue Stellen geschaffen. Organisatorische Veränderungen in der Straßenbauverwaltung werden wir auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten anstreben.

MEHR BUSSE UND BAHNEN

Auch ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) schafft Mobilität und verringert zudem gerade in den Ballungszentren die Belastung für Mensch und Umwelt durch Staus, Lärm, Feinstaub und Stickoxid. Busse und Bahnen sind dabei Garanten für eine umweltfreundliche Mobilität. Deshalb haben wir die Förderung im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) neu justiert, entbürokratisiert und verstärkt auf den Umweltverbund ausgerichtet. Ferner haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Barrierefreiheit im ÖPNV weiter zu verbessern. Aber nicht überall sind Busse und Bahnen das beste Angebot vor Ort. Deshalb haben wir die Unterstützung über den klassischen ÖPNV hinaus erweitert und die Förderung von neuen ergänzenden Angeboten wie z.B. von Bürgerbussen institutionalisiert.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir den ÖPNV im Land sowohl bei der Infrastruktur als auch beim Angebot weiter ausbauen, damit in Zukunft noch mehr Menschen Busse und Bahnen nutzen. Unser Ziel sind moderne Regionalzüge mit zeitgemäßer Ausstattung in einem attraktiven Takt. Über 450 Millionen Euro Landesmittel sind schon jetzt in den kommenden Haushaltsjahren abgesichert, damit das Land seinen Anteil an Projekten von Kommunen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) finanzieren kann, falls der Bund diese Projekte bewilligen sollte. Nachdem die Zukunft des GVFG über 2019 hinaus gesichert ist, wird das Land weitere Projekte über die bisher beschlossenen hinaus anteilig mit fördern. Wir kämpfen dafür, dass der Bund weiterhin zu seiner Finanzierungsverantwortung für die sogenannten Entflechtungsmittel steht, damit auch der Infrastrukturausbau über das LGVFG fortgesetzt werden kann.

Insbesondere die Vernetzung verschiedener Verkehrsträger wollen wir fördern. Der PKW, Busse und Bahnen, Carsharing und E-Bikes sind keine Gegensätze, sondern Fortbewegungsmittel, die künftig sinnvoll verknüpft werden müssen. Wir streben eine Reform der ÖPNV-Finanzierung an, die den Bedürfnissen der Ballungsräume und dem ländlichen Raum gleichermaßen gerecht wird und die mittelständischen Busunternehmen im Land mitnimmt. Das Land hat mit 21 Verkehrsverbünden bundesweit die meisten Verkehrsverbünde. Diese Zahl sollte mit Ablauf der jetzigen Förderperiode 2018 verringert werden. Das spart Verwaltungskosten und Schnittstellen, sorgt für übersichtlichere Strukturen, ermöglicht mehr Leistung für das gleiche Geld und erleichtert innovative Projekte. Bei Ausschreibungen wollen wir die sozialen Kriterien mehr in den Fokus rücken.

MODERNISIERUNG UND AUSBAU DER SCHIENENEINFRASTRUKTUR

Die Modernisierung der Schieneninfrastruktur ist eine wichtige Zukunftsinvestition. Seit 2011 treiben wir den Ausbau der Eisenbahnstrecken in Baden-Württemberg konsequent voran. Dies gilt für die Rheintalbahn von Mannheim bis Basel, wo wir zum Schutz von Mensch und Umwelt kommunale Forderungen nach Tunnelstrecken und Lärmschutz unterstützen. Ebenso kämpfen wir für die Elektrifizierung der Südbahn und den Ausbau der Gäubahn sowie der Allgäubahn. Stuttgart 21 und den Bau der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm unterstützen wir weiterhin. Zudem streben wir mittelfristig eine flächendeckende Elektrifizierung aller Zugstrecken in Baden-Württemberg an. Das Land unterstützt auch in Zukunft die Modernisierung der Infrastruktur von nicht-bundeseigenen Nebenbahnen.

RADVERKEHR

Um den Radverkehr zu fördern, haben wir einen eigenständigen Haushaltstitel für den Radwegebau eingerichtet und die Mittel deutlich erhöht. Zudem werden kommunale Radwege mit 50 Prozent über das LGVFG gefördert. Unser Ziel ist ein gut ausgebautes, lückenfrei vernetztes und beschildertes Radwegenetz in Baden-Württemberg.

GÜTER VON DER STRASSE AUF DIE SCHIENE UND AUFS SCHIFF

Wir wollen mehr Verkehr und Güter von der Straße auf die Schiene bringen. Um den kombinierten Verkehr zu fördern, werden wir ein Güterverkehrskonzept erstellen und umsetzen. Im Gegensatz zu den anderen Verkehrsinfrastrukturen sind auf den Binnenwasserstraßen in Baden-Württemberg noch erhebliche Kapazitätssteigerungen möglich. Wir werden deshalb auch weiterhin beim Bund den zügigen Ausbau der Neckarschleusen von Mannheim bis Plochingen für moderne 135-Meter-Schiffe einfordern, damit mehr Güter auf der Wasserstraße Neckar unterwegs sein können.

FLUGHÄFEN

Das Land steht zu seiner Verantwortung für den Flughafen Stuttgart und die Regionalflughäfen Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen. Nicht nur die exportorientierte Wirtschaft, auch Tourismus und Einheimische sind auf die Fluganbindungen angewiesen. Wir haben die Förderung des Luftverkehrs marktkonform gestaltet und die Arbeitsbedingungen, Umweltschutz- und Lärmauflagen an den Flughäfen verbessert. Schnelle Schienenverbindungen machen Kurzstreckenflüge überflüssig. Das zeigt zum Beispiel die TGV-Verbindung Stuttgart-Paris. Wir engagieren uns im Interesse der südbadischen Grenzregion für eine deutliche Beschränkung der Flugverkehrsbelastung entlang des Hochrheins durch den Züricher Flughafen. Wir unterstützen Planungen zur Anbindung des trinationalen Flughafens Euroairport Basel – Mulhouse-Freiburg an das öffentliche Schienenverkehrsnetz mit einer Verbindung Freiburg-Bad-Krozingen-Müllheim-Airport Basel – Mulhouse-Freiburg. Daher unterstützen wir alle Maßnahmen wie beispielsweise die Beschränkung der An- und Überflüge sowie die Sperrzeiten, die in der „Stuttgarter Erklärung“ festgehalten sind.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Die Sanierung sowie den Aus- und Neubau der Landesstraßen weiter vorantreiben,**
- **das Straßennetz weiter ausbauen,**
- **den ÖPNV bei der Infrastruktur und beim Angebot weiter ausbauen,**
- **die Barrierefreiheit im ÖPNV verbessern,**
- **die Eisenbahnstrecken im Land (S21, Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Südbahn, Gäubahn) weiter ausbauen.**

INNOVATION UND KLIMASCHUTZ DURCH SAUBERE ENERGIEN

„Zügige Umsetzung der Energiewende, insb. durch den Ausbau der erneuerbaren Energien und deren Zugpferd, der Windkraft. Dies gebietet die Generationengerechtigkeit und der Erhalt des sozialen Friedens.“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Unser Ziel ist die ökologische Erneuerung der Energieversorgung. Wir bringen die Energiewende in Baden-Württemberg voran und bauen die erneuerbaren Energien im Land weiter aus. Das ist notwendig für den Schutz unseres Klimas und zugleich wirtschaftlich sinnvoll: Wir stoßen Innovationen an und schaffen neue Arbeitsplätze. Gleichzeitig gewährleisten wir Versorgungssicherheit und gestalten diesen Wandel sozial gerecht, damit Energie für alle bezahlbar bleibt. Wir werden uns weiterhin beim französischen Nachbarn und über die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das AKW Fessenheim schnellstmöglich dauerhaft abgeschaltet wird, da es den heutigen Sicherheitsanforderungen gegen Erdbeben, Hochwasser und Anschläge nicht gerecht wird und als alter Atommeiler Verschleißerscheinungen aufweist.

ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN

Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Land kommt gut voran. Das schafft Arbeitsplätze, denn besonders viele Firmen und Zulieferer der Wind- und Solarindustrie haben ihren Sitz in Baden-Württemberg. Mit der Neufassung des Landesplanungsgesetzes haben wir die jahrelange Blockade der Windenergie in Baden-Württemberg aufgehoben, sodass nun hunderte Windkraftanlagen im Land geplant und gebaut werden. Mit einer Vielzahl von Fördermaßnahmen und Pilotprojekten – beispielsweise Batterieforschung zur Speicherung von Wind- und Solarenergie – bringen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voran.

Mit uns bleibt Baden-Württemberg Musterland für den ökologischen Fortschritt. Wir streben einen schrittweisen Ersatz der Atomenergie und dann des Kohlestroms an, sodass 80 Prozent unserer Energie bis 2050 auf Basis regenerativer Energien erzeugt wird. Dafür werden wir den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wind- und Solarenergie sowie die Nutzung der Erdwärme weiter vorantreiben. Auch den Ausbau von Windkraftanlagen im Staatswald unter Berücksichtigung des Artenschutzes werden wir weiter fördern.

VERSORGUNGSSICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN UND ENERGIE BEZAHLBAR HALTEN

Der steigende Anteil erneuerbarer Energien stellt neue Anforderungen an die Energiebereitstellung. Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, fördern wir neben dem Leitungsausbau

innovative Projekte zur Energiespeicherung und zu intelligenten Netzen.

Diesen Weg werden wir in den kommenden fünf Jahren fortsetzen und das Leitungsnetz auf allen Ebenen ausbauen. Die Förderung innovativer Speichertechnologien und intelligenter Netze werden wir weiter intensivieren. Um Energie für alle bezahlbar und die Strompreise stabil zu halten, wollen wir Überförderungen vermeiden. Auch das Vorhalten vor allem alter Kraftwerke als Reservekapazität dient diesem Ziel, denn es sorgt für die nötige Versorgungssicherheit. Deshalb unterstützen wir die Ziele der Bundesregierung, den Strommarkt neu zu regeln, um die notwendigen Investitionen in neue flexible Kraftwerke, Lastmanagement und den Bau neuer Energiespeicher wieder wirtschaftlich zu machen.

DEN KLIMASCHUTZ WEITER VORANBRINGEN

Dem Klimawandel muss vor allem durch eine Verringerung des CO_2-Ausstoßes begegnet werden. Um dies zu erreichen, haben wir das Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht und unsere Klimaziele damit als zweites Bundesland überhaupt gesetzlich verankert. Darüber hinaus haben wir zahlreiche Pilotprojekte und Fördermaßnahmen für den Klimaschutz initiiert – von der Energiesparberatung über die energetische Sanierung der Landesliegenschaften bis hin zum Moorschutz. Zusätzlich müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, stärker auf Bau- und Werkstoffe zu setzen, die CO_2 binden. Die Mittel für den Hochwasserschutz haben wir verdoppelt und beugen so schweren, durch den Klimawandel bedingten Hochwasserereignissen besser vor.

Wir setzen auch in Zukunft auf die ökologische Erneuerung und halten an unseren ehrgeizigen Zielen fest: Mit der SPD wird Baden-Württemberg seinen CO_2-Ausstoß bis 2050 um 90 Prozent und den Energieverbrauch um 50 Prozent senken. Daneben werden wir uns für die stärkere Verwendung des CO_2-bindenden Rohstoffes Holz einsetzen.

UMWELT- UND NATURSCHUTZ STÄRKEN

Sauberes Wasser, eine vielfältige Natur und gesunder Boden sind Lebensgrundlage unserer und künftiger Generationen. Wir haben den Naturschutz im Land deutlich verbessert und die finanziellen Mittel dafür verdoppelt. Mit

dem Nationalpark Schwarzwald haben wir den ersten Nationalpark in Baden-Württemberg überhaupt geschaffen. Wir werden die nötigen personellen und finanziellen Mittel bereitstellen, um dadurch die Attraktivität des Schwarzwalds zu erhöhen und für regionale Wertschöpfung zu sorgen. Wir unterstützen auch weiterhin die Entwicklung des Nationalparks Schwarzwald. Im Südschwarzwald helfen wir mit, ein zweites Biosphärengebiet zu etablieren und bringen so Natur, Landschaft, Wirtschaft und Lebensqualität weiter zusammen.

Wir setzen die von der SPD im Bund angestoßene „Nationale Strategie für biologische Vielfalt“ im Land um. Deshalb wollen wir auch zukünftig den staatlichen Naturschutz personell und finanziell besser ausstatten, damit die Aufgaben gut umgesetzt werden können.

Wir wollen die vorhandenen Schutzgebiete im Land weiterentwickeln, damit diese ihre Funktion für Natur, Landschaft und Tourismus optimal erfüllen können. Zudem werden wir verstärkt Naturschutzzentren für eine gute Umweltbildung nutzen und sie ausbauen. Wir sind stolz darauf, dass sich die Landschaftserhaltungsverbände so gut weiterentwickelt haben. Auch weiterhin wollen wir die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft verbessern. Landschaftspflegehöfe sind dafür ein gut geeignetes Instrument, das wir ausbauen wollen. Das artenreiche Grünland muss erhalten bleiben. Mit einem Aktionsprogramm Biotopverbund wollen wir die ökologische Vielfalt auf den Äckern stärken. Die Moorschutzstrategie werden wir aktiv umsetzen, denn Moorschutz ist zugleich Natur- und Klimaschutz. Wichtig ist uns der Erhalt der Streuobstwiesen, der Weideflächen und der Steilhänge in den Rebanlagen. Hierfür werden wir Förderprogramme weiterentwickeln. Mittelfristig werden wir deutlich mehr Fließgewässer in einen naturnahen Zustand versetzen.

Seit 2010 haben wir die Mittel für den Hochwasserschutz verdoppelt und viele Projekte vorangebracht. Insbesondere für die Dammsanierungen und die Fertigstellung der weiteren Projekte des Integrierten Rheinprogramms werden wir auch weiterhin alle notwendigen Mittel bereitstellen und Lösungen bevorzugen, die zu ökologischen Verbesserungen der Gewässer beitragen. Auch werden wir weiterhin die Altlastsanierung vorantreiben und den Grundwasserschutz verstärken.

Die Ressourcenschonung bei Baurohstoffen ist vorbildlich und soll auf hohem Niveau erhalten bleiben. Zum zuverlässigen, umweltfreundlichen und kostengünstigen Bezug von Baustoffen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist der verbrauchsnahen und dezentralen Rohstoffsicherung und -gewinnung in allen Regionen des Landes hohes Gewicht beizumessen.

Unsere Wälder sollen nachhaltig und naturnah bewirtschaftet werden, sodass diese zugleich der Holzproduktion, dem Bodenschutz, der Erholung, der Grund- und Trinkwasserbildung sowie dem Erhalt der ökologischen Vielfalt dienen können. Das Gesamtkonzept Waldnaturschutz wollen wir konsequent umsetzen und den Anteil der natürlichen Waldentwicklung deutlich erhöhen. Die staatliche Forstverwaltung werden wir ihren Aufgaben entsprechend durchgängig, modern und zukunftssicher aufstellen, damit in Zukunft die staatlichen Wälder ein öffentliches Gut bleiben. Am modernsten Jagdrecht in Europa halten wir fest.

Das unkonventionelle Fracking ist in seiner jetzigen Form nicht ausgereift und kann daher nicht eingesetzt werden. Solange eine potentielle Gefährdung der Umwelt und des Grundwassers nicht ausgeschlossen werden kann, wird es mit der SPD auch weiterhin kein unkonventionelles Fracking in Baden-Württemberg geben.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- **Den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wind und Solarenergie beschleunigen,**
- **Versorgungssicherheit gewährleisten, in dem wir das Leitungsnetz ausbauen, Speichertechnologien voranbringen und alte Kraftwerke als Reserve vorhalten,**
- **dafür sorgen, dass Baden-Württemberg seinen CO_2 -Ausstoß bis 2050 um 90 Prozent und seinen Energieverbrauch um 50 Prozent verringert,**
- **unkonventionelles Fracking in Baden-Württemberg verhindern.**

NATURVERTRÄGLICHE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN

„Mir liegt am Herzen, dass unseren Kindern die Wertschätzung unserer Natur bewusst gemacht wird, wie unsere Nahrungsmittel angebaut werden. Das sorgfältig mit unserer Natur umgegangen wird, nicht zu zerstören."

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Eine naturverträgliche Landwirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die biologische Vielfalt, den Schutz von Wasser, Boden und Klima und für unsere Gesundheit. Land- und Forstwirtschaft sind ein wesentlicher Faktor der Wirtschaft im ländlichen Raum. Sie erzeugen Lebensmittel, Bau- und Rohstoffe und tragen zum Erhalt der Kulturlandschaft bei. Zudem leisten sie mit Biogas und Energieholz einen wichtigen Beitrag für den Klima- und Ressourcenschutz. Wir sichern die Zukunft der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft – mit fairen Rahmenbedingungen und guten Förderprogrammen. Den ökologischen Landbau wollen wir weiterhin so fördern, dass er zunimmt. Nur so kann dieser die steigende Nachfrage auch aus heimischem Anbau bedienen. Durch Förderung regionaler und lokaler Vermarktung und ökologischen Landbaus bringen wir Verbraucherseite und Erzeuger enger zueinander. Weiter haben wir die Forschung und Beratung für den Bioland-bau gestärkt und die Mittel für Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz mehr als verdoppelt.

Durch eine fachgerechte Beratung und eine professionelle Förderung wollen wir die gesamte Landwirtschaft im Land auch in Zukunft in dem sich weiter globalisierenden Markt begleiten. Bei allen Regulierungen – insbesondere bei der anstehenden Weiterentwicklung der Düngeverordnung – werden wir sowohl die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Landwirtschaft als auch den Umweltschutz berücksichtigen.

Die Haltungsbedingungen für unsere Nutztiere wollen wir schrittweise weiter verbessern. Dabei müssen die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe durch hinreichende Fördermittel und Übergangsfristen berücksichtigt werden, um die heimische Produktion zu sichern. Den teilweise viel zu hohen bürokratischen Aufwand, der an manche Auflagen und Fördermittel für die Landwirtschaft gekoppelt ist, wie beispielsweise bei der Weideprämie, wollen wir zurückdrängen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- **Die Zukunft der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft sichern – mit fairen Rahmenbedingungen und guten Förderprogrammen,**
- **den ökologischen Landbau so fördern, dass er zunimmt,**
- **lokale und regionale Vermarktungsstrukturen stärken.**

VERLÄSSLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ

„Keine genveränderten Pflanzen zulassen."

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Die SPD steht für starke Verbraucherrechte, Information und Transparenz. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und den Markt mit ihrem Konsumverhalten mitzugestalten. Gute Verbraucherpolitik schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen oder nachteiligen Auswirkungen von Konsumgütern und Dienstleistungen und sorgt dafür, dass die Lebenschancen zukünftiger Generationen nicht gefährdet werden. Nötig ist daher der Erhalt und Ausbau einer gestaltenden und sozialen Verbraucherpolitik, die die Verbraucherseite stärkt und den Verbraucherinteressen angemessene Geltung verschafft.

Damit Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt e 9ntscheiden können, brauchen sie klare und verlässliche Informationen über Inhalt, Herkunft und Produktionsweise von Lebensmitteln.

KEINE ABSENKUNG VON STANDARDS

Unser Verbraucherschutz setzt hohe Standards, die sich bewährt haben. Für die SPD sind diese in Freihandelsabkommen nicht verhandelbar. Deshalb haben wir uns im Bundesrat klar gegen jede Absenkung unserer hohen Umwelt-, Hygiene- und Verbraucherschutzstandards positioniert. Auch in den kommenden Jahren werden wir all unsere Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, damit unsere Standards nicht abgesenkt und in Zukunft weiter politisch gestaltet werden können.

GUTE BERATUNG UND VERBRAUCHERBILDUNG

Im Umgang mit digitalen Medien, bei der ersten Wohnungssuche, im Bezug auf die eigenen Finanzen – alltägliche Lebensführung birgt für junge Menschen viele Herausforderungen, auf die Schule vorbereiten kann. Durch die Aufnahme der Verbraucherbildung als eine der Leitperspektiven des Bildungsplans 2016 werden

Heranwachsende befähigt, ihren Alltag als Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt und verantwortungsbewusst zu meistern.

In unserer komplexen Konsumgesellschaft begleitet uns der Bedarf nach unabhängiger und verlässlicher Beratung ein ganzes Leben. Ob Lebensmittel, Versicherungen oder Baufinanzierung – Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Information und Schutz vor gesundheitlichem und wirtschaftlichem Schaden. Wir haben die Beratungsinfrastruktur für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg ausgebaut und die Fördermittel für die Verbraucherzentrale erhöht. Zudem haben wir die themenspezifischen Informations- und Bildungsangebote des Landes erweitert. Für die kommende Legislaturperiode werden wir die Verbraucherzentrale in Baden-Württemberg finanziell stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR BEWUSSTE, GESUNDE ERNÄHRUNG

Wir unterstützen den Wunsch nach bewusster Ernährung im Alltag und geben Antworten auf der Höhe unserer Zeit. Ob in der Kita, der Ganztagsschule, der Firmenkantine oder im Seniorenheim: Unsere Ernährungsgewohnheiten verändern sich. Wir essen immer öfter außer Haus, legen Wert auf individuelle Bedürfnisse und Ansprüche. Immer mehr Menschen achten auf die Herkunft der Lebensmittel, auf Inhaltsstoffe, Tierschutz und fairen Handel. Deshalb setzen wir uns im Bund und in der EU für verbindliche Kriterien für vegane und vegetarische Produkte ein – damit Verbraucherinnen und Verbraucher solche Lebensmittel anhand klarer, verlässlicher Kennzeichnungen kaufen können.

Eine bewusste, gesunde Ernährung muss für alle Menschen möglich sein – unabhängig von Ausbildung, Herkunft oder Geldbeutel. Wir verstehen das als ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und setzen bereits in Kitas und Schulen mit einer ausgewogenen Verpflegung an. Erfolgreiche Programme wie Schulfrucht BW und BeKi (Bewusste Kinderernährung) wollen wir stärken, um Kinder und ihre Familien frühzeitig an einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln heranzuführen. Um Verbesserungen in der Fläche zu bewirken, schlagen wir vor, gemeinsam mit Kommunen, Bildungseinrichtungen, Lehrkräften, Eltern und Unternehmen ein Leitbild für die Verpflegung in Kitas und Schulen zu erarbeiten.

KEINE GENTECHNIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel völlig zu Recht ab. Sowohl die gesundheitlichen als auch die ökologischen Folgen sind mehr als ungewiss. Wir setzen uns konsequent dafür ein, den Anbau von ökologisch veränderten Organismen im Land zu verhindern, um Verbraucher und Umwelt vor den Risiken der Grünen Gentechnik zu schützen. Deshalb ist Baden-Württemberg seit 2012 Mitglied im europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen. Mit dem Naturschutzgesetz haben wir den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zusätzlich erschwert. Wir werden weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, gentechnisch veränderte Organismen aus unserer Landwirtschaft und Umwelt fernzuhalten. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass das Klonen von Tieren zur Nahrungsmittelproduktion in Deutschland verboten wird.

WIRKSAME LEBENS- UND FUTTERMITTELÜBERWACHUNG

Diverse Lebensmittelskandale in der Vergangenheit haben gezeigt: Um Lebensmittelbetrug zu bekämpfen, sind effektive staatliche Kontrollen unerlässlich. Deshalb haben wir die massiven personellen Defizite im Bereich der Lebens- und Futtermittelüberwachung abgebaut und die finanzielle Ausstattung der landeseigenen Überwachungsinstitute verbessert. Diesen Weg werden wir fortsetzen und Lebens- und Futtermittelüberwachung in den kommenden Jahren personell stärken. Die Überwachungsinstitute werden wir weiter modernisieren und Schritt für Schritt auf den neusten Stand der Technik bringen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- **Alle Möglichkeiten nutzen, gentechnisch veränderte Organismen aus unserer Landwirtschaft und Umwelt fernzuhalten,**
- **die Verbraucherzentrale in Baden-Württemberg finanziell stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen,**
- **die Lebens- und Futtermittelüberwachung in den kommenden Jahren personell stärken,**
- **Absenkungen unserer hohen Umwelt-, Hygiene- und Verbraucherschutzstandards verhindern.**

SOLIDE FINANZEN

„Steuergerechtigkeit!“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Die Menschen im Land erwarten von uns eine solide Haushaltspolitik. Nils Schmid ist der erfolgreichste Finanzminister in der Geschichte unseres Landes. Viermal innerhalb einer Legislaturperiode hat er einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt – und das obwohl die Vorgängerregierung ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden Euro hinterlassen hatte. Der Erfolg unserer nachhaltigen Konsolidierungspolitik zeigt sich auch darin, dass das Land 2015 für seine Kreditwürdigkeit erneut die Bestnote „AAA“ erhalten hat. Wir haben gezeigt: Es sind die Roten, die für schwarze Zahlen stehen.

SOLIDE HAUSHALTSPOLITIK FORTSETZEN

Wir gestalten die soziale und wirtschaftliche Modernisierung des Landes mit einer soliden Finanzpolitik ohne Neuverschuldung. Mit uns werden die Rechnungen von heute nicht zulasten zukünftiger Generationen auf morgen verschoben, denn hohe Schulden und Zinszahlungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Gleichzeitig steht unser Weg der Konsolidierung nicht im Widerspruch zu zentralen Zukunftsinvestitionen: Wir investieren massiv in Bildung und bauen den Sanierungs- und Investitionsstau bei Landesstraßen, Hochschulbauten und Kliniken Schritt für Schritt ab. Damit mehr Geld in unserem starken Land bleibt, haben wir uns für eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingesetzt und eine Einigung erzielt, mit der Baden-Württemberg künftig um fast eine Milliarde Euro deutlich entlastet wird.

Wir werden unsere solide Finanzpolitik fortsetzen und die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben. Im Jahr 2019 werden wir beginnen Schulden abzubauen. Dafür müssen wir auch weiterhin alle Bereiche des Landeshaushaltes

kritisch überprüfen und neue Maßnahmen auf ihre Finanzierbarkeit hin prüfen. Klar ist aber auch: Ein ausgeglichener Haushalt ist nicht nur über Einsparungen zu erreichen. Deswegen werden wir uns für stärkere Möglichkeiten der Steuerfestlegung und -erhebung auf Landesebene einsetzen.

GESCHLECHTERGERECHTE HAUSHALTSFÜHRUNG

Mit der Einführung der geschlechtersensiblen Haushaltsführung, dem „Gender Budgeting", wollen wir Baden-Württemberg zur Vorreiterin bei der Durchsetzung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf Gleichstellung machen.

STEUERGERECHTIGKEIT VERWIRKLICHEN

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Effekte der kalten Progression zu kompensieren. Wir sind davon überzeugt, dass der ursprünglich richtige Ansatz der niedrigen Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte durch den internationalen Datentausch und die höhere Transparenz an Bedeutung verloren hat. Unser Ziel ist es, dass Kapital und Arbeit in der Besteuerung wieder gleichbehandelt werden. Ferner werden wir uns für eine faire Reform der Erbschaftssteuer einsetzen.

NULLTOLERANZ GEGENÜBER STEUERHINTERZIEHUNG

Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt und schadet unserem Gemeinwesen. Ob Steuervermeidung internationaler Konzerne oder die Steuerhinterziehung von Einzelpersonen – die Zeche zahlen am Ende immer die Bürgerinnen und Bürger, denen die Lohnsteuer automatisch abgezogen wird, sowie kleine und mittlere Unternehmen. Jedes Jahr gehen dem Staat Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung und Steuerschlupflöcher verloren. Dieses Geld fehlt unserer Gesellschaft für Investitionen in Kindergärten und Schulen, Straßenbau und bezahlbaren Wohnraum, Forschung und Innovation.

Deshalb haben wir das Steuerabkommen mit der Schweiz verhindert, das einen Freifahrtschein für Steuersünderinnen und Steuersünder bedeutet hätte. Stattdessen haben wir uns für eine Verschärfung der Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige stark gemacht und uns an der Anschaffung angebotener Steuerdaten („Steuer-CDs") beteiligt. Auch haben wir 500 neue Stellen und 500 zusätzliche Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung geschaffen und uns für eine verbesserte Koordinierung bei der Steuerprüfung zwischen den Bundesländern eingesetzt. Mit Erfolg: Seit 2011 sind knapp 30.000 Selbstanzeigen von Steuerbetrügerinnen und Steuerbetrügern bei den Finanzämtern eingegangen, die dem Land steuerliche Mehreinnahmen von über 700 Millionen Euro eingebracht haben.

Wir werden unseren Weg der Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung und illegaler Steuervermeidung fortsetzen und diese mit allen Mitteln bekämpfen. Dafür werden wir uns auch zukünftig am Ankauf von Steuer-CDs beteiligen und die Steuerfahndung weiter personell stärken. Wir wollen die Steuerverwaltung nicht nur durch zusätzliche Stellen stärken, sondern auch über die Aufgaben kritisch nachdenken. Durch die Einführung einer Bagatellgrenze von 50 Euro bei der Erstattung der Mehrwertsteuer für Ausfuhrscheine würden Millionen von Ausfuhrbescheinigungen entfallen. Dies entlastet Beschäftigte beim Zoll und im Einzelhandel von unnötiger Bürokratie und beseitigt einen falschen Anreiz.

Darüber hinaus werden wir uns für volle Transparenz zwischen den OECD-Steuerbehörden einsetzen und all unsere Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, um Steuerschlupflöcher für internationale Konzerne zu schließen und Steueroasen trocken zu legen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!
WIR WERDEN:

- Die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben und ab 2019 beginnen Schulden zurückzubezahlen,
- uns für stärkere Möglichkeiten der Steuerfestlegung und -erhebung auf Landesebene einsetzen,
- die Steuerverwaltung weiter personell stärken und Steuerhinterziehung und -vermeidung mit allen Mitteln bekämpfen,
- uns auch künftig am Ankauf sogenannter „Steuer-CDs" beteiligen.

FÜR UNSER MODERNES UND GERECHTES BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir möchten, dass die Menschen in unserem Land die Heimat finden, die sie sich für sich und ihre Familie wünschen. Dazu zählt gute Arbeit, eine gute und gerechte Bildungslandschaft und Zeit für die Familie. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass Baden-Württemberg vielfältig und bunt ist. Dass manche Urbanität suchen und andere auf dem Land leben wollen. Dass sich Lebensstile und Lebensweisen unterscheiden. Dass auch Städte und Gemeinden ganz neue und unterschiedliche Wege gehen, um für ihre Bürgerinnen und Bürger Heimat zu bieten.

Wir begreifen es als unsere Aufgabe, die Verwirklichung dieser individuellen Vorstellungen zu ermöglichen und gleichzeitig für Zusammenhalt in unserem Land zu sorgen. Für dieses moderne und gerechte Baden-Württemberg werden wir in den Wochen bis zum 13. März gemeinsam kämpfen.

UNSERE ZIELE

Unser sozialdemokratischer Dreiklang für Baden-Württemberg lautet: Gute Wirtschaft und Arbeit, mehr Zeit für die Familie und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendliche in unserem Land.

Bei uns wird niemand gegeneinander ausgespielt, sondern wir investieren in den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und damit in unsere gemeinsame Zukunft. Modernisierung und soziales Miteinander, dafür steht die SPD. Wir leben Baden-Württemberg!

GUTE ARBEIT

Baden-Württemberg ist das Musterland für Gute Arbeit. Wir stehen für Arbeit, die gerecht entlohnt wird, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringt und die Wertarbeit auch in Zukunft sichert. Wir machen unser Land fit für das Zeitalter der Digitalisierung und behalten dabei gute Arbeitsplätze fest im Blick. Für uns ist klar: Bessere Arbeitsbedingungen und wirtschaftlicher Erfolg in Baden-Württemberg gehen nicht nur zusammen, sie gehören zusammen!

ZEIT FÜR FAMILIE

Baden-Württemberg ist ein offenes und modernes Land. Egal ob klassische Familie, alleinerziehend oder Patchworkfamilie: Familie ist für uns immer der Ort, wo Menschen füreinander einstehen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Staatsangehörigkeit. Deshalb schaffen wir mehr Zeit für Familie durch eine bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf – zum Beispiel durch unsere Ganztagssgarantie. Für uns ist klar: Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung!

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Kinder sind unsere Zukunft – und gute Bildung ist das wichtigste, was wir ihnen mit auf den Lebensweg geben können. Deshalb haben wir Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung von Anfang an zum obersten Prinzip unserer Bildungspolitik in Baden-Württemberg gemacht. Für uns ist klar: Talent und Leistung müssen über den Bildungserfolg eines jedes einzelnen Kindes in unserem Land entscheiden – und nicht das Einkommen oder die Herkunft der Eltern!

BRIEFWAHL

Am 13. März 2016 ist Landtagswahl. Sie haben am Wahlsonntag keine Zeit? Dann wählen Sie per Post. Wäre doch schade, wenn Sie es verpassen, der SPD Ihre Stimme zu geben.

Und so geht's: Im Februar 2016 werden die Wahlbenachrichtigungen verschickt. Sobald Sie Ihre Karte haben, können Sie bei Ihrer Gemeinde einen Antrag auf Briefwahl stellen. Das können Sie übrigens bis zum 11. März tun. Die Gemeinde sendet Ihnen dann Ihre Briefwahlunterlagen zu, und Sie können bequem zu Hause wählen. Wichtig ist, dass Sie Ihre ausgefüllten Briefwahlunterlagen an das Wahlamt Ihrer Gemeinde schicken. Dort müssen Sie spätestens am Wahlsonntag (13. März) um 18 Uhr eingegangen sein. Vergessen Sie also nicht, Ihren Stimmzettel rechtzeitig abzuschicken.

Sie haben noch Fragen zur Briefwahl? Dann wenden Sie sich gerne an uns.

AM 13. MÄRZ: IHRE STIMME FÜR DIE SPD

Alle Informationen zur unserem Programm finden Sie unter:
www.spd-bw.de
www.bw-leben.de

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 619 36 0

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband Baden-Württemberg,
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart, www.spd-bw.de

Konzept und Realisierung:
Network Media GmbH
www.nwmd.de

Gestaltung:
Felix Nowack und Regina Fischer

Druckerei:
DCM Druck Center Meckenheim GmbH
Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim

Fotografie:
Daniel Lukac, S. 80 (Claus Schmiedel)
Götz Schleser (www.goetzenbilder.net) S. 3, 4-5, 9, 11, 12, 14, 16, 20, 23, 24, 25, 31, 39, 45, 46, 47, 48, 62
Reiner Pfisterer (www.reinerpfisterer.de) S. 15, 34, 36, 37, 38, 40, 51, 52, 54, 56, 63, 65, 66, 68, 71, 73, 75

UNSER TEAM

NILS SCHMID

Finanz- und Wirtschafts-minister, stellvertretender Ministerpräsident

KATRIN ALTPETER

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

PETER FRIEDRICH

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten

REINHOLD GALL

Innenminister

PETER HOFELICH

Staatssekretär für Finanzen und Wirtschaft

BILKAY ÖNEY

Ministerin für Integration

RAINER STICKELBERGER

Justizminister

ANDREAS STOCH

Minister für Kultus, Jugend und Sport

MARION VON WARTENBERG

Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

CLAUS SCHMIEDEL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

KATJA MAST

Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg

AM 13. MÄRZ:
SPD WÄHLEN!

BADEN-WÜRTTEMBERG **LEBEN**